



Kreissparkasse Ludwigsburg Schillerplatz 6 71638 Ludwigsburg
www.ksklb.de Telefon 07141 / 148-0 Telefax 07141 / 148-5100

Basisprospekt vom 09. September 2014

für

Inhaberschuldverschreibungen

mit fester Verzinsung
ohne periodische Verzinsung
mit variabler Verzinsung
mit Reverse Floating Verzinsung
mit Kündigungsrecht der Emittentin
ohne Kündigungsrecht der Emittentin.

der

Kreissparkasse Ludwigsburg

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung des Prospektes	6
1.1	Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweis	6
1.2	Abschnitt B - Emittent	7
1.3	Abschnitt C - Wertpapiere.....	9
1.4	Abschnitt D - Risiken	12
1.5	Abschnitt E - Angebot.....	16
2	Risikofaktoren	19
2.1	Emittentin.....	19
2.2	Wertpapiere	21
3	Emittentenbeschreibung	24
3.1	Angaben zur Emittentin	24
3.1.1	Verantwortliche Personen	24
3.1.2	Abschlussprüfer	24
3.1.3	Angaben über die Emittentin	24
3.1.3.1	Juristischer und kommerzieller Name sowie Handelsregistereintragung	24
3.1.3.2	Gründung der Kreissparkasse Ludwigsburg.....	24
3.1.3.3	Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz	24
3.1.3.4	Geschäftsanschrift	24
3.1.3.5	Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind.....	24
3.1.4	Geschäftsüberblick	25
3.1.4.1	Aufgaben und Funktionen	25
3.1.4.2	Geschäftsfelder.....	25
3.1.4.3	Geschäftsgebiet	25
3.1.5	Organisationsstruktur	25
3.1.6	Trendinformationen.....	25
3.1.7	Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane	25
3.1.7.1	Organe	25
3.1.7.2	Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder	26
3.1.7.3	Interessenkonflikte	27
3.1.8	Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg.....	27
3.1.9	Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	28
3.1.9.1	Geschäftsjahr	28
3.1.9.2	Historische Finanzinformationen	28
3.1.10	Gerichts- und Schiedsverfahren	28
3.1.11	Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg	28
3.1.12	Einsehbare Dokumente.....	28
3.2	Historische Finanzinformationen	29
3.2.1	Ratingagenturen	29
3.2.2	Finanzinformationen 2012	30
3.2.2.1	Lagebericht	30

3.2.2.1.1	Rahmenbedingungen.....	30
3.2.2.1.2	Wirtschaftsbericht.....	32
3.2.2.1.3	Risikovorsorge, Bewertung und Reserven.....	35
3.2.2.1.4	Finanzlage.....	36
3.2.2.1.5	Ertragslage.....	36
3.2.2.1.6	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt).....	37
3.2.2.1.7	Gesamtaussage und Beurteilung.....	39
3.2.2.1.8	Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres.....	39
3.2.2.2	Risikobericht.....	39
3.2.2.2.1	Risikomanagement.....	39
3.2.2.2.2	Überwachung und Steuerung der Risikoarten.....	43
3.2.2.3	Prognosebericht.....	49
3.2.2.4	Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.....	52
3.2.2.5	Anhang.....	56
3.2.2.5.1	Allgemeine Angaben.....	56
3.2.2.5.2	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	56
3.2.2.5.3	Pfandbriefgeschäft.....	59
3.2.2.5.4	Erläuterungen zur Jahresbilanz.....	63
3.2.2.5.5	Sonstige Angaben.....	68
3.2.2.5.6	Derivative Finanzinstrumente.....	68
3.2.2.5.7	Latente Steuern.....	70
3.2.2.5.8	Abschlussprüferhonorare.....	70
3.2.2.5.9	Organe der Kreissparkasse.....	71
3.2.2.5.10	Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat.....	72
3.2.2.5.11	Mitarbeiter/-innen.....	72
3.2.2.5.12	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	73
3.2.3	Finanzinformationen 2013.....	74
3.2.3.1	Lagebericht.....	74
3.2.3.1.1	Geschäftsmodell der Kreissparkasse.....	74
3.2.3.1.2	Wirtschaftsbericht.....	74
3.2.3.1.3	Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.....	80
3.2.3.1.4	Vermögenslage.....	80
3.2.3.1.5	Finanzlage.....	80
3.2.3.1.6	Ertragslage.....	80
3.2.3.1.7	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt).....	82
3.2.3.1.8	Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres.....	84
3.2.3.2	Risikobereich.....	84
3.2.3.2.2	Risikomanagement.....	84
3.2.3.2.3	Überwachung und Steuerung der Risikoarten.....	87
3.2.3.3	Prognosebericht.....	101
3.2.3.4	Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.....	104

3.2.3.5	Anhang.....	108
3.2.3.5.1	Allgemeine Angaben	108
3.2.3.5.2	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	108
3.2.3.5.3	Pfandbriefgeschäft.....	111
3.2.3.5.4	Sonstige Angaben.....	119
3.2.3.5.5	Derivative Finanzinstrumente.....	120
3.2.3.5.6	Latente Steuern.....	121
3.2.3.5.7	Abschlussprüferhonorare	121
3.2.3.5.8	Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat	123
3.2.3.5.9	Mitarbeiter/-innen.....	123
3.2.3.5.10	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	124
4	Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Kreissparkasse Ludwigsburg	125
4.1	Beschreibung der Schuldverschreibungen.....	125
4.1.1	Allgemeines	125
4.1.2	Produktspezifische Beschreibung der Schuldverschreibungen.....	125
4.2	Wichtige Angaben.....	127
4.2.1	Interessen – einschließlich der Interessenkonflikte.....	127
4.2.2	Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses	127
4.3	Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, ohne periodische, mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung, mit oder ohne Kündigungsrecht.....	128
4.3.1	Wertpapiergattung, Identifikationsnummer	128
4.3.2	Anwendbares Recht.....	128
4.3.3	Verbriefung	128
4.3.4	Währung	128
4.3.5	Status und Rang	128
4.3.6	Kündigungsrecht der Emittentin.....	129
4.3.7	Verzinsung	129
4.3.8	Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung	129
4.3.9	Rendite	130
4.3.10	Ermächtigung	130
4.3.11	Emissionstermin	130
4.3.12	Übertragbarkeit der Wertpapiere.....	130
4.3.13	Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland.....	130
4.3.14	Verkaufsbeschränkungen	131
4.3.15	Kategorien potenzieller Investoren	131
4.3.16	Zulassung zum Handel.....	131
4.4	Zusätzliche Informationen.....	131
4.4.1	Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden	131
4.4.2	Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen	131

4.4.3	Zustimmung zur Prospektnutzung	132
4.4.4	Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen ...	132
4.4.5	Korrekte Wiedergabe von Informationen Dritter.....	132
4.5	Konditionen des Angebots.....	132
5	Anleihebedingungen	133
6	Muster der Endgültige Bedingungen.....	138
7	Unterschriftenblatt	1422

1	Zusammenfassung des Prospektes
----------	---------------------------------------

Zusammenfassungen bestehen aus geforderten Angaben, den sogenannten "Punkten". Diese Punkte sind in den Abschnitten A - E enthalten und nummeriert (A.1 – E.7).

Diese Zusammenfassung enthält alle Punkte, die für eine Zusammenfassung dieses Typs von Wertpapieren und Emittent erforderlich sind. Da einige Punkte nicht adressiert werden müssen, kann es Lücken in der Nummerierungsreihenfolge geben.

Sogar wenn ein Punkt aufgrund des Typs von Wertpapieren und Emittenten erforderlich sein kann, besteht die Möglichkeit, dass zu diesem Punkt keine relevanten Informationen gegeben werden können. In diesem Fall wird eine kurze Beschreibung des Punktes mit der Erwähnung "entfällt" eingefügt.

1.1 Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweis

A.1	Einführung zur Zusammenfassung	<p>Die Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Basisprospekt (nachfolgend auch „Prospekt“ genannt) zu verstehen.</p> <p>Die Zusammenfassung ist im Zusammenhang mit dem gesamten Inhalt des Basisprospektes einschließlich etwaiger Nachträge zu lesen. Eine Anlageentscheidung sollte daher nicht allein auf diese Zusammenfassung gestützt, sondern erst nach Studium des Basisprospektes sowie etwaiger Nachträge und der Endgültigen Bedingungen im Sinne des Art. 26 Abs. 5 Verordnung (EG) Nr. 809/2004 und § 6 des Wertpapierprospektgesetzes (WpPG) (nachfolgend „Endgültige Bedingungen“ genannt) getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Emission von Inhaberschuldverschreibungen (nachfolgend auch „Schuldverschreibungen“ genannt) stehen.</p> <p>Jeder Anleger sollte sich darüber bewusst sein, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in einem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.</p> <p>Die Kreissparkasse Ludwigsburg (nachfolgend auch „Emittentin“ genannt), die die Verantwortung für die Zusammenfassung übernimmt, oder von der der Erlass ausgeht, kann haftbar gemacht werden, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, oder sie, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird, nicht alle erforderlichen Schlüsselinformationen vermittelt.</p>
A.2	Zustimmung des Emittenten zur Prospektverwendung	<p>Entfällt. Die Emittentin erteilt keine Zustimmung zur Verwendung dieses Prospektes für die spätere Veräußerung oder endgültige Platzierung von Wertpapieren durch Finanzintermediäre.</p>

1.2 Abschnitt B - Emittent

B.1	Juristische und kommerzielle Bezeichnung des Emittenten.	Kreissparkasse Ludwigsburg																																							
B.2	Sitz und Rechtsform des Emittenten, Rechtsordnung und Land der Gründung der Gesellschaft.	Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach deutschem Recht, eingetragen beim Amtsgericht Stuttgart unter HRA 202687 und mit Sitz in Ludwigsburg.																																							
B.4b	Bekannte Trends.	Entfällt, es gibt keine bekannten Trends, die sich auf die Emittentin und die Branchen, in denen sie tätig ist, auswirken.																																							
B.5	Beschreibung der Gruppe und der Stellung des Emittenten innerhalb dieser Gruppe.	Entfällt. Die Kreissparkasse ist nicht Teil einer Gruppe.																																							
B.9	Gewinnprognosen oder -schätzungen.	Entfällt, es gibt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen.																																							
B.10	Beschränkungen in den Bestätigungsvermerken zu den historischen Finanzinformationen.	Entfällt, es gibt keine Beschränkungen in den Bestätigungsvermerken zu den historischen Finanzinformationen.																																							
B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformation.	<p>Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung bestimmter Finanzinformationen gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) über die Kreissparkasse Ludwigsburg für die Geschäftsjahre 2012 und 2013, jeweils zum Jahresresultimo. Sie sind den jeweils geprüften Jahresabschlüssen (Rechnungslegungsstandard HGB), sowie den Lageberichten 2012 und 2013 der Emittentin entnommen:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th><i>Jahresabschluss (stichtagsbezogen):</i></th> <th><i>31.12.2012</i></th> <th><i>31.12.2013</i></th> </tr> <tr> <td></td> <td><i>Mio. €</i></td> <td><i>Mio. €</i></td> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Geschäftsvolumen ¹⁾</td> <td>9.628,6</td> <td>9.761,0</td> </tr> <tr> <td>Bilanzsumme</td> <td>9.545,4</td> <td>9.684,1</td> </tr> <tr> <td>Kundenkreditvolumen</td> <td>4.913,6</td> <td>4.942,2</td> </tr> <tr> <td>Wertpapiervermögen</td> <td>3.245,8</td> <td>3.471,4</td> </tr> <tr> <td>Mittelaufkommen von Kunden</td> <td>6.310,2</td> <td>6.310,3</td> </tr> <tr> <td>Eigene Mittel ²⁾</td> <td>809,8</td> <td>847,3</td> </tr> <tr> <td><i>Zinsertrag (zeitraumbezogen aus Periode):</i></td> <td><i>01.01.2012-31.12.2012</i></td> <td><i>01.01.2013-31.12.2013</i></td> </tr> <tr> <td>Zinsüberschuss</td> <td>164,0</td> <td>196,3</td> </tr> <tr> <td>Verwaltungsaufwand</td> <td>133,8</td> <td>135,1</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</td> <td>53,3</td> <td>60,8</td> </tr> <tr> <td>Jahresüberschuss</td> <td>17,4</td> <td>17,5</td> </tr> </tbody> </table> <p>1) Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten 2) Die Position "Eigene Mittel" setzt sich zusammen aus den Positionen: "Sicherheitsrücklage" und Fonds für allgemeine Bankrisiken"</p>	<i>Jahresabschluss (stichtagsbezogen):</i>	<i>31.12.2012</i>	<i>31.12.2013</i>		<i>Mio. €</i>	<i>Mio. €</i>	Geschäftsvolumen ¹⁾	9.628,6	9.761,0	Bilanzsumme	9.545,4	9.684,1	Kundenkreditvolumen	4.913,6	4.942,2	Wertpapiervermögen	3.245,8	3.471,4	Mittelaufkommen von Kunden	6.310,2	6.310,3	Eigene Mittel ²⁾	809,8	847,3	<i>Zinsertrag (zeitraumbezogen aus Periode):</i>	<i>01.01.2012-31.12.2012</i>	<i>01.01.2013-31.12.2013</i>	Zinsüberschuss	164,0	196,3	Verwaltungsaufwand	133,8	135,1	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	53,3	60,8	Jahresüberschuss	17,4	17,5
<i>Jahresabschluss (stichtagsbezogen):</i>	<i>31.12.2012</i>	<i>31.12.2013</i>																																							
	<i>Mio. €</i>	<i>Mio. €</i>																																							
Geschäftsvolumen ¹⁾	9.628,6	9.761,0																																							
Bilanzsumme	9.545,4	9.684,1																																							
Kundenkreditvolumen	4.913,6	4.942,2																																							
Wertpapiervermögen	3.245,8	3.471,4																																							
Mittelaufkommen von Kunden	6.310,2	6.310,3																																							
Eigene Mittel ²⁾	809,8	847,3																																							
<i>Zinsertrag (zeitraumbezogen aus Periode):</i>	<i>01.01.2012-31.12.2012</i>	<i>01.01.2013-31.12.2013</i>																																							
Zinsüberschuss	164,0	196,3																																							
Verwaltungsaufwand	133,8	135,1																																							
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	53,3	60,8																																							
Jahresüberschuss	17,4	17,5																																							

	<p>Erklärung, dass sich die Aussichten des Emittenten seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert haben, oder Beschreibung jeder wesentlichen Verschlechterung.</p> <p>Beschreibung wesentlicher Veränderungen bei Finanzlage des Emittenten, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum eingetreten sind.</p>	<p>Seit dem Jahresabschluss 2013, der auf dem Stichtag 31.12.2013 basiert, sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.</p> <p>Entfällt. Seit dem 31.12.2013 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.</p>
B.13	Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit des Emittenten.	Entfällt, es gibt keine Ereignisse aus der jüngsten Zeit der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die für die Bewertung ihrer Zahlungsfähigkeit in hohem Maße relevant sind.
B.14	Beschreibung der Gruppe und Stellung der Emittentin / Abhängigkeit von anderen Einheiten innerhalb der Gruppe.	Entfällt. Die Kreissparkasse ist nicht Teil einer Gruppe.
B.15	Beschreibung der Haupttätigkeiten des Emittenten.	Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist ein selbständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Kreissparkasse Ludwigsburg fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend. Die Kreissparkasse Ludwigsburg betreibt alle banküblichen Geschäfte.
B.16	Unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse.	<p>Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg im Sinne von §8 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg ist der Landkreis Ludwigsburg.</p> <p>Durch die Trägerschaft besteht kein Beherrschungsverhältnis.</p>
B.17	Ratings.	Entfällt, es gibt keine Ratings, die im Auftrag der Emittentin oder in Zusammenarbeit mit ihr beim Ratingverfahren für die Emittentin oder ihre Schuldtitel erstellt wurden.

1.3 Abschnitt C - Wertpapiere

C.1	Art und Gattung der Wertpapiere, einschließlich jeder Wertpapierkennung.	<p>Bei den anzubietenden Wertpapieren handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der Kreissparkasse Ludwigsburg, jeweils ausschließlich lieferbar in Miteigentumsanteilen an einer Global-Inhaberschuldverschreibung mit einem Mindestnennwert in Höhe von EUR ●.</p> <p>Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung verbrieft. Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen [oder Zins­scheinen] werden nicht ausgestellt.</p> <p>Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.</p>
C.2	Währung der Wertpapieremission.	Die Schuldverschreibungen werden in ● begeben.
C.5	Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit der Wertpapiere.	Entfällt. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar. Es bestehen keine Übertragungsbeschränkungen.
C.8	Beschreibung der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte einschließlich der Rangordnung und einschließlich Beschränkungen dieser Rechte.	<p><i>Anwendbares Recht der Wertpapiere</i></p> <p>Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.</p> <p><i>Mit den Wertpapieren verbundene Rechte</i></p> <p>Durch die Schuldverschreibungen erhalten die Gläubiger einen Anspruch auf Tilgung der Schuldverschreibungen [zu 100% des Nennwerts] am Fälligkeitstag [sowie] [auf Zinszahlungen].</p> <p><i>Status der Schuldverschreibungen</i></p> <p>[Die Schuldverschreibungen werden als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.</p> <p>Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen sind mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.]</p> <p>[Die Schuldverschreibungen werden als nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.</p>

		<p>Das auf nachrangige Schuldverschreibungen eingezahlte Kapital wird im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 Kreditwesengesetz (KWG) gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin. Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt. Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.</p> <p>Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarung zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG). Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).]</p>
C.9	<p>Zinssatz: Zinslaufperioden: Zinszahlungstag:</p> <p>Beschreibung des variablen Zinssatzes:</p>	<p>[Entfällt, da die Wertpapiere nicht verzinst werden.]</p> <p>[●] [●] [●]</p> <p>[Der maßgebliche Floating-Zinssatz (F-Zinssatz genannt) berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite EURI-BOR01“ veröffentlicht wird. Berechnungsstelle ist die Europäische Zentralbank (EZB).</p>

		<p>Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %][und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %]].</p> <p>[Der maßgebliche Reverse Floating-Zinssatz (RF-Zinssatz genannt) berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird. Berechnungsstelle ist die Europäische Zentralbank (EZB).]</p> <p>[Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus ● % abzüglich dem [●-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].]</p> <p>[Die Emittentin behält sich vor, die Emission nicht zu begeben, sofern ein Emissionsvolumen ● nicht erreicht wird.]</p> <p>Fälligkeitstag: [●] [Datum]</p> <p>Tilgung: Die Rückzahlung erfolgt am Fälligkeitstag [zu ● %] [zum] [des] Nennwert[es]</p> <p>Rückzahlungsverfahren: Die Schuldverschreibungen werden [zum Nennwert] [zu [●] %] an dem in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Fälligkeitstag oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag zurückgezahlt.</p> <p>Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen. Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.</p> <p>Rendite: [Die Emissionsrendite beträgt ●. Berechnungsgrundlage: ●.]</p> <p>[Entfällt, da die Schuldverschreibungen nicht festverzinslich sind.]</p>
--	--	--

	Namen des Vertreters der Schuldtitelinhaber:	Entfällt, es gibt keinen Vertreter der Schuldtitelinhaber.
C.10	Derivative Komponente bei der Zinszahlung - Erläuterung, wie der Wert der Anlage durch den Wert des Basisinstruments / der Basisinstrumente beeinflusst wird	<p>[Es besteht eine positive Korrelation zwischen dem Wert des Basisinstruments (Referenzzinssatz) und dem Wert der Anlage. Bei der Berechnung der Höhe des maßgeblichen F-Zinssatzes wird allein auf die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes abgestellt. Die Entwicklung des maßgeblichen F-Zinssatzes ist auf Grund der Abhängigkeit vom Referenzzinssatz Schwankungen unterworfen. Die Anleger können daher nicht voraussehen, ob und in welcher Höhe sie gegebenenfalls eine Zinszahlung erhalten. Darüber hinaus ist es nicht möglich, zuverlässige Aussagen über die künftige Wertentwicklung des Referenzzinssatzes und damit des maßgeblichen F-Zinssatzes zu treffen. Ein Zinssatz von Null kann nicht ausgeschlossen werden. Auch auf Grund der historischen Daten des Referenzzinssatzes können keine Rückschlüsse auf die Höhe etwaiger Zinszahlungen und damit die zukünftige Wertentwicklung der Schuldverschreibungen gezogen werden.]</p> <p>[Es besteht eine negative Korrelation zwischen dem Wert des Basisinstruments (Referenzzinssatz) und dem Wert der Anlage. Bei der Berechnung der Höhe des maßgeblichen RF-Zinssatzes wird allein auf die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes abgestellt. Die Entwicklung des maßgeblichen RF-Zinssatzes ist auf Grund der Abhängigkeit vom Referenzzinssatz Schwankungen unterworfen. Ein negativer RF-Zinssatz kann nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt. Die Anleger können daher nicht voraussehen, ob und in welcher Höhe sie gegebenenfalls eine Zinszahlung erhalten. Darüber hinaus ist es nicht möglich, zuverlässige Aussagen über die künftige Wertentwicklung des Referenzzinssatzes und damit des maßgeblichen RF-Zinssatzes zu treffen. Auch auf Grund der historischen Daten des Referenzzinssatzes können keine Rückschlüsse auf die Höhe etwaiger Zinszahlungen und damit die zukünftige Wertentwicklung der Schuldverschreibungen gezogen werden.]</p> <p>[Entfällt, da keine derivative Komponente bei der Zinszahlung vorhanden ist.]</p>
C.11	Zulassung zum Handel und Börsennotierung.	Entfällt. Die Schuldverschreibungen werden nicht in den Freiverkehr einbezogen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zugelassen.

1.4 Abschnitt D - Risiken

D.2	Risiken in Bezug auf die Emittentin.	<p>Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Ludwigsburg wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen. Folgende Aspekte können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Ludwigsburg, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben:</p> <p>Risikomanagement</p> <p>Die Kreissparkasse Ludwigsburg investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Kreissparkasse Ludwigsburg auswirken.</p> <p>Operationelles Risiko</p> <p>Schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Kreissparkasse Ludwigsburg mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Das gleiche gilt für den Ausfall der Datenverarbeitungssysteme der Kreissparkasse Ludwigsburg.</p> <p>Wettbewerb</p> <p>Sollte es der Kreissparkasse Ludwigsburg nicht gelingen, dem Wettbewerb, dem sie in allen Geschäftsbereichen ausgesetzt ist, durch attraktive Dienstleistungen zu begegnen, kann dies ihre Profitabilität gefährden.</p> <p>Bonitätsrisiko</p> <p>Sollte die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken, wäre die Emittentin höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Die Emittentin kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere erhebliche Risikovorsorge für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.</p> <p>Marktpreisrisiko</p> <p>Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze sowie höhere Risikoaufschläge können zu einer Verschlechterung der Ertragslage der Kreissparkasse Ludwigsburg führen.</p> <p>Liquiditätsrisiko</p> <p>Im Falle einer Liquiditätskrise wäre die Kreissparkasse Ludwigsburg möglicherweise nicht in der Lage, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen in vollem Umfang bzw. zeitgerecht nachzukommen.</p>
-----	--------------------------------------	--

D.3	Risiken in Bezug auf die Wertpapiere.	<p>Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren</p> <p>Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.</p> <p>Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit</p> <p>Die Emittentin beabsichtigt regelmäßig An- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Sie übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen während der Laufzeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs wieder verkauft werden können.</p> <p>Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuern</p> <p>Neben- und Folgekosten beim Kauf und Verkauf der Schuldverschreibungen sowie mögliche steuerliche Folgen der Anlage in Schuldverschreibungen können negative Auswirkungen auf die Rendite der Anlage haben.</p> <p>[Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin</p> <p>Die Emittentin hat das Recht die Schuldverschreibungen zu kündigen und somit vorzeitig zum Nennwert zurückzuzahlen. Es besteht das Risiko, dass durch die vorzeitige Kündigung negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten können.]</p> <p>[Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus [und gegebenenfalls bei veränderlichem Zinssatz]</p> <p>Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.</p> <p>Der Kurs von Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung wird durch Veränderungen des Marktzinsniveaus stärker beeinflusst als der von üblichen Anleihen.</p> <p>[Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.]</p> <p>[Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzin-</p>
-----	---------------------------------------	---

	<p>sung berechnet sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist hoch, wenn sich ein Anstieg der langfristigen Marktzinsen anbahnt, auch wenn die kurzfristigen Zinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.]]</p> <p>Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb</p> <p>Bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibungen kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen: Kommt es zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen.</p> <p>Ausfallrisiko</p> <p>Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin besteht für den Inhaber der Schuldverschreibungen das Risiko, dass seine Ansprüche nicht oder nicht vollständig befriedigt werden können.</p> <p>[Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen</p> <p>Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen tragen ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen. Bei Insolvenz der Emittentin werden zunächst alle nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt. Erst danach werden, soweit möglich, ausstehende Nachrangschuldverschreibungen bedient.]</p> <p>[Risiko durch Änderung des Referenzzinssatzes</p> <p>Die variable und Reverse Floating Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit variabler oder Reverse Floating Verzinsung beinhaltet deshalb stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit dem zu Grunde liegenden Referenzzinssatz haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Die variable und Reverse Floating Verzinsung einer Schuldverschreibung, die auf Formeln bezogen ist, hat möglicherweise ein kumuliertes oder sogar potenziertes Risiko zur Folge. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen diese verschiedenen Risiken in Bezug auf Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung abzusichern.]</p>
--	--

		<p>Liquiditätsrisiko</p> <p>Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko entsteht insbesondere, da kein organisierter Handel in den Schuldverschreibungen vorgesehen ist. Das Liquiditätsrisiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen der Schuldverschreibung.</p>
--	--	---

1.5 Abschnitt E - Angebot

E.2b	Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse, sofern diese nicht in der Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken liegt.	Entfällt. Der Emissionserlös aus der Begebung der Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.
E.3	Beschreibung der Angebotskonditionen.	<p>Bedingungen des Angebots</p> <p>[Die Emittentin behält sich vor, die Emission nicht zu begeben, sofern ein Emissionsvolumen von • nicht erreicht wird.] [Das Angebot unterliegt keinen Bedingungen]</p> <p>Emissionsvolumen, Stückelung</p> <p>Das Emissionsvolumen beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberschuldverschreibungen zu je ●.</p> <p>Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn</p> <p>Das öffentliche Angebot beginnt am ● und [erfolgt fortlaufend] [endet am ●] [endet mit dem letzten Tag der Zeichnungsphase].</p> <p>[Die Schuldverschreibungen können vom ● bis zum ●, ● Uhr bei der Emittentin gezeichnet werden (die „Zeichnungsphase“). Eine vorzeitige Beendigung oder Verlängerung der Zeichnungsphase durch die Emittentin ist jederzeit möglich. Ein spezielles Zeichnungsverfahren wird nicht angewendet.]</p> <p>[Zuteilung der Wertpapiere bei Überzeichnung]</p> <p>Die Zuteilung der Wertpapiere an Privatanleger im Falle einer Überzeichnung erfolgt nach dem Zeitpunkt des Eingangs des Kaufangebotes. Dabei werden die Kaufangebote nach der zeitlichen Reihenfolge ihres Einganges bedient.]</p>

	<p>Mindestzeichnungsbetrag, Mindestanlagebetrag, Höchstzeichnungsbetrag</p> <p>[Der Mindestzeichnungsbetrag beträgt ●.] [Der Mindestanlagebetrag beträgt ●.] [Der Höchstzeichnungsbetrag beträgt ●.]</p> <p>Lieferung der Wertpapiere</p> <p>Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.</p> <p>Die Anleihegläubiger erhalten eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der GlobalInhaberschuldverschreibung in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar.</p> <p>Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung</p> <p>Potentielle Investoren</p> <p>Die Schuldverschreibungen werden an [Privatanleger] [und] [an institutionelle Investoren] in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.</p> <p>[Verfahren zur Meldung des dem Zeichner zugeteilten Betrages</p> <p>[Die Zeichner erhalten eine Abrechnung über die Höhe des von ihnen erworbenen Betrages durch ihre Depotbank.]</p> <p>Kursfestsetzung, Verkaufskurs, Ankaufskurs</p> <p>Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. [Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.] [Nach Ablauf der Zeichnungsphase werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]</p> <p>[Die Emittentin beabsichtigt, unabhängig von der Erteilung einer Abrechnung börsentäglich auf Anfrage Ankaufskurse zu stellen und Schuldverschreibungen anzukaufen.]</p> <p>Platzierung</p> <p>Die Schuldverschreibungen können bei der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg bezogen</p>
--	--

		<p>werden.</p> <p>Zahlstelle</p> <p>Die Zahlstelle für die Schuldverschreibungen ist die Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg</p>
E.4	Beschreibung aller für die Emission/das Angebot wesentlichen Interessen, einschließlich Interessenkonflikte.	Entfällt, es bestehen keine für die Emission oder das Angebot wesentliche Interessen bzw. Interessenskonflikte.
E.7	Schätzung der Ausgaben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden.	Entfällt, es werden keine Ausgaben dem Anleger in Rechnung gestellt. Der Anleger erwirbt die Schuldverschreibungen zu dem festgelegten Verkaufskurs(siehe E.3).

2.1 Emittentin

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt. Die Verwirklichung dieser Risiken könnte im schlimmsten Fall erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Kreissparkasse Ludwigsburg, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit der Kreissparkasse Ludwigsburg wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen.

Zwar hat die Kreissparkasse Ludwigsburg zur Begrenzung und Kontrolle dieser Risiken ein umfassendes Risikomanagementsystem etabliert, das möglichst sicherstellen soll, dass die Verpflichtungen im Rahmen von Wertpapieremissionen jederzeit erfüllt werden können. Den gesetzlichen Rahmen für diese Risikosteuerung bildet das Gesetz über das Kreditwesen (KWG) konkretisiert durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Realisierung von Risiken kann trotz dieses Risikomanagementsystems jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Risikomanagement

Die Kreissparkasse Ludwigsburg investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Kreissparkasse Ludwigsburg auswirken. Sollte sich herausstellen, dass diese Überwachungsmechanismen zur Begrenzung der sich tatsächlich realisierenden Risiken nicht voll wirksam sind oder diese noch nicht abdecken, könnten höhere als vorhergesehene Verluste insgesamt zu einem Umsatz- und Gewinnrückgang oder Verlust sowie zu einem Reputationsschaden führen.

Operationelles Risiko

Unvorhergesehene Ereignisse wie schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Kreissparkasse Ludwigsburg mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Auch eine Auswirkung auf die Versicherbarkeit eines solchen Ereignisses mit möglichen erhöhten zukünftigen Risiken kann die Folge sein.

Die Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Ludwigsburg hängt, wie bei Kreditinstituten üblich, in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Schon bei einem kurzen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme könnte die Kreissparkasse Ludwigsburg offene Positionen nicht wie geplant schließen und Kundenaufträge möglicherweise nicht ausführen. Die dadurch entstehenden Schäden und Kosten, unter anderem auch für die Wiederbeschaffung der notwendigen Daten, könnten trotz vorhandener Datensicherung, im Notfall einspringender EDV-Systeme (sog. Backup-Systeme) und sonstiger Notfallpläne beträchtlichen finanziellen Aufwand und Kundenverluste verursachen, die wiederum zu einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage und des Betriebsergebnisses der Kreissparkasse Ludwigsburg führen könnten.

Wettbewerb

In allen Geschäftsbereichen der Kreissparkasse Ludwigsburg herrscht starker Wettbewerb. Wenn es der Kreissparkasse Ludwigsburg nicht gelingen sollte, dem starken Wettbewerb mit

sorgfältiger Schuldnerauswahl und attraktiven und profitablen Produkten und Dienstleistungen zu begehen, könnte ihre Profitabilität gefährdet sein.

Bonitätsrisiko

Als Kreditinstitut ist die Kreissparkasse Ludwigsburg dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der Kreissparkasse Ludwigsburg nicht nachkommen können. Obwohl die Kreissparkasse Ludwigsburg ihre Kreditengagements und Sicherheiten regelmäßig überprüft, kann auf Grund schwer oder nicht vorhersehbarer Umstände und Ereignisse die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken. Die Kreissparkasse Ludwigsburg wäre dann höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Sie kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere Risikovorsorge in erheblichem Umfang für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze auf Grund unbeeinflussbarer Faktoren (z. B. Geldpolitik) können zu einem Rückgang des Zinsüberschusses als wichtigste Ertragsquelle der Bank, einer Erhöhung der Zinsausgaben und daraus resultierend zu einer Verschlechterung der Ertragslage mit einer Aushöhlung der Profitabilität führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Kreissparkasse Ludwigsburg können starke Schwankungen der Märkte (sog. Volatilität) oder ein Gleichbleiben der Kurse (sog. Seitwärtsbewegungen der Märkte) zur Folge haben, dass die Markttätigkeit zurückgeht und die Liquidität sinkt. Eine solche Entwicklung kann zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Kreissparkasse Ludwigsburg nicht rechtzeitig gelingt, die sich verschlechternden Positionen zu liquidieren.

Steigende Zinssätze könnten einen Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit der Absatzmöglichkeiten von Krediten der Kreissparkasse Ludwigsburg zur Folge haben. Sinkende Leitzinsen könnten sich u. a. durch vermehrte vorzeitige Rückzahlungen von Krediten und stärkeren Wettbewerb um Kundeneinlagen auf die Kreissparkasse Ludwigsburg auswirken.

Liquiditätsrisiko

Die Gefahr vermindelter Zahlungsfähigkeit verwirklicht sich, wenn ein Kreditinstitut seinen derzeitigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann. Falls eine solche Liquiditätskrise eintritt, wäre eine Refinanzierung nur zu höheren Marktzinsen möglich (sog. Refinanzierungsrisiko). Zudem könnten Aktiva nur zu einem Abschlag von den Marktpreisen liquidiert werden (sog. Marktliquiditätsrisiko). Zur Begrenzung dieser Risiken betreibt die Kreissparkasse Ludwigsburg ein Liquiditätsmanagement. Hierbei ist sie bestrebt, Konzentrationen auf die Finanzierungsmittel mit sehr kurzfristigen Fälligkeiten zu vermeiden und genügend liquide Aktiva vorzuhalten, um unerwartete Liquiditätsaufrufe bedienen zu können. Trotz dieses Liquiditätsmanagements ist die Realisierung dieses Risikos aber nicht ausgeschlossen.

2.2 Wertpapiere

Sollte eines oder sollten mehrere der folgenden Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Schuldverschreibungen oder im Extremfall zu einem Totalverlust der Zinsen und – im Falle eines Zahlungsausfalles der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen – zu einem Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Die individuelle Beratung durch den Anlageberater vor der Kaufentscheidung ist empfehlenswert und wird nicht durch diesen Basisprospekt und die jeweiligen Endgültigen Bedingungen ersetzt.

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Soweit die Emittentin die Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel im regulierten Markt oder deren Einbeziehung in den Freiverkehr einer Börse nicht beabsichtigt, plant die Emittentin dennoch, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs, insbesondere zum Erwerbkurs oder Nennbetrag, wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Beim Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten und Folgekosten (insbesondere Transaktionskosten, Provisionen, Depotentgelte) an, die die Rendite der Schuldverschreibungen erheblich verringern oder sogar ausschließen können.

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen oder vom Anleihegläubiger bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen realisierte Gewinne sind in seiner Heimatrechtsordnung oder in anderen Rechtsordnungen, in denen er Steuern zahlen muss, möglicherweise steuerpflichtig.

Die Anlage von ausbezahlten Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.

Risiko auf Grund vorzeitiger Kündigung durch die Emittentin

Sofern die Emittentin das Recht hat, die Anleihe insgesamt zu den in den Anleihebedingungen genannten Terminen zu kündigen und vorzeitig zum Nennbetrag zurückzuzahlen, besteht ein Risiko für den Anleger, dass sein Investment nicht die erwartete Dauer hat.

Die vorzeitige Rückzahlung einer Schuldverschreibung kann außerdem dazu führen, dass negative Abweichungen gegenüber der erwarteten Rendite eintreten und der zurückgezahlte Nennbetrag der Schuldverschreibungen niedriger als der für die Schuldverschreibungen vom

Anleihegläubiger gezahlte Kaufpreis ist und dadurch das eingesetzte Kapital zum Teil verloren ist.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass Anleger die Beträge, die sie bei einer Kündigung erhalten, nur noch mit einer niedrigeren Rendite als die gekündigten Schuldverschreibungen anlegen können.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus und gegebenenfalls bei veränderlichem Zinssatz

Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.

Bei Schuldverschreibungen ohne periodische Verzinsung haben Veränderungen des Marktzinsniveaus wegen der stark unter dem Nennwert liegenden Emissionskurse, die durch die Abzinsung zustande kommen, wesentlich stärkere Auswirkungen auf die Kurse als bei üblichen Anleihen.

Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.

Bei Schuldverschreibungen mit Reverse Floating Verzinsung berechnet sich der Zinsertrag in entgegen gesetzter Richtung zum Referenzzinssatz: Bei steigendem Referenzzinssatz sinkt der Zinsertrag, während er bei fallendem Referenzzinssatz steigt. Das Risiko für den Anleger ist hoch, wenn sich ein Anstieg der langfristigen Marktzinsen anbahnt, auch wenn die kurzfristigen Zinsen fallen. Der bei einer Reverse Floating Verzinsung in diesem Fall steigende Zinsertrag ist kein adäquater Ausgleich für die eintretenden Kursverluste der Schuldverschreibungen, da diese überproportional ausfallen.

Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit einer sonstigen derivativen und damit variablen Verzinsung können Anleger auf Grund der ungewissen Entwicklung des Basiswerts und der damit schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibung

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen mit Kredit finanziert und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen eines Geschäftes den Kredit zurückzahlen und die Zinslast bestreiten zu können.

Ausfallrisiko

Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin besteht für den Inhaber der Schuldverschreibungen das Risiko, dass seine Ansprüche nicht oder nicht vollständig befriedigt werden können.

Ausfallrisiko bei Nachrangschuldverschreibungen

Inhaber von Nachrangschuldverschreibungen erhalten im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Emittentin Zahlungen auf ausstehende Nachrangschuldverschreibungen erst, nachdem alle anderen nicht nachrangigen Ansprüche von Gläubigern vollständig befriedigt wurden, wenn und soweit dann noch Vermögenswerte für Zahlungen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen vorhanden sind. Sie tragen damit ein größeres Ausfallrisiko als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen.

Zinsrisiko durch Änderung des Referenzzinssatzes

Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen (Schuldverschreibungen mit variabler, Reverse Floating) umfasst immer das Risiko, dass die Zinszahlungen ganz oder zum Teil ausbleiben können. Eine Anlage erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Transaktion. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit der Anlage in die zu Grunde liegenden Referenzzinssätze haben und die damit verbundenen Risiken kennen.

Die derivative Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativer Verzinsung beinhaltet deshalb stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen.

Die Wertentwicklung des jeweiligen Referenzzinssatzes hängt von einer Reihe zusammenhängender Faktoren ab, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Kreissparkasse Ludwigsburg keine Kontrolle hat. Eine historische Wertentwicklung des Referenzzinssatzes kann nicht als aussagekräftig für die künftige Wertentwicklung während der Laufzeit von Schuldverschreibung mit derivativen Zinsstrukturen angesehen werden.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko entsteht insbesondere, da kein organisierter Handel in den Schuldverschreibungen vorgesehen ist. Das Liquiditätsrisiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen der Schuldverschreibung.

Erhöhtes Risiko bei Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen

Die Anlage in Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen ist gegenüber anderen Anleihen durch ein erhöhtes Renditerisiko gekennzeichnet.

3	Emittentenbeschreibung
----------	-------------------------------

3.1 Angaben zur Emittentin

3.1.1 Verantwortliche Personen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt des Prospektes und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

3.1.2 Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 war der Sparkassenverband Baden-Württemberg, Prüfungsstelle, Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart. Die geprüften Finanzinformationen sind unter Abschnitt 3.2 aufgeführt. Die Prüfungsstelle ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer (WPK) und des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW).

3.1.3 Angaben über die Emittentin

3.1.3.1 Juristischer und kommerzieller Name sowie Handelsregistereintragung

Der juristische und kommerzielle Name der Emittentin lautet Kreissparkasse Ludwigsburg. Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart unter HRA 202687 eingetragen.

3.1.3.2 Gründung der Kreissparkasse Ludwigsburg

Die Gründung der Kreissparkasse Ludwigsburg wurde am 21. Dezember 1851 im „Tagblatt“ veröffentlicht. Sie nahm am 1. Januar 1852 als Oberamts-Sparkasse Ludwigsburg den Geschäftsbetrieb auf. Somit wird das Jahr 1852 als Gründungsjahr zugrunde gelegt.

3.1.3.3 Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach deutschem Recht. Der Sitz ist in Ludwigsburg.

3.1.3.4 Geschäftsanschrift

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist unter ihrer Geschäftsanschrift Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg, Telefon: 07141 – 148 0 erreichbar. Internetseite: www.ksklb.de

3.1.3.5 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind

Entfällt, es gibt keine wichtigen Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die für die Bewertung ihrer Solvenz in hohem Maße relevant sind.

3.1.4 Geschäftsüberblick

3.1.4.1 Aufgaben und Funktionen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist ein selbstständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Kreissparkasse Ludwigsburg fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend.

3.1.4.2 Geschäftsfelder

Die Kreissparkasse Ludwigsburg betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz für Baden-Württemberg, die entsprechende Sparkassengeschäftsverordnung oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Das Bauspar-, Investment- und Versicherungsgeschäft werden vorrangig im Verbund mit den bestehenden Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Einlagen- und Kreditgeschäft mit Privatpersonen und Unternehmen aus dem Geschäftsgebiet.

Die Mittel der Sparkasse sind unter Berücksichtigung ausreichender Sicherheit, Liquidität und Rentabilität anzulegen. Der Verwaltungsrat stellt Grundsätze für die Bewertung von Sicherheiten auf und kann Abweichungen von Satzungsregelungen beschließen, die die allgemeine Zulassung von Geschäften betreffen.

3.1.4.3 Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Kreissparkasse Ludwigsburg entspricht dem Landkreis Ludwigsburg.

3.1.5 Organisationsstruktur

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist Mitglied des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg sowie der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und damit dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen.

3.1.6 Trendinformationen

Seit dem Jahresabschluss 2013, der auf dem Stichtag 31.12.2013 basiert, sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.

3.1.7 Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane

3.1.7.1 Organe

Die Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg sind:

der Vorstand,
der Verwaltungsrat,
der Kreditausschuss

Dabei ist der Kreditausschuss lediglich ein Organ im Sinne des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg. Der Kreditausschuss ist kein Organ im Sinne des HGB (Handelsgesetzbuch), weshalb er nicht im Rahmen der historischen Finanzinformationen der Jahre 2012 und 2013 Aufnahme gefunden hat.

3.1.7.2 Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder

Der Vorstand der Kreissparkasse Ludwigsburg besteht satzungsgemäß aus mehreren Mitgliedern. Daneben können stellvertretende Mitglieder bestellt werden. Der Verwaltungsrat beschließt die Anstellung und die Entlassung der Mitglieder des Vorstandes und die Bestellung der stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes. Mitglieder des Vorstandes sind derzeit:

Dr. Heinz Werner Schulte (Vorsitzender)
Dieter Wizemann
Thomas Raab

Die Mitglieder des Vorstandes haben ihre Geschäftsadresse jeweils Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg.

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Ludwigsburg besteht satzungsgemäß aus dem Vorsitzenden, 11 weiteren Mitgliedern und 6 Vertretern der Beschäftigten. Für jedes Mitglied des Verwaltungsrats ist ein persönlich stellvertretendes Mitglied benannt. Mitglieder des Verwaltungsrates sind derzeit:

Vorsitzender: Landrat Dr. Rainer Haas

Personen, die dem Kreistag angehören:

Ordentliche Mitglieder

Höllnbach, Manfred (Bürgermeister i.R., MdL)
List, Manfred (Oberbürgermeister i. R.)
Schmid, Hans (Bürgermeister)
Kessing, Jürgen (Oberbürgermeister)
Fischer, Helmut (Kriminalhauptkommissar a.D.)
Gessler, Rainer (Bauingenieur, Leiter der Geschäftsstelle „Nachhaltig mobile Region Stuttgart“)
Kirnbauer, Bernd (Schreinermeister)

Stellvertretende Mitglieder

Fischer, Albrecht (Weingärtner)
Fiedler, Horst (Bürgermeister)
Herrmann, Klaus, MdL
Raupp, Judith
(Verwaltungswissenschaftlerin)
Renkonen, Daniel (freier Journalist, MdL)
Möhrer, Werner (Bürgermeister i.R.)
Gerhäuser, Rainer (Bürgermeister i.R.)

Personen, die nicht dem Kreistag angehören:

Ordentliche Mitglieder

Fritz, Thomas (Geschäftsführer)
Hofmeister, Hermann (Dipl.-Kfm. Gf. Ges. eines Unternehmens der Einrichtungsbranche i. R.)
Kälberer, Heinz (Oberbürgermeister i.R.)
Hörer, Siegbert (Vorstand Bezirksbaugenossenschaft Alt Württemberg i.R.)

Stellvertretende Mitglieder

Schweitzer, Gerald (Rechtsanwalt)
Noz, Reinhold (Elektromeister)
Silcher, Hermann (Bürgermeister i.R.)
Lienow, Heinz (Beamter im Ruhestand)

Vertreter der Beschäftigten:

Ordentliche Mitglieder

Bott, Markus
Braico, Ralf
Philipp, Andrea
Nytz, Thomas
Falke, Monika
Koch, Franz

Stellvertretende Mitglieder

Stieglmayr, Caren
Stotz, Marc
Elbert, Reiner
Dornbusch, Klaus
Rath, Helmut
Class, Katja

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben ihre Geschäftsadresse jeweils Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg.

Dem Kreditausschuss gehören entsprechend § 22 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg und § 8 der Satzung der Kreissparkasse Ludwigsburg der Vorsitzende des Verwaltungsrates und drei weitere Mitglieder des Verwaltungsrates an.

Ordentliche Mitglieder

Landrat Dr. Rainer Haas
Hollenbach, Manfred (Bürgermeister)
Hörer, Siegbert (Techniker)
Gessler, Rainer (Bauingenieur)

Stellvertretende Mitglieder

List, Manfred (Oberbürgermeister i.R.)
Jürgen Kessing (Oberbürgermeister)
Kirnbauer, Bernd (Schreinermeister)

Die Mitglieder des Kreditausschusses haben ihre Geschäftsadresse jeweils Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg.

3.1.7.3 Interessenkonflikte

Von Seiten der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder, sowie den Mitgliedern des Kreditausschusses bestehen derzeit keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber der Kreissparkasse Ludwigsburg sowie ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

3.1.8 Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg

Träger der Kreissparkasse Ludwigsburg im Sinne von §8 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg ist der Landkreis Ludwigsburg. Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der folgenden Vorschriften. Es besteht weder eine Verpflichtung des Trägers noch ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht mehr für Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 eingegangen worden sind. Der Träger der Sparkasse am 18. Juli 2005 haftet für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Sparkasse. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Der Träger wird seinen Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald er bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt hat, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden können. Verpflichtungen der Sparkasse aufgrund eigener Gewährträgerhaftung oder vergleichbarer Haftungszusage oder einer durch die Mitgliedschaft im Sparkassenverband als Gewährträger vermittelten Haftung sind vereinbart und fällig im Sinne der oben genannten Fälle in dem gleichen Zeitpunkt, wie die durch eine solche Haftung gesicherte Verbindlichkeit.

3.1.9 Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

3.1.9.1 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Kreissparkasse Ludwigsburg entspricht dem Kalenderjahr.

3.1.9.2 Historische Finanzinformationen

Alle in diesem Prospekt dargestellten bzw. enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der Kreissparkasse Ludwigsburg stammen aus geprüften historischen Finanzangaben der Kreissparkasse Ludwigsburg (Lagebericht, Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers) für ihre zum 31.12.2012 und 31.12.2013 abgelaufenen Geschäftsjahre mit den entsprechenden Erläuterungen.

Die geprüften historischen Finanzangaben der Kreissparkasse Ludwigsburg (Lagebericht, Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers) für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 sind im Abschnitt 3.2 dieses Prospektes unter „Historische Finanzinformationen“ abgedruckt.

3.1.10 Gerichts- und Schiedsverfahren

Es hat keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Kreissparkasse Ludwigsburg noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) gegeben, die im Zeitraum der letzten 24 Monate bestanden/abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Kreissparkasse Ludwigsburg auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

3.1.11 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg

Seit dem 31.12.2013 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Kreissparkasse Ludwigsburg eingetreten.

3.1.12 Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospektes sind die Geschäftsberichte 2012 und 2013 einschließlich Lagebericht, Jahresabschluss, sowie die Satzung der Kreissparkasse Ludwigsburg während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg einsehbar. Die Geschäftsberichte sind unter der vorstehend genannten Anschrift ferner als Druckfassung erhältlich.

3.2 Historische Finanzinformationen

3.2.1 Ratingagenturen

Die in diesem Prospekt in den aufgenommenen Lageberichten 2012 und 2013 auf den Seiten 32 und 77 genannten bzw. in Bezug genommenen Ratings wurden von Ratingagenturen mit Sitz in der Europäischen Union erstellt, die entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen registriert sind. Es handelt sich um die Ratingagenturen Moody's Deutschland GmbH, im Folgenden „Moody's“ genannt, um DBRS Ratings Limited, im Folgenden „DBRS“ genannt, sowie der Fitch Deutschland GmbH, im Folgenden als „Fitch“, bzw. „Fitch Ratings“ bezeichnet.

3.2.2 Finanzinformationen 2012

3.2.2.1 Lagebericht

3.2.2.1.1 Rahmenbedingungen

Die Kreissparkasse Ludwigsburg wurde im Jahr 1852 gegründet und ist seither fest in der Region verwurzelt. Dies zeigt sich in einem flächendeckenden Netz von 119 Geschäftsstellen im Landkreis und einer starken persönlichen Bindung zu unseren Kunden. Sie ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landkreises Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg.

Wir betreiben grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte, soweit sie das Sparkassengesetz von Baden-Württemberg, die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen oder unsere Satzung vorsehen. Darüber hinaus ist die Kreissparkasse Ludwigsburg seit 2011 im Pfandbriefgeschäft tätig.

Als selbstständiges Wirtschaftsunternehmen verfolgen wir das Ziel, auf Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in unserem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und eine angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen.

Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg sind der Verwaltungsrat, der Kreditausschuss und der Vorstand. Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse, erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeiten. Er setzt sich aus insgesamt 18 Mitgliedern zusammen. Der Kreditausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats und 3 weiteren Mitgliedern, beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach der Geschäftsanweisung und über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten im Sinne von § 15 KWG. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern. Er leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung, vertritt die Sparkasse nach außen und führt ihre Geschäfte.

Wir sind als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen. Damit sind die Ansprüche der Kunden der Sparkasse in voller Höhe sichergestellt.

Weltwirtschaft mit verringertem Tempo, deutsche Wirtschaft recht zufriedenstellend

Das Wachstumstempo der Weltwirtschaft hat sich 2012 verringert. Auch die zuvor sehr dynamischen Schwellenländer haben einen Gang zurückgeschaltet. Weite Teile Europas – so etwa das Vereinigte Königreich, aber auch der Euroraum insgesamt – sind sogar in eine neuerliche Rezession geraten. Im Euroraum zeichnen dafür vor allem die bekannten südlichen Krisenländer Italien, Spanien, Griechenland und Portugal verantwortlich. Die Wirtschaft Frankreichs setzte ihre Stagnation fort. Die Vereinigten Staaten konnten im abgelaufenen Jahr zwar ein Wachstum von über zwei Prozent erreichen, doch verdanken sie dies vor allem der immer noch starken Stimulanz aus ihrer Geld- und Finanzpolitik, die künftig eine Korrektur erfahren muss. Japan konnte zunächst ein Jahr nach den Naturkatastrophen mit hoher Produktion ins Jahr 2012 starten, fiel dann aber nach Auslaufen der Wiederaufbau- und Nachholeffekte wieder zurück.

Die deutsche Wirtschaft startete dagegen zunächst noch kraftvoll in das Jahr 2012. Seit dem Sommer 2012 zeigten sich dann aber doch erneut Bremsspuren aus der Schwäche wichtiger Partnerländer und aus der krisenbedingten Verunsicherung. Insgesamt konnte das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands 2012 mit einem Plus von 0,7 % abschließen. Das ist zwar

deutlich weniger als in den starken Erholungsjahren 2010 und 2011 mit seinerzeit 4,2 % respektive 3,0 %. Doch ist auch der 2012er Wert im internationalen Vergleich recht zufriedenstellend.

Auch die Exporttätigkeit ließ in den letzten Monaten des Jahres nach. Insgesamt legte der Export als Komponente des BIP 2012 aber um 4,1 % zu. Die Importe weiteten sich zwar ebenfalls aus, aber mit einer Rate von 2,3 % so deutlich weniger, dass der Außenbeitrag einmal mehr den entscheidenden Wachstumsanteil beisteuerte.

Die deutsche Binnennachfrage selbst schrumpfte 2012 real sogar um 0,3 %, allerdings mit unterschiedlichen Teilentwicklungen: Der private Konsum (real +0,8 %) und der Wohnungsbau waren durchaus Träger von Wachstum. Beide profitierten von der guten Beschäftigungslage und der anziehenden Einkommensentwicklung. Beim Wohnungsbau kamen die günstigen Finanzierungsbedingungen bzw. der Anlagedruck im Angesicht der Niedrigzinsphase dazu.

Andere Kategorien des Baus – der nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme wieder geschrumpfte öffentliche Bau und der Wirtschaftsbau – waren dagegen schwach. Der Wirtschaftsbau ging zurück – ebenso wie die sehr enttäuschenden Ausrüstungsinvestitionen. Diese waren 2012 real um 4,4 % rückläufig. Alle Anlageinvestitionen zusammen verringerten sich um 2,1 %.

Arbeitsmarkt schwenkt auf gutem Niveau in Seitwärtsbewegung ein

Trotz der Vorsicht bei den Investitionen wurden die Belegschaften 2012 in den meisten Unternehmen aber gehalten. Im Jahresdurchschnitt wurden in Deutschland trotz einiger prominenter Insolvenzfälle insgesamt sogar noch einmal neue Beschäftigungsrekorde aufgestellt. Noch nie zuvor waren hierzulande so viele Menschen erwerbstätig wie 2012 mit 41,6 Millionen. Das waren noch einmal 422.000 mehr als im Vorjahr. Im Jahresverlauf schwenkte die Entwicklung aber in eine Seitwärtsbewegung ein. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahr durchschnittlich 6,8 %. Die Verbraucherpreise sind 2012 in Deutschland um 2,0 % gestiegen.

Kreis Ludwigsburg mit guter Beschäftigungslage

Im Kreis Ludwigsburg zeigte sich auch im Herbst 2012 noch ein robustes Lagebild. In der Herbstumfrage der IHK Bezirkskammer Ludwigsburg bezeichneten 40,7 % der Unternehmer ihre Geschäftslage als gut, 51,1% als befriedigend und nur 8,1 % als schlecht. Allerdings haben sich die Geschäftserwartungen weiter eingetrübt. 14 % der Unternehmer erwarteten im Herbst eine weitere Verbesserung der Geschäftslage, 28,5 % eine Verschlechterung. Knapp 57,5 % der Unternehmer erwarteten gleichbleibende Geschäfte. Die Arbeitslosenquote ist weiter zurückgegangen und lag Ende des Jahres bei 3,8 %. Im Vergleich zu anderen Regionen kann hier nahezu von Vollbeschäftigung gesprochen werden.

Position als Marktführer unverändert gehalten

Auch im Jahr 2012 kann die Kreissparkasse Ludwigsburg ihren soliden Wachstumskurs beibehalten. Durch die persönliche Betreuung unserer Kunden und die auf den Kunden zugeschnittenen Produkte und Dienstleistungen konnte die Kreissparkasse Ludwigsburg auch weiterhin ihre führende Marktposition im Geschäftsgebiet gut behaupten.

Entwicklung in der Sparkassenorganisation

Wir sind Mitglied des Sparkassenverbands Baden-Württemberg (SVBW). Dieser ist zusammen mit dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart Träger der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Der SVBW hat sich zusammen mit den weiteren Trägern entsprechend

seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die LBBW beteiligt und eine Rückgarantie zusammen mit der Stadt Stuttgart gegenüber dem Land Baden-Württemberg aus einer Risikoimmunisierung für die LBBW übernommen.

Die Ratingagentur FitchRatings erteilte mit dem Ratingbericht vom Februar 2013 den Sparkassen ein Emittentenrating für langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von A+ sowie für kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von F1+. Das Viability Rating (Stand-alone-Rating) in Höhe von A+ für die Gruppe der Sparkassen wurde ebenfalls erneut bestätigt. Die Agentur Moody's Investors Service bestätigte im März 2013 für die Sparkassen-Finanzgruppe ein Verbundrating (Corporate Family Rating, CFR) von Aa2. Darüber hinaus erteilte Moody's ein Bank-Finanzkraftrating (BFSR) C+ für die Sparkassen-Finanzgruppe. Die Agentur DBRS Ratings Limited bestätigte im April 2012 die Floor-Ratings A (high) für Emittenten- und langfristige nicht nachrangige Verbindlichkeiten sowie R-1(middle) für kurzfristige Wertpapiere für sämtliche Mitglieder des Haftungsverbundes der Sparkassen-Finanzgruppe.

3.2.2.1.2 Wirtschaftsbericht

Geschäftsentwicklung und Vermögenslage

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

	Bestand 31.12.12	Veränderungen		
		2012	2012	2011
	Mio. €	Mio. €	%	%
Geschäftsvolumen ¹⁾	9.628,6	110,7	1,2	0,6
Bilanzsumme	9.545,4	103,4	1,1	0,6

1) Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

Auch im Jahr 2012 konnte die Kreissparkasse Ludwigsburg die positive Entwicklung der Vorjahre fortsetzen. Der Kurs der Konzentration auf das Kerngeschäft wurde beibehalten und die daraus resultierende Reduzierung unseres Eigengeschäfts weiter fortgesetzt. Das Geschäftsvolumen erhöhte sich um 110,7 Mio. € auf 9,6 Mrd. €. Entsprechend erhöhte sich auch die Bilanzsumme um 103,4 Mio. € und beträgt nunmehr 9,5 Mrd. € (Vorjahr: 9,4 Mrd. €). Ausschlaggebend waren im Wesentlichen die Bestandsausweitungen im Einlagen- und Kreditgeschäft mit Kunden.

Aktivgeschäft (inklusive Passivposten 1 unter dem Strich)

	Bestand 31.12.12	in % des Geschäftsvolumens		Veränderungen		
		31.12.12	31.12.11	2012	2012	2011
	Mio. €	%	%	Mio. €	%	%
Kundenkreditvolumen	4.913,6	51,0	48,3	313,1	6,8	5,6
Forderungen an Kreditinstitute	1.060,9	11,0	15,2	-382,6	-26,5	-2,1
Wertpapiervermögen	3.245,8	33,7	32,4	158,7	5,1	-4,2
Anlagevermögen	243,3	2,5	2,5	5,4	2,3	-4,1
Sonstige Vermögenswerte	165,0	1,7	1,6	16,2	11,0	-5,3

Kundenkreditvolumen

Das Kundenkreditvolumen konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich gesteigert werden und verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Zuwachs um 313,1 Mio. € auf 4,9 Mrd. €. Die prozentuale Steigerung des Kundenkreditvolumens mit 6,8 % lag über dem Durchschnitt der Sparkassen unseres baden-württembergischen Verbandsgebietes.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in der Region führte zu einem deutlichen Wachstum der Kreditvergabe an Unternehmen und Selbstständige. Aber auch die Kredite an Privatpersonen, begünstigt von einer verstärkten Zuwendung zu Sachwerten und einem günstigen Zinsniveau, trugen zum Wachstum bei. Ebenfalls leicht gesteigert werden konnte seit Jahresbeginn der Kreditbestand an öffentliche Haushalte.

Die positive Entwicklung resultiert sowohl aus dem langfristigen als auch aus dem kurzfristigen Kreditgeschäft. Der Anteil des Kundenkreditvolumens am Geschäftsvolumen betrug 51,0 % und lag somit weiterhin unter dem Verbandsdurchschnitt.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich im Berichtsjahr um weitere 382,6 Mio. € (Vorjahr: -30,4 Mio. €) auf nunmehr 1,1 Mrd. €. Die Reduzierung resultiert insbesondere aus Fälligkeiten.

Wertpapiervermögen

Das Wertpapiervermögen, das sich aus Schuldverschreibungen und Aktien sowie anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zusammensetzt, lag mit 3,2 Mrd. € (Vorjahr: 3,1 Mrd. €) über dem Vorjahreswert. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die der Liquiditätsreserve dienen, erhöhte sich um 84,0 Mio. € auf 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 1,9 Mrd. €). Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich um 74,7 Mio. € auf 1,2 Mrd. €. Bereinigt man die Werte um die jeweilige Teilauflösung von Reserven gemäß § 340f HGB, die wir in Reserven gemäß § 340g HGB umgewidmet haben, hat sich das Wertpapiervermögen gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Bestände im Wertpapiervermögen, die dem kurzfristigen Eigenhandel zugerechnet werden, bestanden per 31.12.2012 nur in geringem Umfang.

Der Anteil der Eigenanlagen am Geschäftsvolumen betrug 33,7 % und lag damit über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen.

Passivgeschäft

	Bestand 31.12.12 Mio. €	in % des Geschäfts- volumens		Veränderungen		
		31.12.12	31.12.11	2012	2012	2011
		%	%	Mio. €	%	%
Mittelaufkommen von Kunden	6.310,2	65,5	65,6	63,3	1,0	4,2
darunter:						
Sichteinlagen	3.469,7	36,0	31,1	507,8	17,1	2,0
Termineinlagen und aufgenommene	669,9	7,0	7,3	-25,9	-3,7	48,0

Gelder						
Spareinlagen	1.941,9	20,2	23,0	-245,8	-11,2	10,0
Eigenemissionen	228,7	2,4	4,2	-172,8	-43,0	-36,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.298,3	23,9	25,0	-79,3	-3,3	-12,3
Eigene Mittel	809,8	8,4	7,3	117,4	17,0	24,7
darunter:						
Sicherheitsrücklage	489,8	5,1	5,0	17,4	3,7	3,8
Fonds für allgemeine Bankrisiken	320,0	3,3	2,3	100,0	45,5	120,0

Mittelaufkommen von Kunden

Im Geschäftsjahr 2012 konnten die Kundeneinlagen insgesamt um 63,3 Mio. € auf 6,3 Mrd. € gesteigert werden. Im Vergleich zu den baden-württembergischen Sparkassen lag der Anteil unserer Kundeneinlagen am Geschäftsvolumen über dem Durchschnitt.

Während sich die Spareinlagen (-245,8 Mio. €) sowie das auf den Termingeldkonten gehaltene Guthaben (-25,9 Mio. €) rückläufig entwickelten, ergaben sich bei den Sichteinlagen (+507,8 Mio. €), welche die Geldmarktkonten einschließen, deutliche Wachstumseffekte.

Der ungebrochene Trend der Kunden zu sehr kurzfristigen Geldanlagen führte zu einem weiteren Rückgang der Eigenemissionen. Die Eigenemissionen, die sich in Sparkassenbriefe und verbriefte Verbindlichkeiten aufteilen, gingen um 172,8 Mio. € beziehungsweise 43,0 % zurück. Dabei haben sich die verbrieften Verbindlichkeiten sowie der Bestand an Sparkassenbriefen rückläufig entwickelt. Der Rückgang der verbrieften Verbindlichkeiten beruht neben den Fälligkeiten des Jahres 2012 auch auf vorzeitigen Kündigungen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Bei den Interbankenverbindlichkeiten war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein weiterer Rückgang zu verzeichnen. Durch Steigerungen im Bereich der Kundeneinlagen sowie den reduzierten Bedarf aus den Eigenanlagen haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringert.

Die Kreissparkasse hatte im Geschäftsjahr 2012 Hypothekendarlehen mit einem Nominalwert von 60 Mio. € im Bestand. Informationen zur Pfandbriefdeckungsmasse gemäß § 28 PfandBG werden vierteljährlich auf der Internetseite der Kreissparkasse Ludwigsburg veröffentlicht.

Eigene Mittel

Der Vorstand wird dem Verwaltungsrat vorschlagen, den Bilanzgewinn der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Danach wird sich die Sicherheitsrücklage auf 489,8 Mio. € belaufen; dies entspricht einem Zuwachs von 3,7 % gegenüber dem Vorjahr. Neben der Sicherheitsrücklage bestehen umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile.

Die Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 6 SolV überschritt zum 31. Dezember 2012 mit 17,2 % (Vorjahr: 19,6 %) deutlich die gesetzlich vorgeschriebene Mindestnorm von 8,0 %. Die Gesamtkennziffer lag im Jahr 2012 zwischen Werten von 19,7 % und 17,2 %.

Dienstleistungen

Im Dienstleistungsgeschäft, das sich im Wesentlichen aus den Teilbereichen Zahlungsverkehr, Kartengeschäft, Wertpapier- und Vermittlungsgeschäft im Sparkassenverbund sowie der Vermittlung von Immobilien zusammensetzt, konnte der Provisionsertrag gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert werden.

Unterstützt durch den positiven Verlauf an den Aktienmärkten hat sich das **Wertpapiergeschäft** im Geschäftsjahr 2012 positiv entwickelt. Die mit unseren Kunden getätigten Wertpapierumsätze (Renten, Aktien und Fondsanteile) konnten erneut ausgeweitet werden.

Auch im **Vermittlungsgeschäft** (Bausparen, Versicherung und Immobilien) konnten die Vorjahreswerte teilweise deutlich übertroffen werden.

Eigenhandel

Wir betreiben Eigenhandel mit Aktien, Renten, Zertifikaten, Investmentfonds sowie Derivaten und Devisen.

Im Vordergrund unserer Handelstätigkeit stehen die liquiditäts- und ertragsorientierte Anlage der freien Sparkassenmittel sowie die Steuerung des Zinsspannenrisikos.

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Derivategeschäfte (Anlagebuchgeschäfte) wurden insbesondere zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos, zur Absicherung von Risiken aus Kundengeschäften und zur Absicherung der Kursrisiken unseres Bestands an festverzinslichen Wertpapieren abgeschlossen. Wir verweisen hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte auf die Darstellung im Anhang zum Jahresabschluss.

Die sich aus den Geschäften ergebenden Marktpreisrisiken bewegten sich 2012 innerhalb der vorgegebenen Risikolimits. Den Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken trugen wir dadurch Rechnung, dass mit ausgewählten Partnern und auf Basis von Emittenten-/Kontrahentenlimits überwiegend nur börsengehandelte und liquide Wertpapiere beziehungsweise Finanzinstrumente gehandelt wurden.

Investitionen

Der 2010 begonnene Bau der neuen Regionaldirektion Marbach in der Güntterstraße konnte in diesem Jahr fertiggestellt und Mitte des Jahres eröffnet werden. Des Weiteren wurden die Räumlichkeiten für den neuen Betriebskindergarten, der am 01.03.2013 eröffnet wurde, umgebaut. Darüber hinaus konnten die Filialdirektion Erdmannhausen und die Filialdirektion Am Holzmarkt (Ludwigsburg) in neue Räumlichkeiten ziehen. Ebenfalls haben wir in diesem Jahr eine Vielzahl von Geschäftsstellen auf den baulich und banktechnologisch neuesten Stand gebracht und haustechnische Anlagen in unseren Gebäuden saniert.

3.2.2.1.3 Risikovorsorge, Bewertung und Reserven

Für Risiken im Kreditgeschäft wurde dem Vorsichtsprinzip entsprechend durch die Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Vorsorge getroffen. Der Wertpapierbestand wurde zum Niederstwert bilanziert. In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand sowie dem Grundvermögen, sind stille Reserven enthalten. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB beträgt zum Geschäftsjahresende 320,0 Mio. €. Wie auch im vergangenen Jahr haben wir Teile unserer stillen Reserve (§ 340f HGB) in hartes Kernkapital (§ 340g HGB) umgewidmet. Darüber hinaus bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten ergeben.

3.2.2.1.4 Finanzlage

Zur Überwachung unserer Zahlungsfähigkeit bedienen wir uns einer kurz- und mittelfristigen Finanzplanung, wobei die zu erwartenden Zahlungsströme rollierend bis zu 12 Monaten berücksichtigt werden. Unsere Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge gegeben. Die Folgen der Finanzmarktkrise hatten für die Liquidität unseres Hauses keine Konsequenzen.

Die eingeräumten Kredit- beziehungsweise Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Baden-Württemberg wurden teilweise in Anspruch genommen. Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben haben wir in der erforderlichen Höhe bei der zuständigen Zentralbank unterhalten. Zum Jahresende errechnete sich eine nach der Liquiditätsverordnung berechnete Liquiditätskennzahl (Mindestwert 1,0) von 1,8 (Vorjahr: 1,7). Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden 2012 jederzeit erfüllt, da die Liquiditätskennzahl zwischen 1,6 und 2,3 lag.

Auch die nach der Liquiditätsverordnung für die weiteren Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu 12 Monaten) zu berechnenden Beobachtungskennzahlen deuten nicht auf zu erwartende Engpässe hin.

3.2.2.1.5 Ertragslage

Der im Geschäftsjahr um 30,3 Mio. € (Veränderung Vorjahr: -58,5 Mio. €) auf 164,0 Mio. € erhöhte **Zinsüberschuss** (einschließlich GuV-Positionen 3, 4 und 17) lag über dem Vorjahreswert. Das zinsabhängige Geschäft bleibt unverändert die bedeutendste Ertragsquelle unseres Geschäfts. Insbesondere aufgrund der Struktur unserer Festzinspositionen ist der Zinsaufwand stärker gesunken als der Zinsertrag. Im Zinsüberschuss enthalten waren Aufwendungen mit Einmalcharakter, die im Wesentlichen aus der vorzeitigen Schließung von Sicherungsgeschäften resultieren. Im Jahr 2012 wurden erstmals wieder die zuletzt ausgebliebenen Erträge aus den direkt und indirekt über den SVBW gehaltenen stillen Einlagen an der LBBW bedient sowie ausstehende Zinszahlungen für die Vorjahre teilweise nachgeholt.

Der **Provisionsüberschuss** lag bei 50,0 Mio. € (Vorjahr: 47,6 Mio. €) und konnte damit gesteigert werden. Wesentlich für die Steigerung waren die Entwicklung der Provisionseinnahmen im Wertpapiergeschäft sowie höhere Erträge aus der Vermittlung von Produkten unserer Verbundpartner.

Der **Verwaltungsaufwand**, der sich in Personal- und andere Verwaltungsaufwendungen aufteilt, lag mit 133,8 Mio. € (Vorjahr: 126,0 Mio. €) über dem Vorjahreswert. Ausschlaggebend für die Erhöhung der Personalkosten waren insbesondere tarifliche Lohnerhöhungen. Weitere Kosten fielen durch die Zuführung zur Rückstellung für laufende Pensionen und für Pensionsanwartschaften aufgrund der Sondereffekte aus versicherungsmathematischen Parameteränderungen an. Die Entwicklung der anderen Verwaltungsaufwendungen war dagegen stabil.

Das **Nettoergebnis aus Handelsgeschäften**, das aus dem Handel mit Wertpapieren und Derivaten resultiert, bewegte sich über dem Vorjahresniveau.

Das **Ergebnis vor Bewertung**, das sich aus dem Zins- und Provisionsüberschuss, dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sowie dem Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, vermindert um den Verwaltungsaufwand, ergibt, betrug im Jahr 2012 70,3 Mio. € und lag somit um 23,4 Mio. € über dem Wert des Vorjahres.

Aufgrund einer nach wie vor positiven Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Kreditnehmer konnte die Risikovorsorge im Kreditgeschäft weiterhin zurückgeführt werden.

Insgesamt ging das Bewertungsergebnis auf 82,9 Mio. € zurück, sodass sich ein im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändertes **Ergebnis nach Bewertung** in Höhe von 153,3 Mio. € ergab.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss konnte weiter auf 17,4 Mio. € gesteigert und somit ein Beitrag zur weiteren Stärkung der Eigenkapitalbasis unseres Hauses erwirtschaftet werden. Vom ausgewiesenen Jahresüberschuss wurden 8,5 Mio. € vorweg in die Sicherheitsrücklage eingestellt. Nach der vorgesehenen Zuführung des Bilanzgewinns von 8,9 Mio. € beträgt das Eigenkapital 489,8 Mio. € (5,1 % der Bilanzsumme).

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den sogenannten „Betriebsvergleich“ der Sparkassenorganisation ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse unseres Ergebnisses in Relation zur Durchschnittsbilanzsumme (errechnet auf Basis der Tageswerte) erfolgt.

In das errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung gehen die ordentlichen Erträge sowie die ordentlichen Aufwendungen (einschließlich Verwaltungskosten) aus Zins-, Dienstleistungs- und Handelsgeschäften ein. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Nach Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung lag erneut deutlich über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen ähnlicher Größenordnung. Das Betriebsergebnis nach Bewertung lag ebenfalls deutlich über dem Wert der Vergleichsgruppe. Das neutrale Ergebnis wurde durch die Realisierung schwebender Verluste aus Zinssicherungsgeschäften belastet.

Auch die unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten berechnete Cost-Income-Ratio (Verhältnis von ordentlichem Aufwand zu ordentlichem Ertrag) stellte sich mit 53,4 % (Vorjahr: 52,9 %) günstiger dar als der vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband vorgegebene Zielwert von 60 %. Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern betrug im Geschäftsjahr 2012 22,1 % (Vorjahr: 26,4 %).

3.2.2.1.6 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt)

Mitarbeiter

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Angestellten (einschließlich Teilzeitbeschäftigten, jedoch ohne Auszubildende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Erziehungsurlaub, während Bundesfreiwilligendienst und in der Altersteilzeitphase) beträgt 1.422 (Vorjahr: 1.402). Einschließlich der Auszubildenden, Boten, Reinigungskräfte und der wegen dem Bundesfreiwilligendienst oder Erziehungsurlaub beurlaubten Mitarbeiter sowie den Mitarbeitern, die sich in der Altersteilzeitphase befinden, hatten 2012 durchschnittlich 1.804 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.772) bei uns einen Arbeitsplatz.

Auch im Jahr 2012 hatte die Kreissparkasse Ludwigsburg ein breit gefächertes und umfassendes Weiterbildungsangebot für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Neben Fachthemen standen auch im Jahr 2012 besonders Führungstrainings und persönlichkeitsbildende Seminare im Vordergrund. Angebote zum Thema „Gesundheit“ wie „Massage am Arbeitsplatz“, „aktive Pause“ sowie Blutspende- und Impfaktionen wurden auch 2012 angeboten und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr rege in Anspruch genommen.

Im Oktober wurde der Kreissparkasse Ludwigsburg zum vierten Mal das Siegel „Arbeit Plus“ der Evangelischen Kirche in Deutschland vergeben. Die Evangelische Kirche in Deutschland zeichnet Unternehmen aus, die mitarbeiterorientiert, verantwortlich und zukunftsfähig handeln. Für ihre vorbildliche Personal- und Beschäftigungspolitik wurde die Kreissparkasse nach den Jahren 2002, 2005, 2009 auch in diesem Jahr wiederholt ausgezeichnet.

Im September 2012 haben bei der Kreissparkasse Ludwigsburg 110 junge Menschen ihre Ausbildung begonnen. Somit genießt die Ausbildung mit insgesamt 259 Auszubildenden einen sehr hohen Stellenwert. Die Kreissparkasse Ludwigsburg weist dabei eine weit über dem Branchendurchschnitt liegende Ausbildungsquote von über 14 % auf.

Kundenbeziehungen

Die Wünsche unserer Kunden, die wir regelmäßig über Kundenbefragungen in Erfahrung bringen, stehen bei uns an erster Stelle. Unsere internen Maßstäbe und Ziele sind daher konsequent an den Bedürfnissen und Erwartungen unserer Kunden ausgerichtet. Die enge Beziehung und das hohe Vertrauensverhältnis sind wesentliche Voraussetzungen für den geschäftlichen Erfolg. Unsere Serviceversprechen gegenüber den Kunden dokumentieren unseren hohen Qualitätsanspruch.

Die Individualisierung der Kundenwünsche ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir auch in unserem Geschäftsgebiet feststellen. Deshalb entwickeln wir die systematische und strukturierte Beratung durch den Sparkassen-Finanz-Check im Privatkunden- und Firmenkunden-segment ständig weiter und bieten individuelle Lösungen für unterschiedlichste Finanzbedürfnisse in den verschiedenen Lebensphasen unserer Kunden an. Im Bereich der Anlageberatung wurden der Beratungsprozess und die Dokumentation unter Beachtung der gesetzlichen Anforderungen weiter optimiert. Regelmäßige Mitarbeiterschulungen sichern nachhaltig den hohen Qualitätsstandard und die Kompetenz unserer ganzheitlichen Beratung.

Dieser Qualitätsstandard wird regelmäßig im Rahmen von Testkaufstudien vom Institut für angewandte Marketing- und Kommunikationsforschung (IMK) überprüft und zur Verbesserung der Beratungsleistung genutzt. Besonders erfreulich: Focus Money honorierte zum zweiten Mal hintereinander im Bankentest 2012 die Qualität unserer Privatkundenberatung in Bietigheim mit der Auszeichnung „Beste Bank“.

Wir bieten eine breite Service- und Produktpalette an - darunter Leasing, Bausparen, Kreditkarten, Versicherungen, Altersvorsorge bis hin zu komplexen Anlage- und Zinssicherungsinstrumenten. Die Betreuung erfolgt durch einen festen Ansprechpartner rund um alle Finanzthemen und trägt damit einem zentralen Kundenbedürfnis Rechnung.

Umweltverträglichkeit

Zentrale Anliegen der Kreissparkasse Ludwigsburg sind, den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu senken und die Umweltverträglichkeit durch geeignete Maßnahmen weiter zu verbessern. Dazu gehört für uns, an unseren Standorten mit dem Einsatz moderner Technologien den Umweltschutz und das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Dass diese Anstrengungen zum Erfolg führen, zeigte bereits im letzten Geschäftsjahr die Auszeichnung als „Energiesparer 2011“ vom Veranstalter BayernFM des bundesweit ausgeschriebenen Wettbewerbs „RealisBench@Energiesparer 2011“.

Nachhaltiges Wirtschaften ist für die Kreissparkasse Ludwigsburg keine Modeerscheinung, sondern Ausdruck ihres Gründungsauftrags. Mehr und mehr spiegelt sich Nachhaltigkeit auch in unserer Produktpalette wider. So konnten auch im Jahr 2012 allein 11 Mio. € Kundeneinlagen für unsere „Green-Inhaberschuldverschreibung“ platziert werden. Davon profitieren Solar-, Wärmeschutz-, Geothermie- und Regenwasserprojekte sowie eine Biogasanlage im Landkreis Ludwigsburg. Zusätzlich wurde ein weiterer großer Solarpark durch Anleger im Rahmen eines geschlossenen Fonds mitfinanziert. „Green-Twin“ schließlich kombiniert eine attraktiv verzinsten Festgeldanlage mit erfolgreichen Aktienfonds. Dabei erfolgen die Investments ausschließlich in Unternehmen, die das zukunftsorientierte Wirtschaftsprinzip der Nachhaltigkeit nachprüfbar bereits heute zum Vorteil von Mensch und Anleger nutzen.

Soziale und gesellschaftliche Verantwortung

Wir betrachten es als wesentliches Element unserer Unternehmensphilosophie, in unserem Geschäftsgebiet soziale und gesellschaftliche Verantwortung zu leben. „Kreissparkasse Ludwigsburg – Gut für Generationen“ – dieses Leistungsversprechen leben wir nicht nur als Finanzdienstleister, sondern auch als Förderer einer Vielzahl von gemeinnützigen Aktivitäten im Kreis Ludwigsburg. Mit Spenden, durch Sponsoring oder über unsere Stiftungen „Kunst, Kultur und Bildung“, „Jugendförderung, Arbeit und Soziales“ und „Umwelt- und Naturschutz“ sowie die „Kreissparkassenstiftung Gesundheit im Landkreis Ludwigsburg“ fördern wir die Attraktivität und Lebensqualität unserer Region und der Menschen, die hier leben.

Neben den vier Kreissparkassenstiftungen tragen wir gemeinsam mit dem Landkreis die „Schullandheim Strümpfelbrunn Stiftung“. Zu unserem Angebot gehört auch die 2007 neu gegründete Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Ludwigsburg, in die auch private Stifter, Bürgerstiftungen und Kommunen ihre unselbstständigen Stiftungen einbringen können.

Wir fördern soziale Einrichtungen, die Jugend, das sportliche und kulturelle Leben sowie den Umwelt- und Naturschutz im Kreis Ludwigsburg. Auch im Berichtsjahr 2012 haben wir wieder annähernd 1.000 gemeinnützige Projekte gefördert – also durchschnittlich vier gemeinnützige Projekte pro Arbeitstag. Gleichzeitig haben wir unser Angebot an Veranstaltungen, die wir selbst durchführen oder unterstützen, 2012 weiter ausgebaut.

3.2.2.1.7 Gesamtaussage und Beurteilung

Die geschäftliche Entwicklung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage können unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen sowie der branchenspezifischen Entwicklung als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der erzielte Jahresüberschuss entspricht dem erwarteten Geschäftsergebnis.

3.2.2.1.8 Nachtragsbericht:

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

3.2.2.2 Risikobericht

3.2.2.2.1 Risikomanagement

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unter Berücksichtigung eines risiko- und ertragsadäquaten Einsatzes des Eigenkapitals sind Kernfunktionen von Kreditinstituten. Daher wurde als Bestandteil der Unternehmenssteuerung vom Vorstand ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen dienen als Grundlage für strategische und operative Geschäftsentscheidungen. Klare Aufgabenteilung und ein enges Zusammenspiel zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen ermöglichen eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse. Um den Anforderungen der sich kontinuierlich verändernden Rahmenbedingungen zu begegnen, passen wir unsere Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente sowie aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig an. Wir halten bezüglich unserer gesetzten Strategien und implementierten Prozesse die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ein.

Im Hinblick auf die am 14. Dezember 2012 veröffentlichte 4. MaRisk-Novelle haben wir ein Projekt aufgesetzt, das sicherstellt, dass die Anforderungen fristgerecht umgesetzt werden.

Aufgrund des von uns erstellten Risikoprofils betrachten wir folgende Risiken als wesentlich für unser Haus: Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, hier vor allem das Zinsänderungsrisiko, und die Kursrisiken im Wertpapiergeschäft, Liquiditätsrisiken sowie die operationellen Risiken.

Der **Verwaltungsrat** bestimmt die Richtlinien für unsere Geschäfte und erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeit. Über unsere Risikosituation wird er durch den Vorstand vierteljährlich anhand des Risikoberichts informiert.

Der **Vorstand** ist für die Ausgestaltung des Gesamtsystems „Risikomanagement“ verantwortlich. Dabei legt der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen und methodischen Ausrichtungen, die Höhe des möglichen Gesamtbankrisikos und die Aufteilung der Limite nach Adressenausfall-, Beteiligungs-, Marktpreis-, Zinsspannen-, Immobilien- und operationellen Risiken sowie Risiken aus der Risikoimmunsierung der LBBW vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit fest. Innerhalb dieser Vorgaben erfolgt die Steuerung der Risikopositionen in den jeweils verantwortlichen Abteilungen.

Zur Steuerung der **Adressenausfallrisiken** wurden die Kreditkompetenzen in Abhängigkeit von Kredit-, Blankovolumen und Rating festgelegt. Oberhalb bestimmter Grenzen entscheidet der Vorstand einzelfallbezogen beziehungsweise ist eine Zustimmung des Kreditausschusses notwendig. Auf Basis der jeweiligen rating- und betragsabhängigen Kreditkompetenzen gibt der Marktbereich ein Votum ab. Oberhalb einer definierten Obligohöhe wird von der Marktfolgeeinheit eine separate Stellungnahme in Form eines eigenständigen Zweitvotums abgegeben.

Die Abteilungen Treasury und Eigenhandel steuern im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Gesamtbankstrategie und der daraus entwickelten Limitvorgaben eigenverantwortlich die **Marktpreisrisiken**. Darüber hinaus steuert die Abteilung Treasury auch die **Liquiditätsrisiken**.

Die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling koordiniert den Prozess zur Ermittlung der **operationellen Risiken**, überprüft das eingesetzte Instrumentarium, analysiert beziehungsweise überwacht die Entwicklung der Risiken auf Basis der Methode „fokussierte Risikolandkarte“ und erstellt den Risikobericht.

Um die Risiken aus **neuen Produkten** oder **neuen Märkten** korrekt einschätzen zu können, werden die Voraussetzungen für die Einführung von den betroffenen Abteilungen analysiert und diskutiert. Bei Handelsgeschäften wird vor dem laufenden Handel grundsätzlich eine Testphase unter Einbindung der betroffenen Organisationseinheiten durchgeführt. Erst bei erfolgreichem Test und Vorhandensein geeigneter Risikosteuerungsinstrumente beginnt der laufende Handel.

Das **zentrale Risikocontrolling** hat, als aufbau- und ablauforganisatorisch von den geschäftsverantwortlichen Bereichen unabhängige Organisationseinheit, die Funktion, die Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl sowie die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden berücksichtigt. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und ge-

setzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die Ableitung und die Überwachung der Einhaltung von Limiten.

Die **Interne Revision** unterstützt als prozessunabhängige Stelle in ihrer Überwachungsfunktion den Vorstand und die anderen Führungsebenen. Grundlage hierfür ist ein risikoorientierter Prüfungsplan, der vom Vorstand genehmigt wurde. Auf dieser Grundlage prüft und bewertet die Interne Revision grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Dazu zählen auch die Prüfung des Risikomanagements - das heißt das Risikosteuerungs- und -controllingsystem - sowie die Einhaltung interner und externer Regelungen. Der Fokus liegt hierbei auf den Prozessen und Methoden unter Beachtung der Grundsätze von Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Dies trägt wesentlich zur Einhaltung definierter Prozesse bei und unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Wesentliche Feststellungen mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- beziehungsweise Ertragslage haben sich im Geschäftsjahr 2012 nicht ergeben. Empfehlungen der Internen Revision werden validiert, festgestellte Mängel bereinigt.

Phasen des Risikomanagementprozesses

Mit dem Ziel der Entwicklung eines einheitlichen und in sich geschlossenen Systems zur Analyse und Quantifizierung der bestehenden Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationellen Risiken unterscheiden wir vier Phasen im Risikomanagementprozess. Zuerst sollen im Rahmen der Risikoidentifikation bestehende und zukünftige wesentliche Risiken identifiziert werden, um davon ausgehend eine Klassifizierung durchführen zu können. Hierzu zählen beispielsweise die bei neuen Produkten oder komplexen Geschäften bestehenden Risiken und deren Integration in das bestehende System. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risikoidentifikation berücksichtigt. Ziel der Risikobeurteilung ist, mit einer dem Risiko angemessenen Methode das Risiko zu messen und zu bewerten. Dabei werden für die wesentlichen Risiken angemessene Risikomessungen, zum Beispiel über Risikomodelle oder Szenariobetrachtungen (zum Beispiel Real-Case- beziehungsweise Worst-Case-Szenarien oder Stresstests), durchgeführt. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Die letzte Phase des Prozesses ist die Überwachung der vom Vorstand festgelegten Limite und das Reporting der Risikokennziffern sowie der Analyseergebnisse an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche durch das Risikocontrolling. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung über die wesentlichen Risiken gemäß MaRisk erfolgt auch eine bedarfsgerechte Ad-hoc-Berichterstattung. Darüber hinaus werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten beziehungsweise Ergebnisse kontrolliert sowie validiert.

Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der vierteljährlich durchzuführenden Risikotragfähigkeitsberechnung ermitteln wir die zur Deckung von Verlusten verwendbare Risikodeckungsmasse. Sie gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe wir Risiken im Rahmen der Geschäftspolitik eingehen können. Dabei stellen die installierten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben ist. Wir setzen ein auf periodischer Sichtweise basierendes Risikotragfähigkeitskonzept ein. Ausgehend vom maximalen periodischen Risikodeckungspotenzial wird das einsetzbare Risikodeckungspotenzial ermittelt. Wesentliche Bestandteile des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials sind das Betriebsergebnis vor Bewertung des laufenden Jahres und die nicht zur Einhaltung der Solvabilitätsverordnung notwendigen Vorsorgereserven. Der Vorstand legt jeweils zum Ende eines laufenden Jahres für das folgende Geschäftsjahr fest, welcher Teilbetrag vom einsetzbaren Risikode-

ckungspotenzial zur Abdeckung der wesentlichen anzurechnenden Risiken zur Verfügung stehen soll (Limitsystem). Der nicht für das Limitsystem eingesetzte Betrag steht für die nicht quantifizierten Risiken (Liquiditätsrisiken und sonstige Risiken), Risikokonzentrationen, die nicht beim originären Risiko berücksichtigt sind, sowie für sonstige geschäftspolitische Planungen zur Verfügung. Anschließend werden die hinreichend genau quantifizierbaren wesentlichen Risiken auf das aus dem eingesetzten Risikodeckungspotenzial abgeleitete Limitsystem angerechnet. Ab dem 2. Quartal des Geschäftsjahres nehmen wir auch eine Betrachtung der Risikotragfähigkeit des Folgejahres vor.

Darüber hinaus erfolgt für außergewöhnliche Marktentwicklungen die Durchführung von Stresstests. Hierbei werden Auswirkungen von Änderungen der Risikofaktoren beziehungsweise -parameter auf die wesentlichen Risiken untersucht. Die Durchführung erfolgt in Form von Sensitivitäts- und Szenarioanalysen, die auch Risikokonzentrationen beinhalten. Die Stresstests werden hierbei nicht nur für einzelne Geschäfts- und Risikofelder, sondern zusätzlich auf Ebene des Gesamtinstituts durchgeführt, um Effekte transparent zu machen, die sich erst in der Gesamtbetrachtung ergeben. Es werden insgesamt vier Szenarien betrachtet, nachdem wir die Stresstests um ein gesondertes Szenario für das operationelle Risiko erweitert haben. Zum einen wird ein risikoartenübergreifendes Szenario und zum anderen werden drei Szenarien zu den derzeit größten Risiken der Kreissparkasse Ludwigsburg durchgeführt:

- Schwere Rezession: Auswirkungen auf Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelles Risiko
- Zinsrisiko: Betrachtung der Auswirkung verschiedener Zinsszenarien auf die Zinsspanne und die Entwicklung des Depot A
- Liquiditätsrisiko: Massiver Abzug von Einlagen bei gleichzeitiger Einschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten auf dem Interbankenmarkt
- Operationelles Risiko: Durchführung einer Sensitivitätsanalyse durch Variierung verschiedener Risikoparameter sowie einer Szenarioanalyse auf Basis von Fällen aus der fokussierten Risikolandkarte

Die Risikotragfähigkeit war in allen untersuchten Szenarien gegeben.

Darüber hinaus führt die Sparkasse jährlich einen sogenannten „inversen Stresstest“ durch. Ziel ist es, durch rekursives Vorgehen die Risikofaktoren und Parameterveränderungen zu ermitteln, die eine Nichtfortführung des Geschäftsmodells herbeiführen. Ein anlassbezogener Stresstest ist insbesondere dann durchzuführen, wenn sich die der Geschäftsstrategie zugrunde liegenden Einflussfaktoren deutlich verändern.

Risikostrategie

Beim Umgang mit unseren Geschäftsrisiken verfolgen wir auf Basis der Risikotragfähigkeit eine Risikostrategie, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risiken und für die Umsetzung der Risikostrategie und achtet dabei auf das risikobewusste Verhalten aller Mitarbeiter.
- Gewährleistung der Risikotragfähigkeit
- Die Risikostrategie berücksichtigt die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und die Risiken der wesentlichen Auslagerungen. Sie umfasst auch die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie bestehende Risiko- und Ertragskonzentrationen.
- Mit Hilfe installierter Risikolimits und effizienter Kontrollsysteme soll der Ertrag sichergestellt und das Vermögen geschützt werden. Durch die Festlegung von Risikotoleranzen wurde bestimmt, zu welchen Bedingungen die Sparkasse bereit ist, Risiken einzugehen.

- Es sollen nur Risiken mit einem für uns günstigen Verhältnis von Risiko zu Ertrag eingegangen werden. Risiken mit ungünstiger Relation sollen im Einzelnen sowie in ihrer aggregierten Form vermieden, vermindert oder kompensiert werden. Die eingesetzten Kontrolleinheiten haben dies zu überwachen.
- Die Risikostrategie wird jährlich überprüft und, soweit erforderlich, angepasst.

3.2.2.2 Überwachung und Steuerung der Risikoarten

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen vertraglich zugesagte Leistungen durch die Geschäftspartner teilweise oder vollständig ausfallen.

Kundenkreditgeschäft

Die Steuerung des Kundenkreditgeschäfts geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der einzelnen Engagements. In der Kreditrisikostrategie wird die Risikoneigung differenziert nach Größenklassen, Kundengruppen, Branchen, Besicherungsquoten und Bonitätsverteilungen definiert. Das Kreditportfolio verteilt sich gleichmäßig auf Unternehmen/Selbstständige und Privatpersonen. Eine Analyse des Kreditportfolios auf Ebene der in den Branchen enthaltenen Wirtschaftszweige zeigt, dass die Portfolien auf dieser Ebene hinreichend diversifiziert sind. Der Vorstand räumt der Risikobegrenzung im Kundenkreditgeschäft einen hohen Stellenwert ein. Der Begrenzung wird dadurch Rechnung getragen, dass bei Engagements unverändert die Qualität, das heißt ein möglichst risikoarmes Kreditgeschäft, im Vordergrund steht. Für die Übernahme bedeutender Risiken ist die Zustimmung des Kreditausschusses erforderlich.

Zentrale Bedeutung für die kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken hat die Bonitätsbeurteilung. Im Rahmen des Risikosteuerungs- und -controllingsystems setzen wir zur Beurteilung der Kreditrisiken in Abhängigkeit von den einzelnen Kundensegmenten verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren ein. Das Rating-/Scoringkonzept umfasst grundsätzlich alle gewerblichen und privaten Kunden.

Zur Beurteilung der Kreditnehmerbonität setzen wir von der Sparkassenorganisation angebotene Systeme (zum Beispiel Scoring- und Ratingsysteme, EBIL zur Einzelbilanzanalyse) ein. Die Bonitätsbeurteilung erfolgt durch erfahrene Kreditanalysten unter Einbeziehung der Kundenbetreuer. Entscheidend für die Bonitätseinstufung sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die daraus ermittelte Zahlungsfähigkeit.

Wir verfügen über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen. Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob sich die Risikolage verändert hat und Risikovorsorgebedarf entstanden ist. Sobald uns Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung. Ob im Einzelfall eine Risikovorsorge zu bilden ist, orientiert sich an der Ausfallgefahr der Forderung. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Die Höhe der Risikovorsorge ist darüber hinaus abhängig von den Sicherheiten, deren Bewertung nach den „Grundsätzen für die Bewertung von Sicherheiten“ (BeSi), der Beleihungswertermittlungsverordnung (BeWertV) beziehungsweise dem IDW-Ansatz erfolgt. Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Antrag kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und gegebenenfalls daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, die eine Kapitaldienstfähigkeit erkennen lassen, oder bei einer zweifelsfreien Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten erfolgt eine

Auflösung der Risikovorsorge. Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt in einem zentralen System in der Abteilung Marktfolge Kredit und der Rechtsabteilung. In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt. Ergänzend werden die Risiken aus dem Mengenkreditgeschäft über eine pauschale Mengen-Einzelwertberichtigung abgeschirmt. Für latente Ausfallrisiken bilden wir Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Zusätzlich wird eine regelmäßige Analyse, Bewertung und Steuerung des Kreditportfolios durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling mit Hilfe des Modells „Credit Portfolio View“ durchgeführt, das sich derzeit noch im Testbetrieb befindet. Das Risikomaß ist der Value at Risk. Hierbei werden neben Kreditportfoliodaten auch übergreifende Parameter wie Migrationsmatrix, Ausfallzeitreihen sowie Einbringungs- und Verwertungsquoten berücksichtigt.

Handelsgeschäfte

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner und unter Berücksichtigung externer Ratings nach den Regeln der Kreditwürdigkeitsprüfung sowie durch Volumenslimite je Partner begrenzt. Die Auslastung der Limite wird durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling täglich berechnet und deren Einhaltung überwacht.

Berichterstattung

Der Vorstand wird vierteljährlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über die Entwicklung des Kreditportfolios informiert. Er beinhaltet zumindest folgende Darstellungen und gegebenenfalls erforderliche Kommentierungen:

- Portfoliozusammensetzung nach Bonitätsklassen beziehungsweise Ratingkennziffern, Kundengruppen, Branchen, Größenklassen, risikobehaftetem Volumen und weiteren Kennziffern
- Risikokonzentrationen
- Limitauslastung
- Bedeutende Limitüberschreitungen und deren Gründe
- Entwicklung der Risikovorsorge
- Wesentliche Kreditentscheidungen, sowie sie von unserer Risikostrategie abweichen oder vom Vorstand im Rahmen seiner Krediteinzelkompetenz bei abweichenden Voten entschieden wurden

Der Adressenausfallrisikobericht bildet mit den anderen eingesetzten Systemen die Basis unserer Kreditentscheidungsprozesse und ermöglicht uns, das Risikoportfolio zu bewerten und zu steuern. Hierzu dienen auch die über das interne Rating ermittelten Risikoprämien der risikoadjustierten Konditionsgestaltung.

Beteiligungen

Die Gefahr eines finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen des Beteiligungsportfolios wird als Beteiligungsrisiko bezeichnet. Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlagen. Darüber hinaus können zusätzliche Haftungsrisiken nicht ausgeschlossen werden.

Unsere Verbundbeteiligungen werden zur Förderung des Sparkassenwesens und zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags gehalten. Sie dienen vor allem der Stärkung des Zusammenhalts der Sparkassen-Finanzgruppe sowie dem Ausbau der Vertriebskanäle für die unterschiedlichen Produkte der Verbundmitglieder und sollen unseren Geschäftsbetrieb langfristig unterstützen. Sie dienen somit einem langfristigen strategischen Zweck. Teilweise werden die

Beteiligungen auch indirekt über den SVBW gehalten. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, diese sind jedoch von untergeordneter Bedeutung.

In der Geschäfts- und Risikostrategie hat die Sparkasse die Ziele für die Beteiligungen festgelegt. Die Beteiligungsrisiken werden angemessen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse einbezogen. Das Beteiligungscontrolling erfolgt für die Verbundbeteiligungen im Wesentlichen durch den SVBW und für die sonstigen Beteiligungen durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling. Das Beteiligungsrisiko wird anhand von Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie anhand von Szenarien ermittelt. Die Methoden der Risikoermittlung werden regelmäßig überprüft und weiterentwickelt. Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die Sparkasse ausreichend über die Situation bei den einzelnen Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist.

Die Sparkasse ist Mitglied des SVBW, der sich, wie in Abschnitt 1 Rahmenbedingungen dargestellt, an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital beteiligt und eine Rückgarantie aus einer Risikoimmunsierungsaktion für die LBBW übernommen hat. Als Mitglied sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die erwarteten Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Auch unter Berücksichtigung des Gesamtkreditengagements besteht insoweit eine Risikokonzentration bezüglich der Adresse LBBW. Auf Basis der uns derzeit vorliegenden Informationen ist ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen über die Verbandsumlage nicht erkennbar. Eine abschließende Beurteilung ist erst mit Vorlage des Jahresabschlussberichts der LBBW möglich.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für das Geschäftsjahr 2011/2012 der Erwerbsgesellschaft war die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich.

Insgesamt betrachtet konzentriert sich das Beteiligungsrisiko der Sparkasse derzeit vor allem auf die großen Verbundbeteiligungen.

Die Adressenausfallrisiken bewegten sich im vergangenen Jahr jederzeit im Rahmen des vom Vorstand festgelegten Limitsystems. Zum Bilanzstichtag betrug der Buch- und Zeitwert unserer Engagements in den sogenannten Euro-Peripheriestaaten 145 Mio. €. Der weit überwiegende Teil betrifft Unternehmensanleihen. Zudem sind in diesem Betrag Finanzierungsgesellschaften enthalten, deren Verbindlichkeiten von den Mutterunternehmen mit Sitz in anderen Staaten garantiert werden. Vor dem Hintergrund der sich aus den Bonitätsbeurteilungssystemen ergebenden Erkenntnisse stufen wir die Entwicklung der Risikolage aus dem Kreditgeschäft als zufriedenstellend ein. Dennoch sind weitere Risiken für die künftige Entwicklung im Kreditgeschäft nicht auszuschließen. Wir werden diesen Risiken mit einer risikoorientierten Kreditvergabepolitik begegnen.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze und Kurse sowie aus den hieraus resultierenden Preisänderungen der Derivate ergeben. Marktpreisrisiken werden gesteuert mit dem Ziel, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten. Zur Begrenzung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts Limite festgelegt.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften des Handels- und Anlagebuches

Für die Handelsgeschäfte werden die Marktpreisrisiken täglich auf Basis aktueller Marktpreise und möglicher Marktpreisveränderungen (Verlustpotenziale) ermittelt. Dabei werden ab 2013 die Verlustpotenziale mittels Value-at-Risk-Konzept, dem der Varianz-Kovarianz-Ansatz auf Basis einer Haltedauer von 30 Tagen (bisher 20 Tage) und einem Konfidenzniveau von 99 % sowie ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Tagen zugrunde liegen, gemessen und überwacht. Die Verlustrisiken aus den einzelnen Portfolien werden zusammen mit den schwebenden Verlusten und realisierten Ergebnissen der Handelsgeschäfte auf die vom Vorstand festgelegten Limitstrukturen angerechnet.

Die für außergewöhnliche Marktentwicklungen durchgeführten Worst-Case-Szenarien (Haltedauer 40 Tage (bisher 30 Tage), Konfidenzniveau 99,9 %) zeigen, dass wir jederzeit die Risiken tragen können.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value at Risk im Vergleich zum Vorjahr:

in Mio. EUR	2012			2011
	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2012	VaR 31.12.2011
Marktpreisrisiken	55,3	94,5	75,1	39,7

Über die Marktpreisrisiken wird der Vorstand börsentäglich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling informiert. Dabei werden dem Vorstand folgende Daten beziehungsweise Unterlagen als **Risikoinformationen** mittels des Risikoreportings zur Verfügung gestellt:

- Kommentierung der allgemeinen Marktentwicklung sowie der Auswirkungen aus GuV- und Barwert-Sicht
- Übersicht Bankbuch
- Ergebnisse aus Handelsbuchgeschäften
- Limitauslastung

Die Marktpreisrisiken bewegten sich 2012 jederzeit innerhalb des Rahmens des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Wir gehen von einer zufriedenstellenden Risikosituation aus. Aufgrund der teilweise immer noch vorhandenen Auswirkungen der Finanzmarktkrise sowie Unsicherheiten an den Märkten hinsichtlich der Auswirkungen der Staatsverschuldung im Euro-Raum sind Risiken hinsichtlich eines Bewertungsbedarfs bei den Eigenanlagen nicht auszuschließen.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken bildet die Sparkasse Mikro-Hedges (Bewertungseinheiten). Hierfür werden Caps, Collars, Swaptions, Zinsswaps und Forward-Swaps eingesetzt. Ergänzend verweisen wir auf die Ausführungen zu den Bewertungseinheiten im Anhang zum Jahresabschluss. Währungsrisiken sind bei der Sparkasse nur von untergeordneter Bedeutung. Diese Marktpreisrisiken bewegen sich innerhalb des Rahmens der geschäftspolitischen Zielsetzungen.

Gesamtinstitutsbezogenes Zinsänderungsrisiko

Die Zinsänderungsrisiken ergeben sich im Zusammenhang mit Handelsgeschäften und auf Gesamtbankebene aus der Fristentransformation. Die Risiken können aus dem Ansteigen, Absinken oder Drehen der Zinsstrukturkurve resultieren.

Die periodische Ermittlung des Zinsspannenrisikos des Gesamtinstituts wird monatlich mit Hilfe des PC-Programms GuV-Planer von der Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling durchgeführt.

Der Ermittlung des Zinsspannenrisikos liegen derzeit folgende Annahmen zugrunde:

- Dynamisches Verfahren: Planung des Kundengeschäfts (Aktiva und Passiva) mit einem moderaten Wachstum der Kredite und Einlagen für 2013 und 2014 (einschließlich unbefristeter Bestände)
- Planung der Bestände der eigenen Wertpapiere
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen bzw. Kündigungen beim Zuwachssparen werden im Rahmen der Bestandsplanung berücksichtigt.

Zur Berechnung des Zinsspannenrisikos simulieren wir monatlich zumindest folgende unterschiedliche Zinsentwicklungen:

- Konstante Zinsen
- Parallelanstieg um +100 Basispunkte
- Parallelrückgang um -100 Basispunkte
- Invertierung der Zinsstrukturkurve/Worst-Case-Szenario

Zur wertorientierten Quantifizierung mittels des Risikomaßes Value-at-Risk setzt die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling die Anwendung sDIS OSP ein. Dabei werden ein Konfidenzniveau von 95 % und eine Haltedauer von 30 Tagen zugrunde gelegt. Der monatlichen Ermittlung des barwertigen Zinsänderungsrisikos liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Bei unbefristeten Einlagen werden die Cashflows über gleitende Durchschnitte gebildet.
- Vorzeitige Verfügungen (statistische Ausüßer) beim Zuwachssparen werden berücksichtigt.
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen werden derzeit nicht im Cashflow berücksichtigt.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value at Risk im Vergleich zum Vorjahr:

in % des Barwertes	2012			2011
	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2012	VaR 31.12.2011
Zinsänderungsrisiko	3,71 %	4,84 %	4,44 %	3,32 %

Darüber hinaus wird mit Hilfe dieses Instruments die risikoadjustierte Performancekennziffer RORAC (Return on Risk Adjusted Capital) monatlich ermittelt, bei der die Mehrperformance in Relation zum Risiko des Portfolios gesetzt wird. Die RORAC-Kennziffer betrug zum Jahresende 2012 11,03 % (Vorjahr: 11,73 %).

Der Zinsrisikokoeffizient gemäß § 25a Abs. 1 Satz 7 KWG in Verbindung mit dem BaFin-Rundschreiben 11/2011 (Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung um +/- 200 Basispunkte) belief sich am 31. Dezember 2012 auf 38,5 % und zeigt, dass die KSK Ludwigsburg ein erhöhtes Zinsänderungsrisiko aufweist, das aufgrund der Risikotragfähigkeit vertretbar ist.

Der Vorstand wird monatlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über das Zinsspannenrisiko, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Entwicklung des barwertigen Zinsänderungsrisikos (einschließlich des Zinsrisikokoeffizienten der BaFin) informiert.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung werden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken neben bilanzwirksamen Instrumenten auch derivative Finanzinstrumente in Form von Renten-futures, Zinsswaps, Swaptions sowie Forward Rate Agreements eingesetzt. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung. Offene Fremdwährungspositionen wurden grundsätzlich durch gegenläufige Geschäfte abgesichert.

Das Zinsspannenrisiko bewegte sich 2012 jederzeit innerhalb des Rahmens des vom Vorstand vorgegebenen Limits.

Risiken bestehen aus unserer Sicht in erster Linie in steigenden Marktzinsen, die aufgrund des Festzinsüberhangs bei den Aktiva eine Verringerung des Zinsüberschusses zur Folge haben könnten, sowie in einer Verringerung des Fristentransformationsbeitrags, der maßgeblich von der Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten beeinflusst wird.

Liquiditätsrisiken

Den Risiken, unseren Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können, sowie der Gefahr, im Falle unzureichender Marktliquidität in einzelnen Produkten nicht oder nicht zu erwartenden Konditionen kontrahieren zu können, wird ebenfalls im Rahmen des Risikosteuerungs- und -controllingsystems entgegengewirkt. Dem Liquiditätsrisiko wird durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva vorgebeugt. Der Liquiditätsstatus wird zum Zwecke der Disposition täglich ermittelt.

Zur Messung und Limitierung der Liquidität orientieren wir uns darüber hinaus an den Anforderungen der Liquiditätsverordnung. Über die Liquiditätssituation sowie über Szenariorechnungen (einschließlich Worst-Case-Szenarien) erstattet die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling dem Vorstand vierteljährlich Bericht. Wir verfügen - wie es auch die Liquiditätskennzahl im Abschnitt Finanzlage zeigt - insgesamt über eine gute Liquiditätsposition.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten können. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich, dem in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Festlegung, der regelmäßigen Überprüfung und der Sicherstellung der Rahmenbedingungen im Umgang mit operationellen Risiken zufällt.

Die operationellen Risiken werden jährlich identifiziert und dokumentiert. Zu den installierten Regelungen beziehungsweise Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere das interne Kontrollsystem, die schriftlich fixierte Ordnung für die Aufbauorganisation und die wesentlichen Arbeitsabläufe, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe. Betriebsrisiken aus dem IT-Bereich, aus Organisations- und Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit einem externen Rechenzentrum, Notfallkonzepte, zunehmende Automatisierung und ständige Kontrollen durch qualifizierte Mitarbeiter gemindert und zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher Standardverträge reduziert.

Wir setzen das vom DSGVO entwickelte Instrument „fokussierte Risikolandkarte“ ein. Die „fokussierte Risikolandkarte“ dient neben der Identifikation operationeller Risiken zur szenariobezogenen Analyse von risikorelevanten Verlustpotenzialen (Ex-ante-Betrachtung). Darüber hinaus besteht für bedeutende Schadensfälle ein Verfahren, das sicherstellt, dass diese Schäden an die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling gemeldet und dort analysiert sowie gegebenenfalls Maßnahmen eingeleitet werden. In der „Schadensfalldatenbank“ werden tatsächlich eingetretene Schäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1,0 TEUR erfasst (Ex-post-Betrachtung).

Risikoinformationen werden dem Vorstand mittels des vierteljährlichen Risikoberichts durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

- Aufgetretene bedeutende Schadensfälle (Art, Ausmaß und Ursache)
- Im Rahmen der Risikolandkarte ermittelte Risiken (jährlich)
- Gegebenenfalls getroffene Maßnahmen

Auf Basis der in der Vergangenheit eingetretenen bedeutenden Schadensfälle, der Ergebnisse der „fokussierten Risikolandkarte“ und unserer Maßnahmen beurteilen wir die Risikolage als zufriedenstellend. Insbesondere aufgrund von Rechtsunsicherheiten ist eine Verschlechterung der Risikolage jedoch nicht auszuschließen.

Zusammenfassende Risikobeurteilung

Unser Haus verfügt über ein hinreichendes, dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikosteuerungs- und -controllingsystem können frühzeitig die Risiken identifiziert, Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet und Risiken gesteuert werden. 2012 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Die Risikotragfähigkeit war und ist derzeit entsprechend der Risikotragfähigkeitsanalysen in allen Szenarien gegeben, die Risikolage insgesamt als vergleichsweise günstig einzustufen. Auch die in der periodischen Sichtweise ab dem zweiten Quartal des Jahres durchgeführte Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr lässt auf keine Beeinträchtigung in der Risikotragfähigkeit schließen. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse/Marktentwicklungen durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können. Aufgrund der ausgereichten Kredite/Beteiligungen im Sparkassenverbund bestehen Risikokonzentrationen, deren reines Adressenausfallrisiko wir allerdings als vertretbar einschätzen. Eine weitere Risikokonzentration resultiert aus der hohen IT-Abhängigkeit von der Finanz Informatik. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind auf Basis der Risikoinventur jedoch nicht erkennbar. Wir sehen uns durch das bestehende Risikomanagement sowohl für das bestehende Geschäft als auch für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet.

3.2.2.3 Prognosebericht

Strategische Schwerpunkte

Unser Ziel als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut ist die dauerhafte Erfüllung des öffentlichen Auftrags beziehungsweise die durch ihn zugewiesenen Aufgaben im Rahmen gesellschafts-, wirtschafts- und kreditpolitischer Ziele. Basis hierfür ist neben einer langfristigen Existenzsicherung auch das Ziel der Beibehaltung unserer starken Marktstellung in unserem Geschäftsgebiet. Nur eine angemessene Ertragskraft gewährleistet, dass wir den finanziellen Spielraum für die zukünftige Geschäftsentwicklung haben. Unser Ziel ist deshalb eine kontinuierliche Steigerung der Ertragskraft auf Basis einer die rechtlichen Anforderungen erfüllenden Kapitalbasis. Dies fördern wir unter anderem durch Zielvereinbarungen mit Führungskräften und Mitarbeitern. Durch den effizienten Einsatz von vorhandenen Ressourcen, die kontinuierliche Verbesserung unserer Prozesse und mehr Verantwortung durch Teamarbeit erreichen wir die erforderliche Produktivität. Und als Motor und entscheidende Größe im Wertschöpfungsprozess wollen wir das Wissen und die Erfahrungen unserer Mitarbeiter an allen unseren Standorten künftig noch zielgerichteter erschließen und weiterentwickeln. Unsere Mitarbeiter beteiligen sich unter anderem im Rahmen des innerbetrieblichen Vorschlagswesens an der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten im gesamten Prozess- und Produktbereich.

Unsicherheit, ein Element jeder Prognose

Die Prognosen beziehen sich auf unsere Entwicklung für die nächsten zwei Jahre. Sie stellen unsere Einschätzung der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind beziehungsweise sich durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, weisen wir darauf hin, dass

die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten abweichen können, sofern die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen. Eine verlässliche Prognose ist besonders schwierig, da Unwägbarkeiten aus der nach wie vor ungelösten Staatsschuldenkrise im Euro-Raum bestehen, die weiterhin mit großen Schwankungen an den Finanzmärkten einhergehen dürfte und nun auch die Konjunktorentwicklung bedroht. Darüber hinaus wird die Rentabilität der Bankenbranche nachhaltig durch die steigende Regulierung belastet (Basel III, Bankenabgabe, Einlagensicherung etc.).

Erwarteter Geschäftsverlauf 2013 und 2014

Internationale Einflussfaktoren wie die Euro-Schuldenkrise bzw. eine allgemein nur schwach wachsende Weltwirtschaft haben die konjunkturellen Aussichten für Deutschland eingetrübt. Die solide Grundkonstruktion der deutschen Wirtschaft könnte jedoch dafür sorgen, dass die Schwächephase nur vorübergehend ist und insbesondere am Arbeitsmarkt ohne größere Auswirkungen bleibt. Das Wirtschaftswachstum könnte nach nur geringem Wachstum von ca. 0,4 % im Jahr 2013 auf 1,9 % im Jahr 2014 steigen. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche und der Schuldenkrise in einigen Ländern in Europa wird eine Zunahme der Ausfuhren insbesondere von der erwarteten Erholung der Weltwirtschaft und damit der Exporte in Drittländer abhängen. Da unser Geschäftsgebiet viele Unternehmen mit Exportorientierung aufweist, sollte, bei allen Unsicherheiten, die konjunkturelle Entwicklung auch im Landkreis Ludwigsburg positiv sein. Damit dürfte sich die hohe Beschäftigung am Arbeitsmarkt fortsetzen.

Wir sehen uns den Herausforderungen eines dynamischen Wettbewerbsumfeldes gegenüber. Hierzu zählen ein sich weiter verstärkender Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten und die steigenden Ansprüche unserer Kundschaft. Bereits heute verfügen wir über ein breites Angebot anerkannter Finanzprodukte mit einer hohen regionalen Marktabdeckung. Chancen wollen wir vor allem dadurch nutzen, dass wir künftig einzelne Geschäftsfelder mit zusätzlichen Produkten ausbauen. Dies gilt insbesondere für Geschäftsfelder, in denen wir bislang noch unterrepräsentiert sind. So zielt unsere Produktpolitik darauf ab, in allen wirtschaftlich sinnvollen Marktsegmenten angemessen vertreten zu sein.

Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 erwarten wir ein zum Jahr 2012 vergleichbares Wachstum der Bilanzsumme. Abgeleitet aus der konjunkturellen Entwicklung rechnen wir sowohl im gewerblichen Kreditgeschäft als auch im Kreditgeschäft mit Privatpersonen mit einem Wachstum. Bei den Privathaushalten wird weiterhin das Baufinanzierungsgeschäft im Vordergrund stehen, das durch das weiterhin niedrige Zinsniveau und die vorhandene Unsicherheit hinsichtlich alternativer Kapitalanlagen im Prognosezeitraum begünstigt wird. Bezüglich des Mitelaufkommens von Kunden gehen wir aufgrund des erwarteten Anstiegs der verfügbaren Einkommen ebenfalls von einem Wachstum aus.

Die Entwicklung des Zinssatzes hat den größten Einfluss auf die Höhe unseres Zinsüberschusses. Eine positive Zinsentwicklung wirkt sich in verschiedenen Bereichen aus. Steigende Zinsen erhöhen grundsätzlich unsere Refinanzierungs- und Kapitaldienstkosten, bieten aber im Rahmen von Zinsanpassungen die Chance der Margenausweitung. Differenziert wirkt sich ein steigender Zins auf das Kundenverhalten aus. Aufgrund einer höheren Grundverzinsung wird unsere Einlagenseite für den Kunden interessanter, das Kreditgeschäft wird durch die Verteuerung belastet. Sinkende Zinsen wirken in umgekehrter Richtung. Wir erwarten für 2013, dass die Europäische Zentralbank ihre extrem expansive Geldpolitik fortführen wird. Das Zinsniveau dürfte weiterhin auf einem im langjährigen Vergleich niedrigen Niveau liegen. Der Zinsüberschuss dürfte somit unter dem Wert von 2012 liegen, auch da die Zinsspanne in der Kreditwirtschaft durch den starken Wettbewerb im Landkreis weiter unter Druck bleiben wird. Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität dürfte, insbesondere aufgrund von Kapitalmaßnahmen im Rahmen der Basel III-Umsetzung, in den nächsten beiden Jahren deutlich unter dem Wert des Jahres 2012 liegen. Die Cost-Income-Ratio dürfte in den Jahren 2013 und 2014 ansteigen.

Aufgrund der Eurokrise waren die Finanzmärkte starken Schwankungen unterworfen. Insbesondere im zweiten Halbjahr konnten an den Börsen deutliche Kursgewinne erzielt werden.

Maßgeblich für die deutliche Stimmungsverbesserung im Spätsommer war die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, Staatsanleihen von europäischen Krisenländern in unbegrenztem Umfang zu kaufen. Das voraussichtlich weiterhin niedrige Zinsniveau dürfte 2013 Aktienanlagen strukturell begünstigen. Sollte sich das konjunkturelle Umfeld aufhellen, könnten auch die Kurse weiter steigen.

Eine positive Entwicklung an der Börse bedeutet für uns, dass steigende Kurse die Chancen beinhalten, im Kundengeschäft auf höhere Transaktionsumsätze und zu einem erhöhten Depotvolumen zu kommen. Wesentlichen Einfluss dabei hat die Volatilität der Börsen beziehungsweise der Einzeltitel, denn eine hohe Volatilität führt regelmäßig zu einer ansteigenden Handelsaktivität, während eine Seitwärtsbewegung der Leitindizes aufgrund der verhaltenen Kurschancen das Kundeninteresse reduziert. Darüber hinaus fördert ein positives Marktumfeld die Attraktivität der Anlagen, einen Mittelzufluss bei unseren Kunden und eine konstante Wertentwicklung unserer eigenen Bestände.

Wir erwarten für 2013 und 2014 weiterhin nur geringe Erträge aus den Verbundbeteiligungen und haben dies in unserer Ertragsprognose berücksichtigt. Weitere Abschreibungen auf unsere Beteiligungen sowie eine Inanspruchnahme aus unserer Garantie, die wir im Rahmen der Stützung der LBBW für ein definiertes Wertpapierportfolio des Instituts abgegeben haben, sind nicht auszuschließen.

Wir erwarten, dass neben den Margen auch die Preise im Dienstleistungsgeschäft auf aktuellem Niveau bleiben werden. Durch die Intensivierung unserer Produkt- und Dienstleistungspalette werden sich Chancen bieten: für unser Kerngeschäft, das Angebot vollumfassender Bankdienstleistungen und für unseren aktiven Vertrieb. Ein Ziel hierbei ist die Zufriedenheit unserer Kunden zu steigern, um sie stärker an die Sparkasse zu binden, sowie gezielt neue Kunden zu erobern, denn ein kontinuierliches Kundenwachstum, unter bewusstem Eingehen von Risiken, ist eine wesentliche Grundlage für die Ausweitung unseres geschäftlichen Erfolgs. Aufgrund der Unsicherheiten an den Märkten erwarten wir lediglich unveränderte Ergebnisbeiträge aus dem bilanzneutralen Wertpapiergeschäft. Dagegen sehen wir vor allem aus dem weiteren Ausbau der Verbund- und Vermittlungsgeschäfte die Möglichkeit zu einer Verbreiterung der Ertragsbasis. Da wir auch weiterhin bei beratungsintensiven Dienstleistungen und im Produktvertrieb verstärkt Akzente setzen wollen, sollte es möglich sein, das Provisionsergebnis in den Jahren 2013 und 2014 zumindest auf dem guten Niveau des abgelaufenen Jahres zu stabilisieren.

Durch ein konsequentes Kostenmanagement wird die Sparkasse versuchen, den prognostizierten Anstieg im ordentlichen Aufwand in engen Grenzen zu halten. Auch künftig planen wir Investitionen in zukunftsweisende Informationstechnologien und Produkte als Voraussetzung für den Ausbau der Marktanteile. Um die Kundenbindung weiter zu intensivieren und die partnerschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe zu fördern, bedarf es geeigneter technischer Lösungen, die eine unternehmensübergreifende Anbindung von Geschäftsprozessen ermöglichen und eine ganzheitliche Sicht auf den Kunden gewähren, damit wir künftig in der Lage sind, mit unseren Partnern „Finanzprodukte aus einer Hand“ anzubieten. Die durchgängige Integration medialer Vertriebskanäle wie Call Center oder Internet auf der einen Seite und des stationären Vertriebs in der Filiale auf der anderen Seite hilft uns, unsere Kunden bedarfsgerecht zu beraten und zielgerichtet ansprechen zu können. Über unseren Anschluss an die bundesweit tätige Finanz Informatik sind wir für diese Herausforderungen gerüstet.

Auch für 2013 planen wir, Teile unseres Zweigstellennetzes grundlegend zu renovieren, um den zwischenzeitlich stark gestiegenen Kundenbedürfnissen Rechnung zu tragen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunktorentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Aufgrund der vergleichsweise guten Prognosen für den Landkreis Ludwigsburg erwarten wir im Bereich der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft in den kommenden Geschäftsjahren keine überdurchschnittlichen Belastungen. Die Gefahr sich erhöhender Abschreibungen auf den Wertpapierbestand ist abhängig von

der Marktentwicklung. Wir werden daher im Rahmen unserer Strategie die Entwicklung beobachten und die Risiken gegebenenfalls durch Maßnahmen begrenzen. Bedingt durch die Unsicherheiten hinsichtlich möglicher Schwankungen der Marktzinsen/Spreads ist eine deutliche Belastung durch das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft nicht auszuschließen.

Im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen an Qualität und Quantität der Eigenkapitalausstattung im Rahmen von Basel III erwarten wir keine Gefährdung unserer Solvabilität.

Für das laufende sowie das folgende Geschäftsjahr erwarten wir eine Geschäftsentwicklung mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung unter dem Niveau des Vorjahres. Wir können das notwendige Kernkapital weiterhin selbst erwirtschaften.

Die notwendige Ausstattung mit haftendem Eigenkapital wird weiterhin sichergestellt sein. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist.

Ludwigsburg, den 19. März 2013

Der Vorstand

3.2.2.4 Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Aktivseite		€	€	31.12.2012 €	31.12.2011 T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			34.211.612,32		29.687
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			<u>104.640.603,01</u>	138.852.215,33	<u>110.482</u>
					140.169
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
b) Wechsel			<u>0,00</u>	0,00	<u>0</u>
					0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			20.465.461,46		13.879
b) andere Forderungen			<u>1.040.403.133,92</u>	1.060.868.595,38	<u>1.429.603</u>
					1.443.482
4. Forderungen an Kunden				4.825.340.214,00	4.520.382
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2.135.612.242,14 €			(2.083.625)
Kommunalkredite	369.229.390,74 €			(349.230)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 €			(0)
ab) von anderen Emittenten		<u>0,00</u>			<u>0</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 €			(0)
			0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		318.588.071,95			113.172
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	318.588.071,95 €			(113.172)
bb) von anderen Emittenten		<u>1.676.331.027,61</u>			<u>1.800.459</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.644.223.233,52 €			(1.800.459)
c) eigene Schuldverschreibungen			1.994.919.099,56		1.913.632
Nennbetrag	12.738.000,00 €		<u>12.942.605,11</u>		<u>10.207</u>
				(10.027)
				2.007.861.704,67	1.923.838
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				1.236.671.277,53	1.160.237
6a. Handelsbestand				1.219.829,52	2.993
7. Beteiligungen				105.104.078,13	104.815
darunter:					
an Kreditinstituten	15.631.079,52 €			(15.631)
an Finanzdienstleistungsinstituten	500.000,00 €			(500)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				9.627.822,97	7.513
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00 €			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 €			(0)
9. Treuhandvermögen				5.037.771,22	4.181
darunter: Treuhandkredite	5.037.771,22 €			(4.181)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			273.115,00		392
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			<u>0,00</u>		<u>0</u>
				273.115,00	392
12. Sachanlagen				120.763.901,67	118.943
13. Sonstige Vermögensgegenstände				28.917.428,87	9.036
14. Rechnungsabgrenzungsposten				4.834.692,52	5.972
Summe der Aktiva				9.545.372.646,81	9.441.953

Passivseite	€	€	31.12.2012 €	31.12.2011 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.182.511.945,46		912.054
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.055.767.336,71</u>	2.238.279.282,17	<u>1.445.395</u>
				2.357.449
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	766.269.493,98			1.002.519
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>1.175.677.853,68</u>			<u>1.185.211</u>
		1.941.947.347,66		2.187.730
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	3.469.663.964,13			2.961.892
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>760.634.476,45</u>			<u>922.896</u>
		4.230.298.440,58	6.172.245.788,24	<u>3.884.788</u>
				6.072.518
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		197.997.437,66		194.529
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 €			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 €			(0)
			197.997.437,66	194.529
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			5.037.771,22	4.181
darunter:				
Treuhandkredite	5.037.771,22 €			(4.181)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			8.667.113,88	13.129
6. Rechnungsabgrenzungsposten			5.954.574,29	7.079
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		41.476.924,00		40.092
b) Steuerrückstellungen		19.796.564,66		15.652
c) andere Rückstellungen		<u>46.127.746,75</u>		<u>44.836</u>
			107.401.235,41	100.580
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	53
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 €			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			320.000.000,00	220.000
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	400.000,00 €			(200)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	480.935.642,36			463.696
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		480.935.642,36		463.696
d) Bilanzgewinn		<u>8.853.801,58</u>	489.789.443,94	<u>8.740</u>
				472.436
Summe der Passiva			9.545.372.646,81	9.441.953
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		83.227.668,31		75.985
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			83.227.668,31	75.985
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>449.619.675,00</u>	449.619.675,00	<u>436.758</u>
				436.758

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	€	€	01.01.–31.12.2012 €	01.01.–31.12.2011 T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	260.584.982,08			279.976
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>59.892.489,91</u>			<u>65.944</u>
		320.477.471,99		345.920
2. Zinsaufwendungen		<u>198.008.888,60</u>		<u>246.717</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.414.037,77 €		122.468.583,39	(1.598)
				<u>99.202</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		38.404.624,84		31.961
b) Beteiligungen		2.245.889,28		1.676
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>359.770,53</u>		<u>480</u>
			41.010.284,65	34.116
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			544.235,45	412
5. Provisionserträge		51.691.566,47		49.195
6. Provisionsaufwendungen		<u>1.683.974,49</u>		<u>1.631</u>
			50.007.591,98	47.564
7. Nettoertrag des Handelsbestands (Vorjahr: Nettoaufwand)			734.790,98	179
8. Sonstige betriebliche Erträge			6.640.170,46	6.790
darunter: aus der Fremdwährungsumrechnung	727.421,83 €			(617)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>53.426,75</u>	<u>67</u>
			221.459.083,66	187.973
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	71.176.350,32			65.893
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>19.264.250,28</u>		<u>16.668</u>
darunter: für Altersversorgung	7.018.486,08 €			(5.194)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		90.440.600,60		82.561
		<u>43.396.219,31</u>		<u>43.428</u>
			133.836.819,91	125.989
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			7.317.749,64	7.090
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			9.939.488,88	7.961
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>83.128.863,32</u>		<u>119.450</u>
			83.128.863,32	119.450
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		186.140,48		11.265
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			186.140,48	11.265
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			100.000.000,00	120.000
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>53.307.748,07</u>	<u>35.118</u>
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		35.619.616,29		17.545
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>334.330,20</u>		<u>334</u>
			35.953.946,49	17.879
25. Jahresüberschuss			17.353.801,58	17.240
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			<u>0,00</u>	<u>0</u>
			17.353.801,58	17.240
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			0,00	0
			17.353.801,58	17.240
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		8.500.000,00		8.500
b) in andere Rücklagen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			8.500.000,00	8.500
29. Bilanzgewinn			8.853.801,58	8.740

3.2.2.5 Anhang

3.2.2.5.1 Allgemeine Angaben

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Konsolidierung der Jahresabschlüsse unserer verbundenen Unternehmen beeinflusst die einzelnen Positionen des Konzernabschlusses gegenüber den Werten des Jahresabschlusses unseres Instituts nur unwesentlich. Wir haben daher auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

3.2.2.5.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe) haben wir zum Nennwert bilanziert. Einbehaltene Agien und Disagien bei der Auszahlung von Darlehen und Schuldscheindarlehen wurden auf deren Laufzeit beziehungsweise Festzinsbindungsdauer verteilt.

Für erkennbare Ausfallrisiken haben wir bei **Forderungen an Kunden** in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Außerdem haben wir eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des steuerlich zulässigen Betrages auf den latent gefährdeten Forderungsbestand gebildet.

Wechsel im Bestand haben wir zum Zeitwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt. Sie wurden zu effektiven Hereinnahmesätzen abgezinst.

Die **Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei einem Wertpapier war zum Bilanzstichtag kein aktiver Markt vorhanden, dem ein verlässlicher Börsen- oder Marktpreis hätte entnommen werden können. In diesem Fall haben wir den beizulegenden Wert mittels eines Modells nach der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt.

Die **Finanzinstrumente des Handelsbestands** wurden gemäß § 340e Abs. 3 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Der Risikoabschlag wurde entsprechend der internen Risikosteuerung auf Portfolioebene ermittelt und vollständig bei der Aktivaposition 6a berücksichtigt. Die Berechnung erfolgte in Form eines Value at Risk (VaR) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99%, einer Haltedauer von 20 Tagen und eines Beobachtungszeitraums von einem Jahr. Zum Bilanzstichtag betrug der so ermittelte Risikoabschlag insgesamt 10 T€.

In Übereinstimmung mit der internen Risikosteuerung haben wir die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands in den GuV-Posten 1 und 3 ausgewiesen.

Dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) haben wir zu Lasten des GuV-Postens 18 gemäß § 340e Abs. 4 HGB einen Betrag von 200 T€ (27,22 % des Nettoergebnisses des Handelsbestands) zugeführt.

Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden im Berichtsjahr nicht geändert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die **immateriellen Anlagewerte** und das **Sachanlagevermögen** wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen wurden bei den Sachanlagen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringem Wert (bis 150 €) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000 € beziehungsweise bis 410 € bei Software) in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die in den **Sonstigen Vermögensgegenständen** enthaltenen Forderungen und Vermögenswerte wurden mit dem Niederstwert bewertet.

Verbindlichkeiten haben wir grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen. Abzinsungspapiere (Null-Kupon-Inhaberschuldverschreibungen) wurden zum Barwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Pensionsrückstellungen wurden für die unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz von 5,06 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Bei der Berechnung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % (Vorjahr 2,0%) und ein Rententrend von jährlich 2,0 % (Vorjahr 1,5 %) berücksichtigt.

Für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten der Sparkasse ergeben, besteht eine in Vorjahren dotierte Rückstellung in Höhe eines Teilbetrages von 27,6 Mio. €. Hierbei erfolgte die Berechnung der nicht durch entsprechendes Vermögen der Versorgungskasse gedeckten Verpflichtungen der Sparkasse (Gesamtbetrag 66,2 Mio. €) nach einem dem Teilwertverfahren angelehnten Näherungsverfahren, welches versicherungsmathematische Grundsätze berücksichtigt. Die Ermittlung erfolgte auf Datenbasis des Vorjahresresultimos unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G und einer pauschalen Berücksichtigung des auf die Sparkasse entfallenden Anteils am gesamten Kasernenvermögen der Versorgungskasse. Gehalts- beziehungsweise Rententrends wurden bei der Berechnung vereinfacht durch Kompensation mit dem bei der Abzinsung zu verwendenden durchschnittlichen Marktzinssatz einbezogen. Der so ermittelte und zugrunde gelegte Rechnungszins betrug 3,5 % (Vorjahr 4 %).

Gemäß IDW RS BFA 3 wurde zum Bilanzstichtag auf Basis einer barwertigen Betrachtungsweise unter Berücksichtigung voraussichtlich noch anfallender Risiko- und Verwaltungskosten nachgewiesen, dass aus den zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs) kein Verpflichtungsüberschuss besteht. Somit war diesbezüglich keine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erforderlich (**verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs)**).

Die **strukturierten Produkte** (Schuldscheinanlage bei einem Kreditinstitut mit mehrfachem Schuldnerkündigungsrecht und steigendem Zins, Schuldscheinanlage bei einem Kreditinstitut mit einmaligem Schuldnerkündigungsrecht, Schuldscheinanlage mit zunächst fester Verzinsung und anschließend variabler Verzinsung, Festzinsdarlehen mit Verlängerungsoption für den Kunden und begebene Stufenzins-IHS mit Schuldnerkündigungsrecht) wurden unter Berücksichtigung des IDW RS HFA 22 einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert. Das strukturierte Produkt Schwarzwald 4 haben wir unter Abspaltung der Nebenrechte bilan-

ziert. Das übernommene Adressenausfallrisiko aus der Credit Linked Note wurde nach IDW RS BFA 1 als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Für akute Ausfallrisiken wurde eine Rückstellung gebildet.

Die der Liquiditätsreserve zugeordneten **Future-Geschäfte** wurden einzeln imparitätisch bewertet. Unrealisierte Bewertungsverluste wurden durch Abschreibung der gezahlten Variation Margin aufwandswirksam erfasst.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen **Zinsswap-Geschäfte, Swaptions und Forward-Swaps** wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Im Kundengeschäft abgeschlossene **Caps, Collars, Swaps und Forward-Swaps** in Höhe von 157,5 Mio. € wurden mit zugeordneten Sicherungsgeschäften in Bewertungseinheiten (Mikro-Hedges) einbezogen. Die Sicherungsbeziehungen haben eine Ursprungslaufzeit von bis zu 30 Jahren. Soweit für Geschäfte wegen Adressrisiken keine Bewertungseinheit gebildet werden konnte, wurden diese einzeln bewertet.

Hierbei folgt die handelsbilanzielle Abbildung der im Risikomanagement vorgenommenen Zusammenfassung. Sind die Voraussetzungen für eine Bewertungseinheit erfüllt, bewerten wir die zugehörigen Grund- und Sicherungsgeschäfte - soweit sich die aus dem abgesicherten Risiko ergebenden Wertentwicklungen ausgleichen - kompensatorisch. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mit der Einfrierungsmethode. Die nicht abgesicherten Bestandteile der in die Bewertungseinheit einbezogenen Geschäfte wurden einzeln imparitätisch behandelt.

Sofern die wertbestimmenden Faktoren zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften übereinstimmen, nutzen wir zur Darstellung der prospektiven und retrospektiven Wirksamkeit die Critical-Terms-Match-Methode.

Die Wertänderungen der abgesicherten Risiken gleichen sich vollständig aus; die Grundgeschäfte werden grundsätzlich über die gesamte Laufzeit abgesichert. Das abgesicherte Zinsänderungsrisiko beläuft sich auf insgesamt 12,7 Mio. €.

Das **Währungsrisiko** wird über eine Währungsposition als Einheit gesteuert. In diese werden die einzelnen Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten, Devisentermingeschäfte, Zinsswaps in Fremdwährung und Zins-/Währungsswaps sowie Kassageschäfte eingestellt. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB wird in Höhe der sich hierbei betragsmäßig ausgleichenden Positionen je Währung angenommen. Dem Anlagevermögen zugeordnete Beteiligungen in fremder Währung und die zugehörigen Refinanzierungen wurden ebenfalls als besonders gedeckte Positionen behandelt.

Die Umrechnung der **auf fremde Währung lautenden Bilanzposten** und der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte (einschließlich Sortenbestände) erfolgte generell mit dem Kassakurs. Nicht abgewickelte Termingeschäfte wurden zu einheitlichen Kursen umgerechnet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte wurden ebenfalls erfolgswirksam vereinnahmt. Der Ausweis der Aufwendungen und Erträge aus besonders gedeckten Positionen erfolgte saldiert im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

3.2.2.5.3 Pfandbriefgeschäft

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat im Geschäftsjahr 2012 Pfandbriefemissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) durchgeführt. Es wurden Hypothekendarlehen mit einem Nominalwert von 40 Mio. € platziert.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgegliedert. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen haben wir nur die Posten zusätzlich untergliedert, die Pfandbriefe enthalten.

Untergliederung von Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund des Pfandbriefgeschäfts

	Geschäftsjahr		Vorjahr ¹
	€	€	T€
Aktiva 3 Forderungen an Kreditinstitute			
a) Hypothekendarlehen	0,00		0
b) Kommunalkredite	962.373.851,98		1.355.727
c) andere Forderungen	98.494.743,40		87.755
		1.060.868.595,38	1.443.482
darunter:			
täglich fällig		40,00	0
gegen Beleihung von Wertpapieren		0,00	0
Aktiva 4 Forderungen an Kunden			
a) Hypothekendarlehen	2.135.612.242,14		2.083.625
b) Kommunalkredite	369.229.390,74		349.230
c) andere Forderungen	2.320.498.581,12		2.087.528
		4.825.340.214,00	4.520.382
darunter:			
gegen Beleihung von Wertpapieren		0,00	0
Aktiva 14 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	4.834.692,52		5.972
b) andere	0,00		0
		4.834.692,52	5.972
Passiva 3 Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekendarlehen	60.640.802,08		20.100
ab) öffentliche Pfandbriefe	0,00		0
ac) sonstige Schuldverschreibungen	137.356.635,58		174.429
		197.997.437,66	194.529
Passiva 6 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	5.065.496,89		6.087
b) andere	889.077,40		992
		5.954.574,29	7.079

¹ Die Vorjahreszahlen wurden angepasst

Zusatzangaben nach § 35 RechkredV

Die im Deckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 79,8 Mio. € werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen in Höhe von 10 Mio. € finden sich in der Bilanz unter der Position Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Die Angaben nach den Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG stellen sich wie folgt dar:

Die nachfolgend angegebenen Zahlenwerte beruhen jeweils auf kaufmännisch exakten Rundungen. Die ausgewiesenen Summen können daher von den bei Summierung der Einzelwerte sich ergebenden Ergebnissen geringfügig abweichen.

Angaben zur nominalen und barwertigen Deckung (§ 28 Nr. 1 und 3 PfandBG)

	Umlauf Pfandbriefe		Deckungsmasse		Überdeckung	
	Mio. €		Mio. €		in %	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
Nennwert	60,00	20,00	89,78	34,64	49,63	73,20
Barwert	65,55	20,77	103,11	38,09	57,29	83,43
Risikobarwert ¹ (Stress-test + 250 BP)	53,22	16,73	88,63	32,95	66,53	96,96
Risikobarwert ¹ (Stress-test - 250 BP)	73,93	25,48	111,33	43,40	50,60	70,34
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 1 PfandBG					16,96	10,17

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

¹ Statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

Angaben zur Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Umlauf Pfandbriefe		Deckungsmasse		Überhang	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
unter 1 Jahr	0,00	0,00	2,87	1,75	2,87	1,75
1 Jahr bis zu 2 Jahren	0,00	0,00	3,26	3,28	3,26	3,28
2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,00	0,00	4,92	0,94	4,92	0,94
3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,00	0,00	5,41	2,74	5,41	2,74
4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,00	0,00	4,72	2,67	4,72	2,67
5 Jahre bis zu 10 Jahren	60,00	20,00	65,05	21,74	5,05	1,74
ab 10 Jahre	0,00	0,00	3,55	1,51	3,55	1,51

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

Weitere Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	31.12.12	31.12.11
nach § 19 PfandBG in Mio. €	10,00	2,00
Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs in %	16,67	10,00
davon in Deckungswerten gem. § 4 Abs. 1 PfandBG in %	16,67	10,00

Zusammensetzung der Deckungsmasse (§ 28 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG)

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	Mio. €		Anteil am Gesamtbetrag der Deckungsmasse insgesamt ¹ in %	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
nach Größenklassen				
bis einschließlich 300 T€	71,53	29,49	-	-
mehr als 300 T€ bis einschließlich 5 Mio. €	8,25	3,15	-	-
mehr als 5 Mio. €	0,00	0,00	-	-
nach Nutzungsart (I) in Deutschland				
wohnwirtschaftlich	73,93	30,53	-	-
gewerblich	5,85	2,11	-	-
nach Nutzungsart (II) in Deutschland				
Wohnungen	36,24	14,13	40,37	40,79
Einfamilienhäuser	31,27	13,77	34,83	39,75
Mehrfamilienhäuser	6,41	2,63	7,15	7,60
Bürogebäude	0,57	0,00	0,63	0,00
Handelsgebäude	0,50	0,54	0,55	1,55
Industriegebäude	1,60	1,57	1,78	4,54
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	3,18	0,00	3,54	0,00
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	0,00	0,00	0,00
Bauplätze	0,00	0,00	0,00	0,00

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

¹Darin enthalten sind 10,0 Mio. € sonstige Deckungswerte.

Übersicht über rückständige Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

	Mio. €	
	31.12.12	31.12.11
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,00	0,00

Weitere Angaben (§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)

	wohnwirtschaftlich Mio. €		gewerblich Mio. €	
	31.12.12	31.12.11	31.12.12	31.12.11
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungs- verfahren	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	0	0	0
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00

3.2.2.5.4 Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite

	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
Forderungen an Kreditinstitute		
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	218.822	494.558
darunter: Forderungen an die eigene Girozentrale	212.551	488.369
Die Unterposition b) - andere Forderungen - (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	17.911	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	117.664	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	220.000	
mehr als fünf Jahre	650.000	
Forderungen an Kunden		
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	212.353	208.527
Nachrangige Forderungen	1.700	3.283
Diese Position (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	111.926	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	351.603	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.128.638	
mehr als fünf Jahre	2.695.499	
mit unbestimmter Laufzeit	517.739	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	308.318
Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	108.562	591.989
Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind 1.994.919 T€ börsennotiert.		

31.12.2012 31.12.2011
T€ T€

In Unterposition b) – Anleihen und Schuldverschreibungen
– sind enthalten:

Nachrangige Forderungen 1.280 1.215

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In dieser Position sind enthalten:

Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind 1.279 T€
börsennotiert.

Anteile an Investmentvermögen

An den folgenden Investmentvermögen halten wir mehr als 10 % der Anteile:

Anlageziel Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert T€	Buchwert T€	Ausschüttungen im Geschäftsjahr T€	Tägliche Rückgabe möglich
<u>Gemischte Fonds</u>				
A-LBA	193.952	179.583	5.502	ja
BWInvest-KLB	122.145	102.688	1.205	ja
A-KLB	125.914	110.844	3.275	ja
A-KLB-R1	127.769	118.571	3.960	ja
A-KLB-R2	127.167	118.221	3.708	ja
A-KLB-R3	126.769	117.768	3.852	ja
A-KLB-R4	126.787	119.480	3.702	ja
A-KLB-R5	135.531	124.682	3.742	ja
A-KLB-R6	133.837	122.566	3.898	ja
A-KLB-R7	131.371	119.533	3.536	ja
<u>Immobilienfonds</u>				
S-Domus	29.102	29.102	1.043	eingeschränkt*
Real I.S.Individualfonds 1	11.808	11.800	0	eingeschränkt**

* 5-monatige Ankündigung

** Im 11. Monat nach Rückgabeerklärung

Aktivseite

31.12.2012 31.12.2011
T€ T€

Handelsbestand

Der Handelsbestand setzte sich aus Anteilen an
Investmentvermögen und anderen festverzinslichen
Wertpapieren zusammen.

Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellte in voller Höhe Forderungen an Kunden (Aktivposten 4) dar.

Sachanlagen

In dieser Position sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	100.694
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.310

Sonstige Vermögensgegenstände

In dieser Position sind enthalten:

Stille Beteiligung mit Nachrangabrede	7.559	6.286
---------------------------------------	-------	-------

Rechnungsabgrenzungsposten

In dieser Position sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	494	564
Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Anleihen	4.280	5.318

Mehrere Positionen betreffende Angaben

Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	85.315
---	--------

Anlagenspiegel

In nachstehenden Positionen enthaltenes Anlagevermögen	Anschaffungs-/Herstellungskosten	Veränderungen während des Geschäftsjahres				Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt	Bilanzwert am Jahresende	Bilanzwert am Vorjahresende	Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen				
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
Immaterielle Anlagewerte	3.304	99	15	-	-	3.115	273	392	218
Sachanlagen	258.395	23.692	6.357	-	-	154.966	120.764	118.943	7.100
		Veränderungssaldo (§ 34 Abs. 3 RechKredV)					(ohne anteilige Zinsen)		
Beteiligungen					+289		105.104	104.815	
Anteile an verbundenen Unternehmen					+2.115		9.628	7.513	
Sonstige Vermögensgegenstände					+457		6.743	6.286	

Passivseite

	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.215.793	942.286
darunter: Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	1.215.793	942.286
Der Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt	360.812	
Die Unterposition b) - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	155.745	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	169.913	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	250.627	
mehr als fünf Jahre	449.591	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.869	5.446
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.966	5.305
Die Unterposition ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	180.167	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	621.437	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	363.628	
mehr als fünf Jahre	10.446	
Die Unterposition bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate	519.396	

mehr als drei Monate bis ein Jahr	101.561
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	109.801
mehr als fünf Jahre	26.314

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€

Verbriefte Verbindlichkeiten

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	40.574	10.072
---	--------	--------

In Unterposition a) - begebene Schuldverschreibungen - enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	57.467	
---	--------	--

Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1).

Rechnungsabgrenzungsposten

In dieser Position sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	5.015	6.018
--	-------	-------

Mehrere Positionen betreffende Angaben

Von den Verbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung	83.453	
---	--------	--

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	T€	
--	----	--

Zinserträge

In dieser Position sind enthalten:

Aperiodische Zinserträge

Verzugszinsen für Darlehen aus Vorjahren	641
Nachträgliche Zinszahlung aus Darlehen sowie Vorfälligkeitsentschädigungen	9.046

Zinsaufwendungen

T€

In dieser Position sind enthalten:

Aperiodische Zinsaufwendungen

Im Wesentlichen Vorfälligkeitsentschädigungen im Zusammenhang mit der vorzeitigen Schließung von Zinsswaps und Forward-Swaps

51.216

3.2.2.5.5 Sonstige Angaben

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

An folgendem Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20 %:

Name, Sitz	Höhe des Kapitalanteils %	Eigenkapital T€	Jahresüberschuss T€
SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH Nr. 1, Stuttgart	24,1	167.116 (30.09.2012)	3.174 (2011/2012)

Der übrige Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB ist für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

Der Sparkassenverband Baden-Württemberg hat sich zusammen mit den weiteren Trägern quotal entsprechend seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die Landesbank Baden-Württemberg beteiligt und eine Rückgarantie zusammen mit der Stadt Stuttgart gegenüber dem Land Baden-Württemberg aus einer Risikoimmunsierungsaktion für die Landesbank Baden-Württemberg übernommen. Als Mitglied dieses Verbandes sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die zufließenden Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen über die Verbandsumlage ist nach uns vorliegenden Informationen und Auskunft des Sparkassenverbandes derzeit nicht erkennbar.

Als Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und des überregionalen Sicherungssystems der Deutschen Sparkassenorganisation werden sämtliche Kundenansprüche in voller Höhe sichergestellt. Aus der Verpflichtung, im eventuellen Stützungsfall eines angeschlossenen Instituts gegebenenfalls Nachschusszahlungen zu leisten, ist derzeit nicht mit einer konkreten Inanspruchnahme zu rechnen.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für das Geschäftsjahr 2012/2013 der Erwerbsgesellschaft ist kein Verpflichtungsüberhang aus dem Aufwendungsersatzanspruch zu erwarten.

3.2.2.5.6 Derivative Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte gliedern sich wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. €	
	nach Restlaufzeiten	Insgesamt

	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	
Zinsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zinsswaps einschließlich Forward-Swaps	1.830,9	1.300,8	310,1	3.441,8
Caps, Collars (Käufe)	15,0	18,7	2,1	35,8
Caps, Collars (Verkäufe)	15,0	18,7	2,1	35,8
Swaptions (Käufe)	5,8	15,4	0,0	21,2
Börsengehandelte Produkte				
Eurex-Zins-Futures	300,0	0,0	0,0	300,0
Währungsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zins-/Währungsswaps	0,8	0,0	2,1	2,9
Devisentermingeschäfte	76,2	20,0	0,0	96,2
Insgesamt	2.243,7	1.373,6	316,4	3.933,7

Bei den zinsbezogenen Termingeschäften handelt es sich nahezu ausschließlich um Deckungsgeschäfte. Devisentermingeschäfte wurden ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter abgeschlossen.

Bei den Kontrahenten im Derivategeschäft per 31. Dezember 2012 handelte es sich um deutsche Kreditinstitute.

Daneben wurden Swaps, Forward-Swaps, Caps, Collars, Zins-/Währungsswaps sowie Devisentermingeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

Für die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivate, die nicht einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zugeordnet sind, ergeben sich folgende zusätzliche Angaben nach § 285 Nr. 19 HGB:

	Nominalbeträge in Mio. €	Zeitwerte in T€ ²		Buchwerte in T€	
		+	./.	Options- prämie	Rückstellung (P7)
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Zinsswaps einschließlich Forward-Swaps	3.201,4	21.859	103.654 ¹		
Swaptions (Käufe)	21,2	69	0	(A13) 708	

¹ Diese in die Zinsbuchsteuerung einbezogenen Derivate wurden bei der verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) berücksichtigt (vgl. Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“) und waren insoweit nicht gesondert zu bewerten.

² Ohne anteilige Zinsen

Börsengehandelte Produkte					
Eurex-Zins-Futures	300,0	45	410	(P05)	45
Insgesamt	3.522,6	21.973	104.064		

Bei börsengehandelten derivativen Finanzprodukten und Geschäften, die am Interbankenmarkt gehandelt werden, werden Marktwerte als Zeitwerte ausgewiesen (Mark-to-Market-Bewertung). Dagegen werden bei OTC-gehandelten derivativen Finanzinstrumenten theoretisch ermittelte Werte als Zeitwerte angesetzt (Mark-to-Model-Bewertung).

Bei der Mark-to-Model-Bewertung wird bezüglich der derivativen Finanzinstrumente wie folgt verfahren:

Zinsswaps werden in die Basisbestandteile Kuponanleihe und Floater zerlegt und unter Zugrundelegung entsprechender Zinsstrukturkurven getrennt bewertet. Der Barwert des Swaps ergibt sich dabei aus der Differenz der Barwerte der beiden Basisprodukte.

Für Swaptions werden die ausgewiesenen Zeitwerte mittels des Black/Scholes-Modells in der jeweils erforderlichen Modifikation berechnet. Grundlagen der Bewertung waren insbesondere der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die Volatilitäten.

Für übernommene Adressenausfallrisiken aus Credit Linked Notes (nominal 10 Mio. €) wurden Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 7,7 Mio. € ausgewiesen; hierfür bestehen Rückstellungen in Höhe von 2.283 T€.

Am Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Devisentermingeschäfte im Nominalvolumen von 96,2 Mio. €. Diese Geschäfte wurden ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter mit inländischen Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die Geschäfte weisen saldiert einen Zeitwert von 0 € aus.

3.2.2.5.7 Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestanden zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 407 T€ durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Ein Ausweis passiver latenter Steuern war insoweit nicht erforderlich. Auf den Ansatz aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse entsprechend § 274 Abs. 1 HGB verzichtet. Die wesentlichen künftigen Steuerentlastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei Sachanlagen, Beteiligungen und Sonderposten mit Rücklagenanteil (6b EStG). Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Rückstellungen. Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,45 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftssteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit einem Steuersatz von 15,825 % berücksichtigt.

3.2.2.5.8 Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr wurden von unserem Abschlussprüfer für folgende Leistungen Honorare berechnet:

	T€
für die Abschlussprüfung	243
für andere Bestätigungen	33
für die Steuerberatung	4

3.2.2.5.9 Organe der Kreissparkasse

Verwaltungsrat		
Vorsitzender	Dr. Rainer Haas	Landrat
1. Stellvertreter des Vorsitzenden	Manfred List	Oberbürgermeister i. R.
2. Stellvertreter des Vorsitzenden	Rainer Gessler	Bauingenieur, Leiter der Geschäftsstelle: Nachhaltig mobile Region Stuttgart
Mitglieder	Markus Bott	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Ralf Braico	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Wilfried Breit (bis 31.08.2012)	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Günter Daiss (bis 14.05.2012)	Geschäftsführender Gesellschafter eines Unternehmens der Sportartikelbranche
	Monika Falke	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg
	Helmut Fischer (ab 01.04.2012)	Kriminalhauptkommissar a. D.
	Thomas Fritz (ab 20.07.2012)	Geschäftsführer Ensinger-Heilquellen GmbH
	Siegbert Hörer	Vorstand Bezirksbaugenossenschaft Altwürttemberg i. R.
	Hermann Hofmeister	Geschäftsführender Gesellschafter eines Unternehmens der Einrichtungsbranche i. R.
	Manfred Hollenbach	MdL, Bürgermeister i. R.
	Heinz Kälberer	Oberbürgermeister i. R.
	Jürgen Kessing	Oberbürgermeister der Stadt Bietigheim-Bissingen
	Bernd Kirnbauer (ab 01.09.2012)	Schreinermeister, Geschäftsführer der Bernd Kirnbauer Bau- und Objekt GmbH
	Franz Koch	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Gerd Maisch (bis 31.08.2012)	Oberbürgermeister der Stadt Vaihingen/Enz
	Thomas Nytz	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
Andrea Philipp (ab 01.09.2012)	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg	
Daniel Renkonen (bis 31.03.2012)	MdL, Journalist	
Hans Schmid	Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg	

Vorstand	
Vorsitzender	Dr. Heinz-Werner Schulte
Mitglieder	Dieter Wizemann
	Thomas Raab

Eines unserer Vorstandsmitglieder hat Aufsichtsratsmandate bei folgenden großen Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Name, Sitz
Württembergische Gemeindeversicherung a. G., Stuttgart
SV Sparkassen-Versicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

3.2.2.5.10 Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.573 T€ gewährt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes beziehungsweise deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 544 T€ gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.087 T€.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 186 T€.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 1.294 T€ gewährt.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite in Höhe von 1.726 T€ ausgereicht.

3.2.2.5.11 Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Vollzeitkräfte	1.050
Teilzeit- und Ultimokräfte	430
Auszubildende	212
Insgesamt	1.692

Ludwigsburg, den 19. März 2013

Der Vorstand

Dr. Heinz-Werner Schulte

Dieter Wizemann

Thomas Raab

3.2.2.5.12 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Ludwigsburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 2. April 2013

Sparkassenverband Baden-Württemberg
-Prüfungsstelle-

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Dr. Endlich
Wirtschaftsprüfer

3.2.3 Finanzinformationen 2013

3.2.3.1 Lagebericht

3.2.3.1.1 Geschäftsmodell der Kreissparkasse

Die Kreissparkasse Ludwigsburg wurde im Jahr 1852 gegründet und ist seither fest in der Region verwurzelt. Dies zeigt sich in einem flächendeckenden Netz von 120 Geschäftsstellen im Landkreis und einer starken persönlichen Bindung zu unseren Kunden. Sie ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landkreises Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg.

Die Kreissparkasse Ludwigsburg betreibt grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte, soweit sie das Sparkassengesetz von Baden-Württemberg, die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen oder unsere Satzung vorsehen. Darüber hinaus sind wir seit 2011 im Pfandbriefgeschäft tätig.

Als selbstständiges Wirtschaftsunternehmen verfolgen wir das Ziel, auf Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in unserem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und eine angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen.

Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg sind der Verwaltungsrat, der Kreditausschuss und der Vorstand. Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse, erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeiten. Er setzt sich aus insgesamt 18 Mitgliedern zusammen. Der Kreditausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats und 3 weiteren Mitgliedern, beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach der Geschäftsanweisung und über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten im Sinne von § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern. Er leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung, vertritt sie nach außen und führt ihre Geschäfte. Die Kreissparkasse ist unterteilt in drei Geschäftsbereiche, die jeweils von einem Vorstand geführt werden.

Die Kreissparkasse Ludwigsburg ist als Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg (SVBW) dem Sicherungssystem der Sparkassenfinanzgruppe angeschlossen. Dieser Haftungsverbund sichert den Bestand aller Sparkassen und damit in vollem Umfang auch die Einlagen der Kunden. Dieser Schutz gilt für Einlagen privater und gewerblicher Anleger und ohne betragsmäßige Begrenzung.

3.2.3.1.2 Wirtschaftsbericht

Gesamtaussage des Vorstands zum Geschäftsverlauf und zur Lage 2013

Die Kreissparkasse Ludwigsburg verfolgte im Geschäftsjahr 2013 weiter ein moderates aber stetiges Wachstumsziel. Die geschäftliche Entwicklung sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage können unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen und der branchenspezifischen Entwicklung als zufriedenstellend bezeichnet werden. Der erzielte Jahresüberschuss entspricht dem erwarteten Geschäftsergebnis.

	Bestand	in % des Geschäftsvolumens		Veränderungen		
	31.12.13	31.12.13	31.12.12	2013	2013	2012
	Mio. €	%	%	Mio. €	%	%
Geschäftsvolumen ¹⁾	9.761,0	100,0	100,0	132,4	1,4	1,2
Bilanzsumme	9.684,1	99,2	99,1	138,8	1,5	1,1
Aktivgeschäft²⁾						
Kundenkreditvolumen	4.942,2	50,6	51,0	28,6	0,6	6,8
Forderungen an Kreditinstitute	930,3	9,5	11,0	-130,5	-12,3	-26,5
Wertpapiervermögen	3.471,4	35,6	33,7	225,6	7,0	5,1
Anlagevermögen	236,8	2,4	2,5	-6,5	-2,7	2,3
Sonstige Vermögenswerte	180,3	1,9	1,7	15,2	9,2	11,0
Passivgeschäft						
Mittelaufkommen von Kunden	6.310,3	64,6	65,5	0,1	0,0	1,0
darunter:						
Sichteinlagen	3.536,2	36,2	36,0	66,6	1,9	17,1
Termineinlagen und aufgenommene Gelder	797,5	8,2	7,0	127,6	19,0	-3,7
Spareinlagen	1.827,4	18,7	20,2	-114,6	-5,9	-11,2
Eigenemissionen	149,2	1,5	2,4	-79,5	-34,8	-43,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.403,1	24,6	23,9	104,9	4,6	-3,3
Eigene Mittel	847,3	8,7	8,4	37,5	4,6	17,0
darunter:						
Sicherheitsrücklage	507,3	5,2	5,1	17,5	3,6	3,7
Fonds für allgemeine Bankrisiken	340,0	3,5	3,3	20,0	6,3	45,5

1) Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

2) inklusive Passivposten 1 unter dem Strich

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Geschäftsvolumen. Entsprechend erhöhte sich auch die Bilanzsumme. Zuwachsraten ergaben sich insbesondere im Bereich Wertpapiervermögen, Kundenkreditvolumen sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Rückläufig entwickelte sich dagegen der Bereich Forderungen an Kreditinstitute.

	GuV-Positionen	Ergebnis		Veränderungen		
		1.1.- 31.12.13	1.1.- 31.12.12	2013	2013	2012
		Mio. €	Mio. €	Mio. €	%	%
Zinsüberschuss	1, 2, 3, 4 + 17	196,3	164,0	32,3	19,7	22,7
Provisionsüberschuss	5 + 6	47,7	50,0	-2,3	-4,6	5,1
Verwaltungsaufwand	10 + 11	-142,8	-141,2	-1,6	1,2	6,1
Personalaufwand	10a	-92,8	-90,4	-2,3	2,6	9,5
Sachaufwand	10b + 11	-50,0	-50,7	0,7	-1,4	0,4
Nettoertrag des Handelsbestands	7	0,3	0,7	-0,5	-61,6	-510,7
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	8 + 12	-33,7	-3,3	-30,4	921,7	181,8
Bewertungsergebnis	13, 14, 15 + 16	13,0	82,9	-69,9	-84,3	-23,3
Zuführung Fonds für allgemeine Bankrisiken	18	-20,0	-100,0	80,0	-80,0	-16,7
Saldo sonstige Positionen	9, 20, 21, 22 + 24	-0,3	-0,3	0,0	-0,3	25,4
Steuern	23	-43,0	-35,6	-7,4	20,7	103,0
Jahresüberschuss	25	17,5	17,3	0,2	1,1	0,4

Entgegen unserer Erwartung erhöhte sich der Zinsüberschuss im Berichtsjahr. Ergänzende Erläuterungen hierzu werden unter Punkt 3.2.3.1.6 in der Ertragslage dargestellt. Des Weiteren war die Ertragslage gekennzeichnet durch zurückgehende Provisionserlöse und gestiegene Verwaltungsaufwendungen. Der Saldo aus den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen liegt deutlich unter dem Wert des Vorjahres. Bedingt, insbesondere durch den geänderten Ausweis von Derivaten bei der Bewertung, die weder in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen noch als Bewertungseinheiten (Mikro-Hedges) zugeordnet wurden sowie den realisierten Erfolgsbeiträgen von Derivaten (bisher: Bewertungsergebnis), ist ein Vorjahresvergleich nicht möglich. In diesem Geschäftsjahr wurden keine nennenswerten neuen Bewertungsmaßnahmen für Kredite vorgenommen. Trotz hoher Veräußerungserlöse konnte im Bereich der Wertpapiere das Niveau des Vorjahres nicht mehr erreicht werden.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Die Wachstumsschwäche bei wichtigen Handelspartnern und die nach wie vor bestehenden Unsicherheiten im Gefolge der internationalen Schuldenkrise wirkten sich auch 2013 auf die deutsche Konjunktur aus. Zwar stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland noch um 0,4 %, während es in der Eurozone um 0,4 % zurückging, aber vor allem die Exportentwicklung blieb deutlich hinter der Exportdynamik früherer Jahre zurück. Mit real 0,6 % erhöhten sich die Exporte weit weniger als die Importe (+ 1,3 %). Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen verzeichneten sogar einen realen Rückgang.

Umso erfreulicher war, dass die Beschäftigung dennoch zunahm. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresverlauf auf über 42 Millionen. Gleichwohl hat sich die Arbeitslosenquote sogar geringfügig auf 6,9 % erhöht.

Deutsche Kreditwirtschaft

Die Risiken für die deutsche Kreditwirtschaft verharrten auf hohem Niveau, was vor allem durch die anhaltende Niedrigzinsphase bedingt war. Gleichzeitig hat sich der Wettbewerb verschärft – insbesondere auch deshalb, weil manche Banken, für die sich die Beschaffung von Liquidität auf den internationalen Finanzmärkten schwierig darstellte, im Einlagenbereich Konditionen weit über dem allgemeinen Marktniveau anboten. Auch die Entwicklungen im regulatorischen Bereich wirkten belastend. Festzuhalten ist aber, dass die steigenden Anforderungen an Qualität und Höhe des Eigenkapitals zu einer besseren Kapitalausstattung der Institute führt.

Entwicklung in der Sparkassenorganisation

Die Ratingagentur FitchRatings erteilte mit dem Ratingbericht vom Januar 2014 den Sparkassen ein Emittentenrating für langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von A+ sowie für kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von F1+. Das Viability Rating (Stand-alone-Rating) in Höhe von a+ für die Gruppe der Sparkassen wurde ebenfalls erneut bestätigt. Die Agentur Moody's Investors Service bestätigte im März 2013 für die Sparkassen-Finanzgruppe ein Verbundrating (Corporate Family Rating, CFR) von Aa2. Darüberhinaus erteilte Moody's ein Bank-Finanzkraftratings (BFSR) C+ für die Sparkassen-Finanzgruppe. Die Agentur DBRS Ratings Limited bestätigte im März 2013 die Floor-Ratings A (high) für Emittenten und langfristige nicht nachrangige Verbindlichkeiten sowie R-1(middle) für kurzfristige Wertpapiere für sämtliche Mitglieder des Haftungsverbundes der Sparkassen-Finanzgruppe.

Vergleichsweise gute Beschäftigungssituation im Kreis Ludwigsburg

Die schwache Investitionstätigkeit und die verhaltene Exportentwicklung wirkten sich auch auf den Landkreis Ludwigsburg aus. Mit 3,8 % im Dezember lag die Arbeitslosenquote zwar deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt, sie hat sich aber gegenüber dem Vorjahr nicht weiter vermindert. Trotzdem zeigten sich im Verlauf des Jahres wichtige Erholungstendenzen. So bezeichneten bei der Herbstumfrage der Industrie- und Handelskammer im Bezirk Ludwigsburg 42,3 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als „gut“ – eine Verbesserung um 15 Prozentpunkte gegenüber dem Frühsommer. 49,5 % der Unternehmen werteten ihre Lage als „befriedigend“, nur 8,2 % als schlecht. Auch die Geschäftserwartungen waren positiv: Fast ein Drittel der befragten Unternehmen ging von einer Verbesserung ihrer Geschäftslage aus, nur gut 11 % von einer Verschlechterung. Allerdings ließen die Investitions- und Beschäftigungspläne im Herbst 2013 noch keine eindeutige Steigerungstendenz erkennen.

Wettbewerbssituation und Marktstellung im Geschäftsgebiet

Durch die persönliche Betreuung unserer Kunden und die auf den Kunden zugeschnittenen Produkte und Dienstleistungen konnte die Kreissparkasse Ludwigsburg auch weiterhin ihre führende Marktposition im Geschäftsgebiet gut behaupten.

Geschäftsverlauf

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Auch im Geschäftsjahr 2013 setzte sich die positive Entwicklung des Vorjahres fort. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) erhöhte sich um 1,4 % auf 9,8 Mrd. €. Entsprechend erhöhte sich auch die Bilanzsumme um 1,5 % und beträgt nunmehr 9,7 Mrd. € (Vorjahr: 9,5 Mrd. €). Ausschlaggebend waren im Wesentlichen die Erhöhung unseres Wertpapiervermögens sowie gestiegene Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Aktivgeschäft

Kundenkreditvolumen

Das Kundenkreditvolumen verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen leichten Zuwachs und weist nun 4,9 Mrd. € aus. Der Anteil des Kundenkreditvolumens am Geschäftsvolumen lag mit 50,6 % unter dem Durchschnittswert der Sparkassen unseres baden-württembergischen Verbandsgebietes.

Die positive Entwicklung resultiert überwiegend aus dem mittel- und langfristigen Kreditgeschäft und betrifft sowohl die Kredite an Unternehmen und Selbstständige wie auch Kredite an Privatpersonen.

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden im Berichtsjahr nochmals um 130,5 Mio. € (Vorjahr: -382,6 Mio. €) auf nunmehr 930,3 Mio. € zurückgeführt.

Wertpapiervermögen

Das Wertpapiervermögen, das sich aus Schuldverschreibungen sowie anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zusammensetzt, lag mit 3,5 Mrd. € (Vorjahr: 3,2 Mrd. €) über dem Vorjahreswert. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 80,2 Mio. € auf 2,1 Mrd. €. Hierbei handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere erstklassiger Adressen, die vor allem der Liquiditätsreserve dienen. Der Bestand an anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich um 145,5 Mio. € auf 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,2 Mrd. €). Der Anteil der Eigenanlagen am Geschäftsvolumen beträgt 35,6 % und liegt damit über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen.

Passivgeschäft

Mittelaufkommen von Kunden

Im Geschäftsjahr konnten die Kundeneinlagen auf dem Niveau des Vorjahres (6,3 Mrd. €) gehalten werden. Im Vergleich zu den baden-württembergischen Sparkassen lag der Anteil unserer Kundeneinlagen am Geschäftsvolumen unter dem Durchschnitt.

Während sich die Termingeldeinlagen um 127,6 Mio. € und die Sichteinlagen (inkl. Geldmarktkonten) um 66,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr erhöht haben, zeichnete sich bei den Spareinlagen ein Rückgang um 114,6 Mio. € ab.

Die Anleger sind aufgrund der historisch niedrigen Zins-Rahmenbedingungen spürbar zurückhaltender geworden. Nach wie vor werden bessere Renditechancen bei längerfristigen Anlagehorizonten außer Acht gelassen.

Das kurzfristige Anlageziel vieler Kunden führte auch bei den Eigenemissionen (Sparkassenbriefe und verbrieft Verbindlichkeiten) zu einem weiteren Rückgang um 79,5 Mio. € auf 149,2 Mio. €. Dieser Rückgang ist auf Fälligkeiten und vorzeitige Kündigungen der verbrieften Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 104,9 Mio. € auf 2,4 Mrd. €.

Im Geschäftsjahr 2013 hatte die Kreissparkasse Ludwigsburg Hypotheken-Inhaberpfandbriefe sowie Hypotheken-Namenspfandbriefe mit einem Nominalwert von insgesamt 115 Mio. € im Bestand. Auf unserer Internetseite werden vierteljährlich Informationen zur Pfandbriefdeckungsmasse gemäß § 28 PfandBG veröffentlicht.

Dienstleistungen

Der Provisionsertrag im Dienstleistungsgeschäft, der sich im Wesentlichen aus den Teilbereichen Zahlungsverkehr, Kartengeschäft, Wertpapier- und Vermittlungsgeschäft im Sparkassenverbund sowie der Vermittlung von Immobilien zusammensetzt, ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Der Provisionsertrag hat sich um 2,1 Mio. € auf 49,6 Mio. € reduziert. Während im Bereich Zahlungsverkehr die Vorjahreswerte übertroffen wurden, hat sich dagegen der Provisionsertrag im Bereich des Vermittlungsgeschäftes (Bausparen, Versicherungen und Immobilien) reduziert.

Das Wertpapiergeschäft hat sich im Geschäftsjahr 2013 insgesamt rückläufig entwickelt. Jedoch konnten die mit unseren Kunden getätigten Aktienumsätze und der Kauf von Fondsanteilen erneut ausgebaut werden.

Eigenhandel

Wir betreiben Eigenhandel mit Aktien, Renten, Zertifikaten, Investmentfonds sowie Derivaten und Devisen.

Im Vordergrund unserer Handelstätigkeit stehen die liquiditäts- und ertragsorientierte Anlage der freien Sparkassenmittel sowie die Steuerung des Zinsspannenrisikos.

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Derivategeschäfte (Anlagebuchgeschäfte) wurden insbesondere zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos, zur Absicherung von Risiken aus Kundengeschäften und zur Absicherung der Kursrisiken unseres Bestands an festverzinslichen Wertpapieren abgeschlossen. Wir verweisen hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte auf die Darstellung im Anhang zum Jahresabschluss.

Die sich aus den Geschäften ergebenden Marktpreisrisiken bewegten sich 2013 innerhalb der vorgegebenen Risikolimits. Den Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken trugen wir dadurch Rechnung, dass mit ausgewählten Partnern und auf Basis von Emittenten- und Kontrahentengrenzen überwiegend nur börsengehandelte und liquide Wertpapiere beziehungsweise Finanzinstrumente gehandelt wurden.

Investitionen

Die im Berichtsjahr fertiggestellte betriebseigene Kindertagesstätte der Kreissparkasse Ludwigsburg wurde am 1. März 2013 eröffnet. In der Geschäftsstelle Remseck am Neckar (Hochberg) wurde das neue Filialkonzept umgesetzt. Darüber hinaus wurden weitere Geschäftsstellen auf den baulich und banktechnologisch neuesten Stand gebracht sowie haustechnische Anlagen in unseren Gebäuden saniert.

3.2.3.1.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.2.3.1.4 Vermögenslage

Die Vermögenslage unseres Hauses ist gegenüber dem Verbandsdurchschnitt durch höhere Anteile im Bereich Wertpapiervermögen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gekennzeichnet. Dem gegenüber sind die Bereiche Kundenkreditvolumen, Mittelaufkommen von Kunden sowie Forderungen gegenüber Kreditinstituten geringer ausgeprägt.

Für Risiken im Kreditgeschäft wurde dem Vorsichtsprinzip entsprechend durch die Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Vorsorge getroffen. Der Wertpapierbestand wurde zum Niederstwert bilanziert. In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand sowie dem Grundvermögen, sind stille Reserven enthalten. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB beträgt zum Geschäftsjahresende 340,0 Mio. €. Darüber hinaus bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten ergeben.

Der Vorstand wird dem Verwaltungsrat vorschlagen, auch weiterhin den gesamten Bilanzgewinn der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Danach wird sich die Sicherheitsrücklage auf 507,3 Mio. € belaufen; dies entspricht einem Zuwachs von 3,6 % gegenüber dem Vorjahr. Neben der Sicherheitsrücklage bestehen umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile.

Die Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 6 SolvV überschreitet zum 31. Dezember 2013 mit 18,0 % deutlich die gesetzlich vorgeschriebene Mindestnorm von 8,0 %. Die Gesamtkennziffer lag im Jahr 2013 zwischen Werten von 16,7 % und 18,1 %. Damit ist für die kommenden Jahre ein ausreichender Expansionsspielraum vorhanden.

3.2.3.1.5 Finanzlage

Zur Überwachung unserer Zahlungsfähigkeit bedienen wir uns einer kurz- und mittelfristigen Finanzplanung, wobei die zu erwartenden Zahlungsströme rollierend bis zu 12 Monaten berücksichtigt werden. Unsere Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge gegeben. Die Folgen der Finanzmarktkrise hatten für die Liquidität unseres Hauses keine Konsequenzen.

Die eingeräumten Kredit- beziehungsweise Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Baden-Württemberg wurden teilweise in Anspruch genommen. Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben haben wir in der erforderlichen Höhe bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Zum Jahresende errechnete sich eine nach der Liquiditätsverordnung berechnete Liquiditätskennzahl (Mindestwert 1,0) von 2,2 (Vorjahr: 1,8). Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden 2013 jederzeit erfüllt, da die Liquiditätskennzahl zwischen 1,8 und 2,6 lag.

Auch die nach der Liquiditätsverordnung für die weiteren Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu 12 Monaten) zu berechnenden Beobachtungskennzahlen deuten nicht auf zu erwartende Engpässe hin.

3.2.3.1.6 Ertragslage

Der im Geschäftsjahr um 32,3 Mio. € (Veränderung Vorjahr: +30,3 Mio. €) auf 196,3 Mio. € erhöhte Zinsüberschuss (einschließlich GuV-Positionen 3, 4 und 17) lag über dem Vorjahreswert und ist weiterhin unsere bedeutendste Ertragsquelle. Insbesondere aufgrund der Struktur

unserer Festzinspositionen ist der Zinsaufwand stärker gesunken als der Zinsertrag. Im Zinsüberschuss enthalten waren Aufwendungen mit Einmalcharakter, die im Wesentlichen aus der vorzeitigen Schließung von Sicherungsgeschäften resultieren. Im Jahr 2013 wurden die aus den direkt und indirekt über den SVBW gehaltenen stillen Einlagen an der LBBW bedient sowie ausstehende Zinszahlungen für die Vorjahre teilweise nachgeholt.

Der Provisionsüberschuss lag mit 47,7 Mio. € (Vorjahr: 50,0 Mio. €) unter dem Vorjahresniveau. Wesentlich für den Rückgang war die rückläufige Entwicklung im Vermittlungs- und Wertpapiergeschäft.

Der Verwaltungsaufwand, der sich in Personal- und andere Verwaltungsaufwendungen aufteilt, lag mit 135,1 Mio. € (Vorjahr: 133,8 Mio. €) über dem Vorjahreswert. Ausschlaggebend für die Erhöhung der Personalkosten waren insbesondere tarifliche Lohnerhöhungen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen entwickelten sich dagegen rückläufig.

Das Nettoergebnis aus Handelsgeschäften, das aus dem Handel mit Wertpapieren und Derivaten resultiert, bewegte sich unter dem Vorjahresniveau.

Das Ergebnis vor Bewertung, das sich aus dem Zins- und Provisionsüberschuss, dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sowie dem Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, vermindert um den Verwaltungsaufwand, ergibt, betrug im Jahr 2013 67,8 Mio. € und lag somit um 2,5 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Nach Vornahme aller notwendigen Bewertungsmaßnahmen weisen wir ein im Vergleich zum Vorjahr geringeres Ergebnis nach Bewertung aus. Insgesamt ging das Bewertungsergebnis auf 13,0 Mio. € zurück.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss erhöhte sich auf 17,5 Mio. €. Dies trägt zur weiteren Stärkung der Eigenkapitalbasis unseres Hauses bei. Vom ausgewiesenen Jahresüberschuss wurden 8,5 Mio. € vorweg in die Sicherheitsrücklage eingestellt. Nach der vorgesehenen Zuführung des Bilanzgewinns von 9,0 Mio. € beträgt das Eigenkapital 507,3 Mio. € (5,2 % der Bilanzsumme).

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den sogenannten "Betriebsvergleich" der Sparkassenorganisation ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse unseres Ergebnisses in Relation zur Durchschnittsbilanzsumme (errechnet auf Basis der Tageswerte) erfolgt. In das errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung gehen die ordentlichen Erträge sowie die ordentlichen Aufwendungen (einschließlich Verwaltungskosten) aus Zins-, Dienstleistungs- und Handelsgeschäften ein. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Nach Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung lag erneut deutlich über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen ähnlicher Größenordnung. Das Betriebsergebnis nach Bewertung lag ebenfalls deutlich über dem Wert der Vergleichsgruppe. Das neutrale Ergebnis wurde durch die Realisierung schwebender Verluste aus Zinssicherungsgeschäften belastet.

Die unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten berechnete Cost-Income-Ratio (Verhältnis von ordentlichem Aufwand zu ordentlichem Ertrag), ist wie erwartet gestiegen und lag mit 53,7 % (Vorjahr: 53,4 %) unter dem vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband vorgegebenen Zielwert von 60 %. Während der Verwaltungsaufwand, der sich aus Personal- und Sachaufwand zusammensetzt, geringer als erwartet ausfiel, erhöhte sich dagegen der Zinsüberschuss.

Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern ist auf 9,9 % (Vorjahr: 22,1 %) gesunken. Wie angekündigt lag die Ursache des starken Rückgangs insbesondere an den Maßnahmen im Rahmen der Basel III-Vorbereitungen.

3.2.3.1.7 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (Mitarbeiter – Kunden – Umwelt)

Mitarbeiter/-innen

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Angestellten (einschließlich Teilzeitbeschäftigten, jedoch ohne Auszubildende, Mitarbeiter/-innen im Erziehungsurlaub, während Bundesfreiwilligendienst und in der Altersteilzeitphase) beträgt 1.436 (Vorjahr: 1.422). Einschließlich der Auszubildenden, Boten, Reinigungskräfte und der wegen des Bundesfreiwilligendienstes oder Erziehungsurlaubs beurlaubten Mitarbeiter/-innen, sowie den Mitarbeiter/-innen die sich in der Altersteilzeitphase befinden, hatten 2013 durchschnittlich 1.853 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.804) bei uns einen Arbeitsplatz.

Im März 2013 wurde die betriebseigene Kindertagesstätte „Knax-Garten“ eröffnet. Hier können bis zu 30 Kinder unserer Mitarbeiter/-innen ganztägig betreut werden. Dieses Angebot ist eine bedeutende Säule und zeigt, wie sich die Themen Familie und Beruf miteinander verbinden lassen.

Auch im Jahr 2013 hatte die Kreissparkasse Ludwigsburg ein breit gefächertes und umfassendes Weiterbildungsangebot für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Neben Fach- und Führungstrainings standen persönlichkeitsbildende Maßnahmen und Coachings im Fokus.

Im September 2013 haben 99 junge Menschen ihre Ausbildung bei uns begonnen. Somit genießt die Ausbildung, mit insgesamt 262 Auszubildenden, einen sehr hohen Stellenwert. Wir weisen damit eine weit über dem Branchendurchschnitt liegende Ausbildungsquote von über 14 % aus.

Im Jahr 2013 sind wir zwei weitere Bildungspartnerschaften im Landkreis Ludwigsburg eingegangen – mit dem Friedrich-Schiller-Gymnasium in Marbach und dem Wirtschaftsgymnasium der Erich-Bracher-Schule in Pattonville.

Kundenbeziehungen

Die Wünsche und Interessen unserer Kunden stehen bei uns an erster Stelle. Unsere internen Maßstäbe und Ziele sind daher konsequent an den Bedürfnissen und Erwartungen unserer Kunden ausgerichtet. Die enge Beziehung und das hohe Vertrauensverhältnis sind wesentliche Voraussetzungen für den derzeitigen geschäftlichen Erfolg. Unsere Serviceversprechen gegenüber den Kunden dokumentieren unseren hohen Qualitätsanspruch.

Der zukünftige wirtschaftliche Erfolg hängt für uns in den kommenden Jahren wesentlich davon ab, ob es uns gelingt, neue Märkte zu erschließen und bestehende auszubauen - regional und produktbezogen. Voraussetzung dafür ist es, neue Kundenbedürfnisse frühzeitig zu erkennen und in Lösungen umzusetzen.

Die Individualisierung der Kundenwünsche ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir durch regelmäßige Kundenbefragungen auch in unserem Geschäftsgebiet feststellen. Deshalb entwickeln wir die systematische und strukturierte Beratung durch den Sparkassen-Finanz-Check im Privatkunden- und Firmenkundensegment ständig weiter und bieten individuelle Lösungen für unterschiedlichste Finanzbedürfnisse in den verschiedenen Lebensphasen unserer Kunden an.

Im Bereich der Anlageberatung werden der Beratungsprozess und die Dokumentation unter Beachtung der gesetzlichen Anforderungen ständig weiter optimiert. Regelmäßige Mitarbeiterschulungen sichern nachhaltig den hohen Qualitätsstandard und die Kompetenz unserer ganzheitlichen Beratung. Dieser Qualitätsstandard wird regelmäßig im Rahmen von Kundeninterviews vom Institut forum! Marktforschung überprüft.

Eine zentrale Rolle für die Kundenzufriedenheit spielt das Beschwerdemanagement. Mittels gezielter Erfassung und Auswertung der Beschwerden ist eine zügige Bearbeitung von Beanstandungen gewährleistet, um die Kundenzufriedenheit zu erhalten und bestehende Prozesse weiterhin kundenorientierter zu gestalten.

Besonders erfreulich: Focus Money honorierte im Bankentest 2013 die Qualität unserer Privatkundenberatung in Ludwigsburg mit der Auszeichnung "Beste Bank".

Wir bieten eine breite Service- und Produktpalette an - darunter Leasing, Bausparen, Kreditkarten, Versicherungen, Altersvorsorge bis hin zu komplexen Anlage- und Zinssicherungsinstrumenten. Die Betreuung erfolgt durch einen festen Ansprechpartner rund um alle Finanzthemen und trägt damit unter dem Motto „alles aus einer Hand“ einem zentralen Kundenbedürfnis Rechnung.

Umweltverträglichkeit

Zentrale Anliegen der Kreissparkasse Ludwigsburg sind, den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu senken und die Umweltverträglichkeit durch geeignete Maßnahmen weiter zu verbessern. Dazu gehört für uns, an unseren Standorten mit dem Einsatz moderner Technologien den Umweltschutz und das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Beim Um- und Neubau von Gebäuden investieren wir bewusst in umweltgerechte Baustoffe und sparsame Gebäudetechnik. Zukünftig werden wir unsere Geschäftsstellenumbauten durch die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) zertifizieren lassen.

Nachhaltiges Wirtschaften ist für die Kreissparkasse Ludwigsburg keine Modeerscheinung sondern Ausdruck ihres Gründungsauftrags. Auch im Geschäftsjahr 2013 hielt die Nachfrage nach Finanzprodukten mit nachhaltiger Komponente weiter an. Es zeigte sich erneut, dass viele Kunden ganz bewusst die Kombination von schwarzen Zahlen mit ökologischen und sozialen Ideen suchen. So haben unsere Kunden zum Beispiel allein im Jahr 2013 rund 12 Millionen Euro in Green-TWIN – einer Kombination aus sechsmonatigem Festgeld der Kreissparkasse Ludwigsburg mit einem Sonderzins und einem nachhaltigen Investmentfonds von DekaBank und Ökoworld – investiert. Dabei erfolgen die Investments der Fonds ausschließlich in Unternehmen, die das zukunftsorientierte Wirtschaftsprinzip der Nachhaltigkeit nachprüfbar bereits heute zum Vorteil von Mensch und Anleger nutzen.

Soziale und gesellschaftliche Verantwortung

Wir betrachten es als wesentliches Element unserer Unternehmensphilosophie, in unserem Geschäftsgebiet soziale und gesellschaftliche Verantwortung zu leben. „Kreissparkasse Ludwigsburg – Gut für Generationen“ – dieses Leistungsversprechen leben wir nicht nur als Finanzdienstleister, sondern auch als Förderer einer Vielzahl von gemeinnützigen Aktivitäten im Kreis Ludwigsburg. Mit Spenden, durch Sponsoring oder über unsere Stiftungen „Jugendförderung, Arbeit und Soziales“, „Kunst, Kultur und Bildung“ und „Umwelt- und Naturschutz“ sowie die „Kreissparkassenstiftung Gesundheit im Landkreis Ludwigsburg“ fördern wir die Attraktivität und Lebensqualität unserer Region und der Menschen, die hier leben.

Neben den vier Kreissparkassen-Stiftungen tragen wir gemeinsam mit dem Landkreis die „Schullandheim Strümpfelbrunn Stiftung“. Zu unserem Angebot gehört auch die 2007 gegründete Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Ludwigsburg, in die auch private Stifter, Bürgerstiftungen und Kommunen ihre unselbstständigen Stiftungen einbringen können.

Wir fördern soziale Einrichtungen, die Jugend, das sportliche und kulturelle Leben sowie den Umwelt- und Naturschutz im Kreis Ludwigsburg.

Auch im Berichtsjahr 2013 haben wir wieder annähernd 900 Projekte mit Spenden- und Sponsoringmaßnahmen gefördert und dabei zusammen mit den erfolgten Stiftungsdotationen rund 4 Millionen Euro investiert. Gleichzeitig haben wir 2013 wieder über 300 Veranstaltungen angeboten, die wir selbst durchführen oder unterstützen.

3.2.2.1.8 Nachtragsbericht: Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

3.2.3.2 Risikobereich

3.2.3.2.2 Risikomanagement

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unter Berücksichtigung eines risiko- und ertragsadäquaten Einsatzes des Eigenkapitals sind Kernfunktionen von Kreditinstituten. Daher wurde als Bestandteil der Unternehmenssteuerung vom Vorstand ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen dienen als Grundlage für strategische und operative Geschäftsentscheidungen. Klare Aufgabenteilung und ein enges Zusammenspiel zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen ermöglichen eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse. Um den Anforderungen der sich kontinuierlich verändernden Rahmenbedingungen zu begegnen, passen wir unsere Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente sowie aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig an. Wir halten bezüglich unserer gesetzten Strategien und implementierten Prozesse die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ein.

Aufgrund des von uns erstellten Risikoprofils betrachten wir folgende Risiken als wesentlich für unser Haus: Adressenausfallrisiken einschließlich Länderrisiken, Marktpreisrisiken, hier vor allem das Zinsänderungsrisiko und die Kursrisiken im Wertpapiergeschäft, Liquiditätsrisiken sowie die operationellen Risiken.

Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für unsere Geschäfte und erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeit. Über unsere Risikosituation wird er durch den Vorstand vierteljährlich anhand des Risikoberichts informiert.

Der Vorstand ist für die Ausgestaltung des Gesamtsystems "Risikomanagement" verantwortlich. Dabei legt der Vorstand neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen und methodischen Ausrichtungen, die Höhe des möglichen Gesamtbankrisikos und die Aufteilung der Limite nach Adressenausfall-, Beteiligungs-, Marktpreis-, Zinsspannen-, Immobilien- und operationellen Risiken sowie Risiken aus der Risikoimmunsierung der LBBW vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit fest. Innerhalb dieser Vorgaben erfolgt die Steuerung der Risikopositionen in den jeweils verantwortlichen Abteilungen.

Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken werden die Kreditkompetenzen in Abhängigkeit von Kredit-, Blankovolumen und Risikoklassifizierung festgelegt. Oberhalb bestimmter Grenzen entscheidet der Vorstand einzelfallbezogen beziehungsweise ist eine Zustimmung des Kreditausschusses notwendig. Auf Basis der jeweiligen bonitäts- und betragsabhängigen Kreditkompetenzen gibt der Marktbereich ein Votum ab. Oberhalb einer definierten Obligohöhe wird von der Marktfolgeeinheit eine separate Stellungnahme in Form eines eigenständigen Zweitvotums abgegeben.

Die Abteilungen Treasury und Eigenhandel steuern im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Gesamtbankstrategie und der daraus entwickelten Limitvorgaben eigenverantwortlich die Marktpreisrisiken. Darüber hinaus steuert die Abteilung Treasury auch die Liquiditätsrisiken.

Die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling koordiniert den Prozess zur Ermittlung der operationellen Risiken, überprüft das eingesetzte Instrumentarium, analysiert beziehungsweise überwacht die Entwicklung der Risiken auf Basis der Methode „fokussierte Risikolandkarte“ und der eingetretenen Schäden und erstellt quartalsweise den Risikobericht.

Um die Risiken aus neuen Produkten oder neuen Märkten korrekt einschätzen zu können, werden die Voraussetzungen für die Einführung von den betroffenen Abteilungen analysiert und diskutiert. Bei Handelsgeschäften wird vor dem laufenden Handel grundsätzlich eine Testphase unter Einbindung der betroffenen Organisationseinheiten durchgeführt. Erst bei erfolgreichem Test und Vorhandensein geeigneter Risikosteuerungsinstrumente beginnt der laufende Handel.

Vor einer wesentlichen Veränderung betrieblicher Prozesse und Strukturen werden die Auswirkungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität erhoben und analysiert.

Das zentrale Risikocontrolling hat, als aufbau- und ablauforganisatorisch von den geschäftsverantwortlichen Bereichen unabhängige Organisationseinheit, die Funktion, die Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl sowie die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden berücksichtigt. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die Ableitung sowie die Überwachung der Einhaltung von Limiten.

Die Compliance-Funktion wurde mit dem Ziel eingerichtet, Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken.

Die Interne Revision unterstützt als prozessunabhängige Stelle in ihrer Überwachungsfunktion den Vorstand und die anderen Führungsebenen. Grundlage hierfür ist ein risikoorientierter Prüfungsplan, der vom Vorstand genehmigt wurde. Auf dieser Grundlage prüft und bewertet die Interne Revision grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Dazu zählt auch die Prüfung des Risikomanagements – das heißt das Risikosteuerungs- und -controllingsystem – sowie die Einhaltung interner und externer Regelungen. Der Fokus liegt hierbei auf den Prozessen und Methoden unter Beachtung der Grundsätze von Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Dies trägt wesentlich zur Einhaltung definierter Prozesse bei und unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse. Wesentliche Feststellungen mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- beziehungsweise Ertragslage haben sich im Geschäftsjahr 2013 nicht ergeben. Empfehlungen der Internen Revision werden validiert, festgestellte Mängel bereinigt.

Phasen des Risikomanagementprozesses

Mit dem Ziel der Entwicklung eines einheitlichen und in sich geschlossenen Systems zur Analyse und Quantifizierung der bestehenden Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationellen Risiken unterscheiden wir vier Phasen im Risikomanagementprozess. Zuerst sollen im Rahmen der Risikoidentifikation bestehende und zukünftige wesentliche Risiken identifiziert werden, um davon ausgehend eine Klassifizierung durchführen zu können. Hierzu zählen beispielsweise die bei neuen Produkten oder komplexen Geschäften bestehenden Risiken und deren Integration in das bestehende System. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risikoidentifikation berücksichtigt. Ziel der Risikobeurteilung ist mit einer dem Risiko angemessenen Methode das Risiko zu messen und zu bewerten. Dabei werden für die wesentlichen Risiken angemessene Risikomessungen, zum Beispiel über Risikomodelle oder Szenariobetrachtungen (inkl. Stress-tests), durchgeführt. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Die letzte Phase des Prozesses ist die Überwachung der vom Vorstand festgelegten Limite und das Reporting der Risikokennziffern sowie der Analyseergebnisse an den Vorstand

und die zuständigen Geschäftsbereiche durch das Risikocontrolling. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung über die wesentlichen Risiken gemäß MaRisk erfolgt auch eine bedarfsgerechte Ad-hoc-Berichterstattung. Darüber hinaus werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten beziehungsweise Ergebnisse kontrolliert sowie validiert.

Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der vierteljährlich durchzuführenden Risikotragfähigkeitsberechnung ermitteln wir die zur Deckung von Verlusten verwendbare Risikodeckungsmasse. Sie gibt Aufschluss darüber, in welcher Höhe wir Risiken im Rahmen der Geschäftspolitik eingehen können. Dabei stellen die installierten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben ist. Wir setzen ein auf periodischer Sichtweise basierendes Risikotragfähigkeitskonzept ein und richten uns dabei an einem Going-Concern-Ansatz aus, wonach sichergestellt ist, dass auch bei Verlust des zur Risikoabdeckung eingesetzten Risikodeckungspotenzials die Mindestkapitalanforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung beziehungsweise CRR erfüllt werden können. Ausgehend vom maximalen Risikodeckungspotenzial wird das einsetzbare Risikodeckungspotenzial ermittelt. Wesentliche Bestandteile des einsetzbaren Risikodeckungspotenzials sind das Betriebsergebnis vor Bewertung des laufenden Jahres und die nicht zur Einhaltung der Solvabilitätsverordnung/CRR notwendigen Vorsorgereserven. Der Vorstand legt jeweils zum Ende eines laufenden Jahres für das folgende Geschäftsjahr fest, welcher Teilbetrag vom einsetzbaren Risikodeckungspotenzial zur Abdeckung der wesentlichen anzurechnenden Risiken zur Verfügung stehen soll (Limitsystem). Das vom Vorstand für das folgende Geschäftsjahr definierte Limitsystem wird im Verwaltungsrat erörtert. Der nicht für das Limitsystem eingesetzte Betrag steht für die nicht quantifizierten Risiken (Liquiditätsrisiken und sonstige Risiken), Risikokonzentrationen, die nicht beim originären Risiko berücksichtigt sind, sowie für sonstige geschäftspolitische Planungen zur Verfügung. Anschließend werden die hinreichend genau quantifizierbaren wesentlichen Risiken auf das aus dem eingesetzten Risikodeckungspotenzial abgeleitete Limitsystem angerechnet.

Das Risikotragfähigkeitskonzept ist aufgrund der handelsrechtlichen Perspektive auf das Ende des laufenden Geschäftsjahres ausgerichtet. Um die Risikotragfähigkeit auch über diesen Stichtag hinaus sicherstellen zu können, nehmen wir ab dem 2. Quartal des Geschäftsjahres auch eine Betrachtung der Risikotragfähigkeit des Folgejahres vor.

Mit Blick auf die steigenden quantitativen und qualitativen Eigenkapitalanforderungen aus Basel III haben wir Berechnungen zur Quantifizierung des voraussichtlichen Kapitalbedarfs bis zum Jahr 2019 angestellt. Dabei wurden diverse Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen. Auch bei den angenommenen Entwicklungen, wie zum Beispiel rückläufige Betriebsergebnisse aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase, wäre die Risikotragfähigkeit damit weiterhin problemlos darstellbar.

Darüber hinaus erfolgt für außergewöhnliche Marktentwicklungen die Durchführung von Stresstests. Hierbei werden Auswirkungen von Änderungen der Risikofaktoren beziehungsweise -parameter auf die wesentlichen Risiken untersucht. Die Durchführung erfolgt in Form von Sensitivitäts- und Szenarioanalysen, die auch Risikokonzentrationen beinhalten. Die Stresstests werden hierbei nicht nur für einzelne Geschäfts- und Risikofelder, sondern zusätzlich auf Ebene des Gesamtinstituts durchgeführt, um Effekte transparent zu machen, die sich erst in der Gesamtbetrachtung ergeben. Es werden insgesamt vier Szenariengruppen betrachtet. Zum einen wird ein risikoartenübergreifendes Szenario und zum anderen werden Szenarien zu den derzeit größten Risiken der Kreissparkasse Ludwigsburg durchgeführt:

- Schwere Rezession: Auswirkungen auf Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelles Risiko

- Zinsrisiko Betrachtung der Auswirkung verschiedener Zinsszenarien auf die Zinsspanne und die Entwicklung des Depot A
- Liquiditätsrisiko: Massiver Abzug von Einlagen bei gleichzeitiger Einschränkung der Refinanzierungsmöglichkeiten auf dem Interbankenmarkt
- Operationelles Risiko: Durchführung einer Sensitivitätsanalyse durch Variierung verschiedener Risikoparameter sowie einer Szenarioanalyse auf Basis von Fällen aus der fokussierten Risikolandkarte

Die Risikotragfähigkeit war in allen untersuchten Szenarien gegeben.

Darüber hinaus führen wir jährlich einen sogenannten „inversen Stresstest“ durch. Ziel ist es, durch rekursives Vorgehen die Risikofaktoren und Parameterveränderungen zu ermitteln, die eine Nichtfortführung des Geschäftsmodells herbeiführen.

Ein anlassbezogener Stresstest ist insbesondere dann durchzuführen, wenn sich die der Geschäftsstrategie zugrunde liegenden Einflussfaktoren deutlich verändern.

Risikostrategie

Beim Umgang mit unseren Geschäftsrisiken verfolgen wir auf Basis der Risikotragfähigkeit eine Risikostrategie, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risiken und für die Umsetzung der Risikostrategie und achtet dabei auf das risikobewusste Verhalten aller Mitarbeiter.
- Gewährleistung der Risikotragfähigkeit
- Die Risikostrategie berücksichtigt die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und die Risiken der wesentlichen Auslagerungen. Sie umfasst auch die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie bestehende Risiko- und Ertragskonzentrationen.
- Mit Hilfe installierter Risikolimits und effizienter Kontrollsysteme soll der Ertrag sichergestellt und das Vermögen geschützt werden. Durch die Festlegung von Risikotoleranzen wurde bestimmt, zu welchen Bedingungen die Sparkasse bereit ist, Risiken einzugehen.
- Es sollen nur Risiken mit einem für uns günstigen Verhältnis von Risiko zu Ertrag eingegangen werden. Risiken mit ungünstiger Relation sollen im Einzelnen sowie in ihrer aggregierten Form vermieden, vermindert oder kompensiert werden. Die eingesetzten Kontrolleinheiten haben dies zu überwachen.
- Die Risikostrategie wird jährlich überprüft und, soweit erforderlich, angepasst. Sie wird im Verwaltungsrat erörtert.

3.2.3.2.3 Überwachung und Steuerung der Risikoarten

Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen vertraglich zugesagte Leistungen durch die Geschäftspartner teilweise oder vollständig ausfallen.

Kundenkreditgeschäft

Die Steuerung des Kundenkreditgeschäfts geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der einzelnen Engagements. Das Kreditportfolio verteilt sich gleichmäßig auf Unternehmen/Selbstständige und Privatpersonen. Eine Analyse des Kreditportfolios auf Ebene der

in den Branchen enthaltenen Wirtschaftszweige zeigt, dass die Portfolien auf dieser Ebene hinreichend diversifiziert sind. Der Vorstand räumt der Risikobegrenzung im Kundenkreditgeschäft einen hohen Stellenwert ein. Der Begrenzung wird dadurch Rechnung getragen, dass bei Engagements unverändert die Qualität, das heißt ein möglichst risikoarmes Kreditgeschäft, im Vordergrund steht. Für die Übernahme bedeutender Risiken ist die Zustimmung des Kreditausschusses erforderlich.

Die Steuerung erfolgt auf Basis des sogenannten „adressrisikorelevanten Kundenkreditportfolios“. Kein Adressenausfallrisiko besteht regelmäßig bei „notleidenden“ Engagements/Ratingnote 18, bei Treuhandkrediten, Eigenkapitalhilfedarlehen sowie inländischen öffentlichen Haushalten.

Die nachfolgende Übersicht der Unternehmen nach Hauptbranchen spiegelt die Struktur der Wirtschaft in unserem Geschäftsgebiet wider. Dabei zeigt unser Kreditportfolio einen für unseren Landkreis typischen Schwerpunkt im verarbeitenden Gewerbe sowie bei den Dienstleistungen/freien Berufen.

Risikosegment (Unternehmen gesamt)	Obligo zum 31.12.2012		Obligo zum 31.12.2013	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	14,3	0,5	14,9	0,5
Energie, Wasser, Bergbau	104,4	3,3	112,8	3,7
Verarbeitendes Gewerbe	680,3	21,8	651,6	21,1
Baugewerbe	133,7	4,3	127,2	4,1
Handel u. Instandhaltung	316,4	10,1	318,5	10,3
Verkehr, Nachrichten	65,6	2,1	60,8	2,0
Kredit- u. Versicherungswesen	423,0	13,5	351,5	11,4
Dienstleistungen, freie Berufe	1.281,5	41,0	1.372,0	44,5
Bauträger	106,8	3,4	77,6	2,5
gesamt	3.126,0	100,0	3.086,9	100,0

Zentrale Bedeutung für die kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken hat die Bonitätsbeurteilung. Im Rahmen des Risikosteuerungs- und -controllingsystems setzen wir zur Beurteilung der Kreditrisiken in Abhängigkeit von den einzelnen Kundensegmenten verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren ein. Das Rating-/Scoringkonzept umfasst grundsätzlich alle gewerblichen und privaten Kunden.

Zur Beurteilung der Kreditnehmerbonität setzen wir von der Sparkassenorganisation angebotene Systeme (zum Beispiel Scoring- und Ratingsysteme, EBIL zur Einzelbilanzanalyse) ein. Die Bonitätsbeurteilung erfolgt durch erfahrene Kreditanalysten unter Einbeziehung der Kundenbetreuer. Entscheidend für die Bonitätseinstufung sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die daraus ermittelte Zahlungsfähigkeit. Aus der Risikoklassifizierung ergeben sich folgende Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD):

	DSGV-Masterskala	PD (%)		DSGV-Masterskala	PD (%)
Investment-Grade	1 (AAAA)	0,00	Non-Investment-Grade	6	0,60
	1 (AAA)	0,01		7	0,90
	1 (AA+)	0,02		8	1,30
	1 (AA)	0,03		9	2,00
	1 (AA-)	0,04		10	3,00
	1 (A+)	0,05		11	4,40
	1 (A)	0,07		12	6,70
	1 (A-)	0,09		13	10,00
	2	0,12		14	15,00
	3	0,17		15	20,00
	4	0,30		15 (B)	30,00
5	0,40	15 (C)	45,00		
		Default	16-18	Ausfall	

Unser adressrisikorelevantes Kreditvolumen in Höhe von 5.997,5 Mio. € (davon 47,8 % unbesichert) ist überwiegend (56,5 %) in der Ratingklasse 1-3 eingestuft. Die nachstehende Übersicht zeigt die absolute und prozentuale Verteilung unseres mit Rating- und Scoringverfahren beurteilten Kundenkreditportfolios (klassische Kundenkreditvolumen, d. h. ohne Wertpapiere, Derivate und Beteiligungen aber einschließlich Schuldscheindarlehen) nach Ratingklassen zum 31. Dezember 2013 im Vergleich zum Vorjahr:

Rating-gruppe	Obligo zum 31.12.2012		Obligo zum 31.12.2013	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
ohne Klassifizierung	46,1	0,8	33,5	0,6
1-3	3.428,9	56,7	3.388,8	56,5
4-5	963,9	16,0	955,4	15,9
6-8	855,3	14,2	802,8	13,4
9-10	289,9	4,8	352,8	5,9
11-13	236,8	3,9	243,6	4,1
14-15	84,8	1,4	63,3	1,1
16	4,6	0,1	3,9	0,1
17	133,7	2,2	153,4	2,6
gesamt	6.043,9	100,0	5.997,5	100,0

Die nachstehende Übersicht zeigt die absolute und relative Aufgliederung unseres Kundenkreditportfolios nach Größenklassen. Zum 31. Dezember 2013 befinden sich 38,9 % in der Größenklasse bis 250 T€.

Größenklassen in Mio. €	Obligo zum 31.12.2012		Obligo zum 31.12.2013	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
> 50,0	408,7	6,8	436,3	7,3
> 30,0 ≤ 50,0	233,5	3,9	251,2	4,2
> 15,0 ≤ 30,0	393,0	6,5	367,3	6,1
> 10,0 ≤ 15,0	191,9	3,2	187,6	3,1
> 7,0 ≤ 10,0	203,7	3,4	247,8	4,1
> 5,0 ≤ 7,0	182,4	3,0	177,6	3,0
> 2,0 ≤ 5,0	551,7	9,1	496,0	8,3
> 0,5 ≤ 2,0	760,2	12,6	720,6	12,0
> 0,25 ≤ 0,5	747,5	12,4	778,7	13,0

≤ 0,25	2.371,4	39,2	2.334,4	38,9
gesamt	6.043,9	100,0	5.997,5	100,0

Zur Sicherstellung eines angemessenen Umgangs mit risikomäßig bedeutenden Engagements bestehen interne auf Obligohöhe, Ratingnote und Blankoanteil beruhende Schwellenwerte. Bei deren Überschreitung ist auf Basis einer weitergehenden Analyse eine individuelle Engagementstrategie festzulegen.

Wir verfügen über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen. Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob sich die Risikolage verändert hat und Risikovorsorgebedarf entstanden ist. Sobald uns Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung. In einer internen Watch-List, die den Beratern der gewerblichen Kreditbereiche monatlich vorgelegt wird, werden problembehaftete bzw. ausfallgefährdete Engagements geführt und erforderlichenfalls an die Abteilung Recht abgegeben bzw. Not leidende Engagements werden durch die Abteilung Recht betreut. Ob im Einzelfall eine Risikovorsorge zu bilden ist, orientiert sich an der Ausfallgefahr der Forderung. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Die Höhe der Risikovorsorge ist darüber hinaus abhängig von den Sicherheiten. Deren Bewertung erfolgt mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch erwartet werden. Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Antrag kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und gegebenenfalls daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, die eine Kapitaldienstfähigkeit erkennen lassen, oder bei einer zweifelsfreien Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge. Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt in einem zentralen System in der Abteilung Marktfolge Kredit und der Abteilung Recht. In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt. Ergänzend werden die Risiken aus dem Mengenkreditgeschäft über eine pauschale Mengen-Einzelwertberichtigung abgeschirmt. Für latente Ausfallrisiken bilden wir Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Risikovorsorge im Berichtsjahr 2013:

in Mio. €	Anfangsbestand der Periode	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen	Endbestand der Periode
EWB	129,5	44,1	-39,0	-24,3	(+/-) 0	110,4
Rückstellungen	6,5	0,8	-5,5	0	(+/-) 0	1,7
PWB	10,8	1,1			(+/-) 0	11,8

Die Länderrisiken sind vor dem Hintergrund ihrer Größe als vertretbar einzustufen. Das Obligo in wirtschaftsschwachen Staaten (PIIGS) beläuft sich auf 1,7 Mio. €. Risikokonzentrationen sehen wir in den Bereichen Größenklassen, Besicherungsquoten und Branchenstruktur (verarbeitendes Gewerbe: 651,6 Mio. €, Dienstleistungen/freie Berufe: 1.372,0 Mio. €).

Wir führen eine regelmäßige Analyse, Bewertung und Steuerung des Kreditportfolios durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling mit Hilfe des Modells "Credit Portfolio View" durch. Das Risikomaß ist der Value-at-Risk und bezeichnet hier die maximal ungünstigste Abweichung vom erwarteten Verlust, die bei einer unterstellten Haltedauer von einem Jahr

mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Hierbei werden neben Kreditportfoliodaten auch übergreifende Parameter wie zum Beispiel Migrationsmatrix, Branchenkorrelationen sowie Einbringungs- und Verwertungsquoten berücksichtigt. Nach Abschluss der Testphase berechnen wir auf dieser Basis ab 2014 auch das Adressenausfallrisiko für die Limitierung. Zuvor haben wir eine Einschätzung auf Basis einer sogenannten „Praktikermethode“ vorgenommen.

Zum Jahresende 2013 war das Limit für die Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft in Höhe von 69,0 Mio. € mit 46,3 Mio. € zu 67,1 % ausgelastet. Mit der neuen Berechnungsmethodik (CPV) würde sich ein Risikowert von 48,9 Mio. € ergeben. Wir gehen von einer zufriedenstellenden Risikosituation aus.

Handelsgeschäfte

Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften werden durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner und unter Berücksichtigung externer Ratings nach den Regeln der Kreditwürdigkeitsprüfung sowie durch Volumenslimite je Partner begrenzt. Die Auslastung der Limite wird durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling täglich berechnet und deren Einhaltung überwacht.

Die Handelsgeschäfte (ohne Immobilien-Spezialfonds) umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen von 4,4 Mrd. €. Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (3,2 Mrd. €). Dabei zeigt sich nachfolgende Ratingverteilung:

Externes Rating (S&P)	AAA bis BBB	BBB- bis BB+	BB bis BB-	B+ bis C	D	ungeratet
PD (%)	0,01-0,20	0,33-0,56	1,00-1,82	3,43-27,66	Default	
31.12.2013	95,6%	1,7%	0,3%	0,0%	0,0%	2,3%

Die durch uns gehaltenen Wertpapiere verfügen zu 97,1 % über ein Rating im Investment-Grade-Bereich.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über unser Engagement zum 31. Dezember 2013 in wirtschaftsschwache Staaten:

Länder	Buchwert	Marktwert
	in Mio. €	in Mio. €
Portugal	8,0	8,2
Italien	127,5	136,9
Irland	7,0	7,0
Spanien	55,0	61,4
Summe	197,5	213,5

Engagements in diesen wirtschaftsschwachen Staaten bestehen ausschließlich in Unternehmens- und Bankanleihen.

Wir berechnen das Adressenausfallrisiko für die Risikotragfähigkeit ratingbasiert. Ausgehend von den Ausfallwahrscheinlichkeiten, die den aktuellen Ratingeinstufungen zugrunde liegen, wird eine Verschlechterung des Ratings aller Handelspartner unterstellt.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im gesamten Geschäftsjahr 2013 innerhalb der im Rahmen der Risikotragfähigkeit festgelegten Grenzen. Zum Jahresende 2013 waren das Limit für das Emittentenrisiko in Höhe von 30,0 Mio. € mit 10,6 Mio. € zu 35,4 % und das Limit für das Kontrahentenrisiko in Höhe von 1,0 Mio. € mit 0,2 Mio. € zu 22,9 % ausgelastet, sodass wir von einer als positiv einzustufenden Risikosituation ausgehen.

Die Länderrisiken sind vor dem Hintergrund ihrer Größe als vertretbar einzustufen. Risikokonzentrationen sehen wir im Bereich der Länderrisiken in vereinzelt Ländern/Regionen (516,5 Mio. €, Zurechnungskriterium Handelsgeschäft: Sitz der Muttergesellschaft) sowie im Bereich ungedeckter Forderungen (1.813,6 Mio. €).

Die von uns eingesetzten Instrumente versetzen uns in die Lage die Adressenausfallrisiken angemessen zu steuern.

Berichterstattung

Der Vorstand wird vierteljährlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über die Entwicklung des Kreditportfolios informiert. Der Bericht beinhaltet zumindest folgende Darstellungen und gegebenenfalls erforderliche Kommentierungen:

- Portfoliozusammensetzung nach Bonitätsklassen beziehungsweise Ratingkennziffern, Kundengruppen, Branchen, Größenklassen, risikobehaftetem Volumen und weiteren Kennziffern
- Risikokonzentrationen
- Limitauslastung
- Bedeutende Limitüberschreitungen und deren Gründe
- Großkredite
- Entwicklung des Neugeschäfts
- Entwicklung der Risikovorsorge
- Wesentliche Kreditentscheidungen, sowie sie von unserer Risikostrategie abweichen oder vom Vorstand im Rahmen seiner Krediteinzelkompetenz bei abweichenden Voten entschieden wurden

Der Adressenausfallrisikobericht bildet mit den anderen eingesetzten Systemen die Basis unserer Kreditentscheidungsprozesse und ermöglicht uns, das Risikoportfolio zu bewerten und zu steuern. Hierzu dienen auch die über das interne Rating ermittelten Risikoprämien der risikoadjustierten Konditionsgestaltung.

Beteiligungen

Die Gefahr eines finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen des Beteiligungsportfolios wird als Beteiligungsrisiko bezeichnet. Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlagen. Darüber hinaus können zusätzliche Haftungsrisiken nicht ausgeschlossen werden.

Unsere Verbundbeteiligungen werden zur Förderung des Sparkassenwesens und zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags gehalten. Sie dienen vor allem der Stärkung des Zusammenhalts der Sparkassen-Finanzgruppe sowie dem Ausbau der Vertriebskanäle für die unterschiedlichen Produkte der Verbundmitglieder und sollen unseren Geschäftsbetrieb langfristig unterstützen. Sie dienen somit einem langfristigen strategischen Zweck. Teilweise werden die Beteiligungen auch indirekt über den SVBW gehalten. Daneben bestehen weitere Beteiligungen, diese sind jedoch von untergeordneter Bedeutung. Das Beteiligungsportfolio belief sich zum 31. Dezember 2013 insgesamt auf 117,0 Mio. € (Buchwert).

In der Geschäfts- und Risikostrategie hat die Sparkasse die Ziele für die Beteiligungen festgelegt. Die Beteiligungsrisiken werden angemessen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse einbezogen. Das Beteiligungscontrolling erfolgt für die Verbundbeteiligungen im Wesentlichen durch den SVBW und für die sonstigen Beteiligungen durch die Abteilung Ge-

samtbanksteuerung/Risikocontrolling. Das Beteiligungsrisiko wird anhand von Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie anhand von Szenarien ermittelt. Die Methoden der Risikoermittlung werden regelmäßig überprüft und weiterentwickelt.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die Sparkasse ausreichend über die Situation bei den einzelnen Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist.

Die Sparkasse ist Mitglied des SVBW, der sich 2009 zusammen mit weiteren Trägern an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital beteiligt und eine Rückgarantie aus einer Risikoimmunisierungsaktion für die LBBW übernommen hat. Als Mitglied sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die erwarteten Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Auch unter Berücksichtigung des Gesamtkreditengagements besteht insoweit eine Risikokonzentration bezüglich der Adresse LBBW. Auf Basis der uns derzeit vorliegenden Informationen ist ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen über die Verbandsumlage nicht erkennbar. Eine abschließende Beurteilung ist erst mit Vorlage des Jahresabschlussberichts der LBBW möglich.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für das Geschäftsjahr 2012/2013 der Erwerbsgesellschaft war die Bildung einer Rückstellung erforderlich.

Insgesamt betrachtet konzentriert sich das Beteiligungsrisiko der Sparkasse derzeit vor allem auf die großen Verbundbeteiligungen.

Zum Jahresende 2013 waren das Limit für die Beteiligungsrisiken in Höhe von 25,0 Mio. € mit 14,9 Mio. € zu 59,6 % und das Limit für die Risikoimmunsierung LBBW in Höhe von 35,0 Mio. € mit 33,9 Mio. € zu 97,0 % derzeit für unerwartete Verluste ausgelastet. Die Risiken sind als vertretbar einzustufen.

Dem Vorstand werden jährlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling Informationen zu den jeweiligen Beteiligungen sowie die Beteiligungserträge mittels des Risikoreportings zur Verfügung gestellt. Zudem wird er quartalsweise über die Risikoimmunsierung der LBBW informiert.

Die Adressenausfallrisiken bewegten sich im vergangenen Jahr jederzeit im Rahmen des vom Vorstand festgelegten Limitsystems. Engagements in den Euro-Peripherie-Staaten bestehen ausschließlich in Unternehmens- und Bankanleihen. Die Bestände sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vor dem Hintergrund der sich aus den Bonitätsbeurteilungssystemen ergebenden Erkenntnisse stufen wir die Entwicklung der Risikolage aus dem Kreditgeschäft als zufriedenstellend ein. Dennoch sind weitere Risiken für die künftige Entwicklung im Kreditgeschäft nicht auszuschließen. Wir werden diesen Risiken durch eine risikoorientierte Kreditvergabepolitik begegnen.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze und Kurse sowie aus den hieraus resultierenden Preisänderungen der Derivate ergeben. Marktpreisrisiken werden gesteuert mit dem Ziel, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten. Zur Begrenzung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts Limite festgelegt.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften des Handels- und Anlagebuches

Für die Handelsgeschäfte werden die Marktpreisrisiken täglich auf Basis aktueller Marktpreise und möglicher Marktpreisveränderungen (Verlustpotenziale) durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling ermittelt. Dabei werden ab 2014 die Verlustpotenziale mittels Value-at-Risk-Konzept, dem der Varianz-Kovarianz-Ansatz auf Basis einer Haltedauer von 63 Tagen (bisher 30 Tage), einem Konfidenzniveau von 99 % und einem historischen Betrachtungszeitraum von 500 Tagen (bisher 250 Tage) zugrunde liegt, gemessen und überwacht. Dabei werden die Kursrisiken aus verzinslichen Papieren zusammen mit den Währungs-, Edelmetall- und Aktienkursrisiken unter Berücksichtigung von Korrelationen ermittelt. Die Positionen in den Wertpapier-Spezialfonds werden bei der Ermittlung des Value-at-Risk nach dem Durchschauprinzip behandelt. Durch ein regelmäßiges Backtesting wird die Qualität des Risikomodells überprüft und gegebenenfalls die Parameter angepasst. Die Verlustrisiken aus den einzelnen Portfolios werden zusammen mit den schwebenden Verlusten und realisierten Ergebnissen der Handelsgeschäfte auf die vom Vorstand festgelegten Limitstrukturen angerechnet. Die für außergewöhnliche Marktentwicklungen vierteljährlich durchgeführten Stress-tests zeigen, dass wir jederzeit die Risiken tragen können.

Zur Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Risikocontrolling das Programmsystem SimCorp Dimension eingesetzt. Bei Überschreiten der Limite informiert die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling den Vorstand. In Zusammenarbeit mit dem Ausschuss Risiko und Disposition legt der Vorstand die weiteren Maßnahmen fest. Der Verwaltungsrat wird entsprechend informiert.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr.

in Mio. €	2013			2012
	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2013	VaR 31.12.2012
Marktpreisrisiken ¹	53,3	109,3	68,5	75,1

¹ inklusive Aktienkurs- und Fremdwährungsrisiko

Über die Marktpreisrisiken wird der Vorstand börsentäglich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling informiert. Dabei werden dem Vorstand folgende Daten beziehungsweise Unterlagen als Risikoinformationen mittels des Risikoreportings zur Verfügung gestellt:

- Kommentierung der allgemeinen Marktentwicklung sowie der Auswirkungen aus GuV- und Barwert-Sicht
- Übersicht Bankbuch
- Ergebnisse aus Handelsbuchgeschäften
- Limitauslastung

Die Marktpreisrisiken bewegten sich in 2013 jederzeit innerhalb des Rahmens des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Zum Jahresende 2013 war das Limit für Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften in Höhe von 160,0 Mio. € mit 80,1 Mio. € zu 50,1 % ausgelastet. Die Risiken sind als vertretbar einzustufen. Zum 1. Januar 2014 haben wir das Limit auf 210,0 Mio. € erhöht. Mit den neuen Parametern würde sich ein Risikowert von 153,7 Mio. € ergeben. Aufgrund der teilweise immer noch vorhandenen Auswirkungen der Finanzmarktkrise sowie Unsicherheiten an den Märkten hinsichtlich der Auswirkungen der Staatsverschuldung im Euroraum sind Risiken hinsichtlich eines Bewertungsbedarfs bei den Eigenanlagen nicht auszuschließen.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken bilden wir neben Macro- auch Micro-Hedges (Bewertungseinheiten). Hierfür werden Caps, Collars, Swaptions, Zinsswaps, Zins-/Währ-

ungsswaps und Forward-Swaps eingesetzt. Ergänzend verweisen wir auf die Ausführungen zu den Bewertungseinheiten im Anhang zum Jahresabschluss. Währungsrisiken sind bei der Sparkasse nur von untergeordneter Bedeutung. Diese Marktpreisrisiken bewegen sich innerhalb des Rahmens der geschäftspolitischen Zielsetzungen.

Das Risiko aus Immobilieninvestments wird anhand der Kennzahl „Lower Partial Moment (LPM)“ gesteuert. Das LPM bezieht sich als Downside-Risikomaß nur auf die negativen Abweichungen vom Kurswert. Der Vorstand wird monatlich über das Risiko sowie über die Ertragsentwicklung durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling informiert. Zum Jahresende 2013 war das Limit für Immobilienrisiken in Höhe von 25,0 Mio. € mit 15,0 Mio. € zu 60,1 % ausgelastet. Die Risiken sind als vertretbar einzustufen. Zum 1. Januar 2014 haben wir das Limit auf 30,0 Mio. € erhöht.

Gesamtinstitutsbezogenes Zinsänderungsrisiko

Die Zinsänderungsrisiken ergeben sich im Zusammenhang mit Handelsgeschäften und auf Gesamtbankebene aus der Fristentransformation. Die Risiken können aus dem Ansteigen, Absinken oder Drehen der Zinsstrukturkurve resultieren.

Die periodische Ermittlung des Zinsspannenrisikos des Gesamtinstituts wird vierteljährlich mithilfe des Simulationstools GuV-Planer von der Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling durchgeführt.

Der Ermittlung des Zinsspannenrisikos liegen derzeit folgende Annahmen zugrunde:

- Dynamisches Verfahren: Planung des Kundengeschäfts (Aktiva und Passiva) mit einem moderaten Wachstum der Kredite und Einlagen für 2013 und 2014 (einschließlich unbefristeter Bestände)
- Planung der Bestände der eigenen Wertpapiere
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen bzw. Kündigungen beim Zuwachssparen werden im Rahmen der Bestandsplanung berücksichtigt.

Zur Berechnung des Zinsspannenrisikos simulieren wir monatlich zumindest folgende unterschiedliche Zinsentwicklungen:

- Konstante Zinsen
- Parallelanstieg um +100 Basispunkte
- Parallelrückgang um -100 Basispunkte
- Invertierung der Zinsstrukturkurve

Nachfolgende Übersicht enthält den Zuwachs beziehungsweise Rückgang des Zinsüberschusses zum 31.12.2013 bei dem verwendeten Zinsänderungsschock von +/-100 Basispunkten:

	Zinsänderungsrisiko Schock (+/- 100 bp) in Mio. €	
	Rückgang der Erträge	Zuwachs der Erträge
Schock +100 bp	25,7	-
Schock -100 bp	-	3,7

Als maßgebliches Szenario für die Bestimmung des Zinsspannenrisikos verwenden wir das Szenario Zinsanstieg/-rückgang um 100 Basispunkte (relevant ist der jeweils schlechtere Wert). Der Risikowert ergibt sich dann aus der zinsinduzierten Veränderung der Zinsspanne

aus dem GuV-Planer, die um diverse negative Ertragsauswirkungen (beispielsweise Emittentenkündigungsrechte, Beteiligungserträge, Dividenden, Erträge aus Immobilienfonds) ergänzt wird.

Zum Jahresende 2013 war das Limit für das Zinsspannenrisiko in Höhe von 30,0 Mio. € mit 25,7 Mio. € zu 85,6 % ausgelastet. Zum 1. Januar 2014 haben wir das Limit auf 35,0 Mio. € erhöht. Wir gehen von einer zufriedenstellenden Risikosituation aus.

Zur wertorientierten Quantifizierung mittels des Risikomaßes Value-at-Risk setzt die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling die Anwendung sDIS OSPlus ein. Dabei werden ein Konfidenzniveau von 95 %, eine Haltedauer von 30 Tagen und der Beobachtungszeitraum von 1988 bis 2011 zugrunde gelegt. Der monatlichen Ermittlung des barwertigen Zinsänderungsrisikos liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Bei unbefristeten Einlagen werden die Cashflows über gleitende Durchschnitte gebildet.
- Vorzeitige Verfügungen (statistische Ausüber) beim Zuwachssparen werden berücksichtigt.
- Vorzeitige Kreditrückzahlungen werden derzeit nicht im Cashflow berücksichtigt.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Value-at-Risk im Vergleich zum Vorjahr:

	2013			2012
in % des Barwertes	VaR Minimum	VaR Maximum	VaR 31.12.2013	VaR 31.12.2012
Zinsänderungsrisiko	3,78 %	5,16 %	4,94 %	4,44 %

Darüber hinaus wird mit Hilfe dieses Instruments die risikoadjustierte Performancekennziffer RORAC (Return on Risk Adjusted Capital) monatlich ermittelt, bei der die Mehrperformance in Relation zum Risiko des Portfolios gesetzt wird. Die RORAC-Kennziffer betrug zum Jahresende 2013 13,9 % (Vorjahr: 11,0 %). Das wertorientiert gemessene Zinsänderungsrisiko stufen wir – bezogen auf den Verbandsdurchschnitt – als überdurchschnittlich ein.

Der Zinsrisikoeffizient gemäß § 25a Abs. 1 Satz 7 KWG in Verbindung mit dem BaFin-Rundschreiben 11/2011 (Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung um +/- 200 Basispunkte) belief sich am 31. Dezember 2013 auf 34,5 %.

Der Vorstand wird monatlich durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling über das Zinsspannenrisiko, die Ergebnisse der Szenarioanalysen sowie die Entwicklung des barwertigen Zinsänderungsrisikos (einschließlich des Zinsrisikoeffizienten der BaFin) informiert.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung werden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken neben bilanzwirksamen Instrumenten auch derivative Finanzinstrumente in Form von Renten-futures, Zinsswaps, Swaptions sowie Forward Rate Agreements eingesetzt. Währungsrisiken sind von untergeordneter Bedeutung. Offene Fremdwährungspositionen wurden grundsätzlich durch gegenläufige Geschäfte abgesichert.

Risiken bestehen aus unserer Sicht in erster Linie in steigenden Marktzinsen, die aufgrund des Festzinsüberhangs bei den Aktiva eine Verringerung des Zinsüberschusses zur Folge haben könnten, sowie in einer Verringerung des Fristentransformationsbeitrags, der maßgeblich von der Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten beeinflusst wird.

Liquiditätsrisiken

Die Liquidität ist die Fähigkeit eines Instituts, innerhalb eines (geeigneten) Zeitraums die erwarteten Zahlungsabflüsse durch zur Verfügung stehende Zahlungsmittel mindestens zu decken. Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die aktuelle oder zukünftige Gefahr, dass das Institut zahlungsunfähig (illiquide) wird, also seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Im Hinblick auf unsere Bilanzstruktur bestehen Refinanzierungs-, Abruf- und Terminrisiken. Der hohe Wertpapierbestand begründet zudem ein Marktliquiditätsrisiko.

Für die Steuerung des Liquiditätsrisikos ist die Abteilung Treasury zuständig. Die Aufgabe besteht in der Sicherstellung einer jederzeitigen Zahlungsfähigkeit. Für die Durchführung des täglichen Liquiditätsmanagements (Gelddisposition) ist die Abteilung Eigenhandel zuständig. Die Überwachung der Liquiditätsrisiken und des Liquiditätsbedarfs (Liquiditätsübersicht, Szenarien, Schwellenwerte, regelmäßige Berichterstattung) übernimmt die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling. Damit ist gewährleistet, dass die Aufgabe der Überwachung von der Steuerung getrennt ist. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt insbesondere durch das Halten von liquiden Aktiva, die Strukturierung der Passiva sowie durch Interbankenslinien.

Die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling erstellt monatlich eine Liquiditätsübersicht, in der die kurzfristig erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden. Die verwendeten Daten basieren auf der monatlichen Meldung gemäß Liquiditätsverordnung an die Deutsche Bundesbank. Auf dieser Grundlage werden monatlich Szenarien simuliert, um mögliche Risiken und Extremfälle aufzuzeigen, die sich auf unsere Liquiditätssituation auswirken können. Beispielweise wird ein teilweiser Abzug von Kundeneinlagen angenommen, der über den Kapitalmarkt refinanziert werden muss. Dem Marktliquiditätsrisiko wird durch die Annahme Rechnung getragen, dass bestimmte Wertpapierbestände als illiquide gelten und nicht mehr angerechnet werden können. Auf Basis dieser Daten wird eine Risikoeinschätzung vorgenommen. Kriterium ist die errechnete Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung. Wann ein Liquiditätsengpass vorliegt bzw. sich andeutet, wird in Abhängigkeit von der Liquiditätskennzahl über das Erreichen bestimmter Schwellenwerte definiert. Bei Erreichen der Schwellenwerte werden definierte Prozesse ausgelöst, um gegebenenfalls Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Dabei wird geprüft, inwieweit durch Maßnahmen mögliche Stresssituationen angemessen und weitgehend erfolgsneutral abgefedert werden können. Tritt ein Engpass dennoch ein, so sind im Vorhinein festgelegte Aktivitäten durchzuführen. Zum 31. Dezember 2013 war bei allen untersuchten Szenarien die Liquidität weiterhin gegeben. Im Falle eines gleichzeitigen Eintritts aller simulierter Szenarien wäre noch eine Liquiditätskennzahl von 1,5 (Mindestanforderung: 1,0) erreicht worden.

Risikoinformationen werden dem Vorstand mittels des Liquiditätsrisikoberichts durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling vierteljährlich in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

- Liquiditätsübersicht
- Liquiditätskennziffer
- Ergebnisse der Szenarioanalysen
- Auslastung der internen Schwellenwerte

Zum 31. Dezember 2013 ergaben sich folgende Kennzahlen:

Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung	31.12.2012	31.12.2013
Liquiditätskennziffer	1,78	2,19

Beobachtungskennzahlen nach Restlaufzeiten	31.12.2012	31.12.2013
Laufzeitband 2 (über 1 Monat bis 3 Monate)	6,01	6,68
Laufzeitband 3 (über 3 Monate bis 6 Monate)	2,76	0,88
Laufzeitband 4 (über 6 Monate bis 12 Monate)	1,64	0,42

In den Stresstests werden unplanmäßige Entwicklungen wie zum Beispiel der Abzug großer Kundeneinlagen, Wegfall von Interbankenlinien oder Unveräußerlichkeit bestimmter Wertpapiere berücksichtigt. Dabei werden die Auswirkungen der geänderten Refinanzierung auf den Zinsüberschuss bzw. der Veräußerungsverlust aus dem Verkauf von Wertpapieren ermittelt. Der Stresstest zum Liquiditätsrisiko zeigt, dass ein massiver Abzug von originären und institutionellen Kundeneinlagen und der Wegfall aller Interbanklinien durch eine Refinanzierung bei der Notenbank und die Veräußerung von Pfandbriefen gedeckt werden könnte. Gegebenenfalls müssten bei der Veräußerung der Pfandbriefe verkraftbare Bewertungsverluste hingenommen werden.

Risikokonzentrationen sehen wir in einzelnen Einlagen sowie Wertpapieremissionen über 100,0 Mio. €, in einzelnen Produktarten, deren Volumen 10,0 % des gesamten Einlagenvolumens übersteigt sowie aufgrund der hohen Volumina im Bestand an Wertpapieren (Marktliquiditätsrisiko) bzw. Tagesgeldaufnahmen (Refinanzierungsrisiko im Verbund).

Wir verfügen insgesamt über eine gute Liquiditätsposition. Ausschlaggebend hierfür sind unsere Kundeneinlagen, unser Bestand an hochliquiden Wertpapieren und die Möglichkeit der kurzfristigen Geldaufnahme im Verbund sowie bei der Deutschen Bundesbank. Darüber hinaus werden bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben unterhalten. An liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht investiert. Unsere Zahlungsfähigkeit war während des gesamten Geschäftsjahres 2013 hinreichend gesichert.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten können. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich, dem in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Festlegung, der regelmäßigen Überprüfung und der Sicherstellung der Rahmenbedingungen im Umgang mit operationellen Risiken zufällt.

Die operationellen Risiken werden jährlich identifiziert und dokumentiert. Zu den installierten Regelungen beziehungsweise Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere das interne Kontrollsystem, die schriftlich fixierte Ordnung für die Aufbauorganisation und die wesentlichen Arbeitsabläufe, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe. Betriebsrisiken aus dem IT-Bereich, aus Organisations- und Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit einem externen Rechenzentrum, Notfallkonzepte, zunehmende Automatisierung und ständige Kontrollen durch qualifizierte Mitarbeiter gemindert und zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher Standardverträge reduziert.

Wir setzen das vom DSGVO entwickelte Instrument „fokussierte Risikolandkarte“ ein. Die „fokussierte Risikolandkarte“ dient neben der Identifikation operationeller Risiken zur szena-

riobezogenen Analyse von risikorelevanten Verlustpotenzialen (ex-ante-Betrachtung). Darüber hinaus besteht für bedeutende Schadensfälle ein Verfahren, das sicherstellt, dass diese Schäden an die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling gemeldet und dort analysiert sowie gegebenenfalls Maßnahmen eingeleitet werden. In der „Schadensfalldatenbank“ werden tatsächlich eingetretene Schäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1,0 T€ erfasst (ex-post-Betrachtung).

Aufgrund der hohen Abhängigkeit von der Finanz Informatik hinsichtlich der IT und den sich aus einem Ausfall der IT ergebenden Risiken wird die Finanz Informatik als Risikokonzentration eingestuft.

Risikoinformationen werden dem Vorstand mittels des vierteljährlichen Risikoberichts durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling in folgendem Umfang zur Verfügung gestellt:

- Aufgetretene bedeutende Schadensfälle (Art, Ausmaß und Ursache)
- Im Rahmen der Risikolandkarte ermittelte Risiken (jährlich)
- Gegebenenfalls getroffene Maßnahmen

Auf Basis der in der Vergangenheit eingetretenen bedeutenden Schadensfälle, der Ergebnisse der „fokussierten Risikolandkarte“ und unserer Maßnahmen beurteilen wir die Risikolage als zufriedenstellend. Zum Jahresende 2013 war das Limit für operationelle Risiken in Höhe von 25,0 Mio. € mit 9,4 Mio. € zu 37,6 % ausgelastet. Insbesondere aufgrund von Rechtsunsicherheiten ist eine Verschlechterung der Risikolage jedoch nicht auszuschließen.

Die für außergewöhnliche Ereignisse durchgeführten Stresstests zeigen, dass die Risiken vor dem Hintergrund unserer Risikotragfähigkeit vertretbar sind. Stresstests wurden beispielsweise auf Basis erhöhter Eintrittshäufigkeiten und erhöhter durchschnittlicher Verluste aus der fokussierten Risikolandkarte beziehungsweise dem kumulativem Eintritt der höchsten Szenarien erstellt.

Zusammenfassende Risikobeurteilung

Unser Haus verfügt über ein hinreichendes, dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikosteuerungs- und -controllingsystem können frühzeitig die Risiken identifiziert, Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet und Risiken gesteuert werden. Die Ermittlung der Risiken erfolgt in periodischer Sichtweise. 2013 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Die vorgegebenen Risikolimits waren am Bilanzstichtag insgesamt mit 59,1 % ausgelastet. Mit den neuen Parametern sowie den neuen Limiten würde sich eine Auslastung von 67,9 % ergeben. Die Risikotragfähigkeit war und ist derzeit entsprechend der Risikotragfähigkeitsanalysen gegeben, die Risikolage insgesamt als vergleichsweise günstig einzustufen. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse/Marktentwicklungen durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können. Trotz der steigenden Eigenkapitalanforderungen nach Basel III ist die Risikotragfähigkeit weiterhin sichergestellt. Durch die ausgereichten Kredite/Beteiligungen im Sparkassenverbund bestehen Risikokonzentrationen, deren reines Adressenausfallrisiko wir allerdings als vertretbar einschätzen. Eine weitere Risikokonzentration resultiert aus der hohen IT-Abhängigkeit von der Finanz Informatik. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind auf Basis der Risikoinventur jedoch nicht erkennbar. Wir sehen uns durch das bestehende Risikomanagement sowohl für das bestehende Geschäft als auch für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet.

Chancenbericht

Chancenmanagementsystem

Das Chancenmanagementsystem unserer Sparkasse ist analog dem Risikomanagementsystem in den jährlichen strategischen Planungsprozess integriert. Dies ermöglicht es, Trends und Veränderungen im Marktumfeld zu erkennen und zu analysieren und dient als Basis zur Bewertung von Chancen. Eine zentrale Rolle spielen hier die Mitarbeiter am Markt: Sie erhalten kontinuierlich Marktinformationen im direkten Austausch mit unseren Kunden und Partnern zu Produkthanforderungen und eventuellen Trends. Diese Informationen werden in geeigneter Form verdichtet und bewertet. Dies zielt auf die Verbesserung bestehender Produkte und Prozesse sowie die Entwicklung neuer Produkte und Vertriebsansätze. Auch Chancen aus Prozessoptimierungen werden analysiert. Chancen mit entsprechendem Geschäftspotenzial werden in den Strategiesitzungen erörtert und fließen nach entsprechender Billigung durch den Vorstand in die Geschäftsstrategie ein.

In den strategischen Planungsprozess sind als Planungsverantwortliche die Abteilungen Vorstandsstab, Gesamtbanksteuerung/Risikocontrolling, Controlling/Rechnungswesen, Privatkundensekretariat, Organisation/IT und Personal – Betreuung, Service, Grundsatz eingebunden. Verantwortlich für die Gesamtabstimmung ist der aus den genannten Abteilungen zusammengesetzte „Vorbereitungsausschuss“, der den Vorstand bei der Erstellung der Geschäftsstrategie unterstützt. Im Rahmen der Kommunikation der Geschäftsstrategie werden unsere Mitarbeiter über die identifizierten Chancenpotenziale informiert. Auf Basis von Soll-Ist-Abweichungen wird die Zielerreichung durch einen vierteljährlichen Reportingprozess überwacht.

Chancenüberblick

- Wir sind seit über 160 Jahren fest im Landkreis Ludwigsburg verwurzelt. Die Konzentration auf einen Wirtschaftsraum bringt Interessenidentität zur Erhaltung und Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftskraft und der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung.
- Durch die anhaltende Stärkung unserer Eigenkapitalbasis in den vergangenen Jahren sehen wir uns für die quantitativ und qualitativ zunehmenden Kapitalanforderungen gut gerüstet. Damit sind wir in der Lage, die erforderliche Eigenkapitalunterlegung für die geplante Geschäftsausweitung zu erfüllen.
- Unsere umfassende Produkt- und Dienstleistungspalette bietet Chancen für unseren aktiven Vertrieb im Kerngeschäftsfeld Kundengeschäft. Ein Ziel hierbei ist, die Zufriedenheit unserer Kunden zu steigern. Darüber hinaus können wir unter bewusstem Eingehen von Risiken neue Kunden gewinnen, um mit einem kontinuierlichen Kundenwachstum unseren geschäftlichen Erfolg sowie unsere Marktanteile auszuweiten. Vor allem im weiteren Ausbau der Versicherungs- und Vermittlungsgeschäfte sehen wir Möglichkeiten zu einer Verbreiterung der Ertragsbasis.
- Im Privatkundengeschäft existieren aufgrund der hohen Vertrauenswürdigkeit der Sparkassen Chancen zur Stärkung unseres Einlagen- und Girokontogeschäfts. Insbesondere örtliche und emotionale Nähe sowie die Förderung des Gemeinwohls sind bei Kunden positiv besetzt.
- Durch eine systematische und konsequente Platzierung unserer Leistungspalette sehen wir im Firmenkundengeschäft eine Chance, unsere Position bei den mittelständisch geprägten Kunden zu stärken.
- Chancen erwarten wir aus unseren Investitionen in zukunftsweisende Informationstechnologien, zum Beispiel im Bereich unseres Angebots im Internet, das wir mit einem Fokus auf die Wahrung eines hohen Sicherheitsstandards und einer leichten Bedienbarkeit weiter verbessern wollen. Um die Kundenbindung weiter zu intensivieren und die partnerschaftliche Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe zu unterstützen, bestehen geeignete technische Lösungen, die

eine unternehmensübergreifende Anbindung von Geschäftsprozessen ermöglichen und eine ganzheitliche Sicht auf den Kunden gewähren. Unsere Stärke, mit unseren Partnern "Finanzprodukte aus einer Hand" anzubieten, können wir durch gezielten Einsatz im Betrieb weiter forcieren. Die durchgängige Integration medialer Vertriebskanäle wie Call Center oder Internet auf der einen Seite und des stationären Vertriebs in der Filiale auf der anderen Seite erweitert die Chancen, dass wir unsere Kunden bedarfsgerecht beraten und zielgerichtet ansprechen können.

- Wir erwarten für 2014, dass das Zinsniveau über weite Strecken auf einem gegenüber dem Vorjahr zwar leicht erhöhten, aber im langjährigen Vergleich weiterhin niedrigen Niveau verharren wird. Die Entwicklung des Zinssatzes hat den größten Einfluss auf die Höhe unseres Zinsüberschusses. Bei steigenden Zinsen erhöhen sich grundsätzlich unsere Refinanzierungs- und Kapitaldienstkosten, es ergeben sich aber auch Chancen, im Rahmen von Zinsanpassungen Margenausweitungen zu erzielen. Differenziert wirkt sich ein steigender Zins auf das Kundenverhalten aus. Aufgrund einer höheren Grundverzinsung wird unsere Einlagenseite für den Kunden interessanter, das Kreditgeschäft wird durch die Verteuerung belastet. Sinkende Zinsen wirken in umgekehrter Richtung.
- Die Aktienmärkte dürften weiterhin von der hohen Liquidität und der sich fortsetzenden Erholung der Weltwirtschaft unterstützt werden. In Kombination mit stabilen Unternehmensgewinnen sollte dies für ein positives Aktienjahr 2014 sprechen. Ein positives Marktumfeld fördert die Attraktivität der Anlageform, so dass ein Mittelzufluss zu erwarten ist. Zudem bieten steigende Kurse die Chance, im Kundengeschäft höhere Transaktionsumsätze und höhere Depotvolumina zu erreichen. Aus steigenden Kursen resultiert außerdem eine konstante Wertentwicklung unserer eigenen Bestände.

3.2.3.3 Prognosebericht

Strategische Schwerpunkte

Unser Ziel als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut ist die dauerhafte Erfüllung des öffentlichen Auftrags beziehungsweise die durch ihn zugewiesenen Aufgaben im Rahmen gesellschafts-, wirtschafts- und kreditpolitischer Ziele. Basis hierfür ist neben einer langfristigen Existenzsicherung auch das Ziel der Beibehaltung unserer starken Marktstellung in unserem Geschäftsbereich. Nur eine angemessene Ertragskraft gewährleistet, dass wir den finanziellen Spielraum für die zukünftige Geschäftsentwicklung haben. Unser Ziel ist deshalb eine kontinuierliche Steigerung der Ertragskraft auf Basis einer die rechtlichen Anforderungen erfüllenden Kapitalbasis. Dies fördern wir unter anderem durch Zielvereinbarungen mit Führungskräften und Mitarbeitern. Durch den effizienten Einsatz von vorhandenen Ressourcen, die kontinuierliche Verbesserung unserer Prozesse und mehr Verantwortung durch Teamarbeit erreichen wir die erforderliche Produktivität. Und als Motor und entscheidende Größe im Wertschöpfungsprozess wollen wir das Wissen und die Erfahrungen unserer Mitarbeiter an allen unseren Standorten künftig noch zielgerichteter erschließen und weiterentwickeln. Unsere Mitarbeiter beteiligen sich unter anderem im Rahmen des innerbetrieblichen Vorschlagswesens an der Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten im gesamten Prozess- und Produktbereich.

Unsicherheit, ein Element jeder Prognose

Die Prognosen beziehen sich auf unsere Entwicklung für das Jahr 2014. Sie stellen unsere Einschätzung der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind beziehungsweise sich durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, weisen wir darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten abweichen können, sofern die zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen. Eine verlässliche Prognose ist besonders schwierig, da Unwägbarkeiten aus der nach wie vor ungelösten Staatsschuldenkrise im Euro-Raum bestehen,

die weiterhin mit großen Schwankungen an den Finanzmärkten einhergehen dürfte und nun auch die Konjunktorentwicklung bedroht. Darüber hinaus wird die Rentabilität der Bankenbranche nachhaltig durch die steigende Regulierung (Basel III, Bankenabgabe, Einlagensicherung, etc.) belastet.

Rahmenbedingungen 2014

Die Deutsche Bundesbank geht in ihrem Monatsbericht Dezember 2013 grundsätzlich von positiven Aussichten für die deutsche Wirtschaft aus. 2013 hat sich die durch die Verschärfung der Schuldenkrise im Eurogebiet zeitweilig unterbrochene Expansion der gesamtwirtschaftlichen Leistung fortgesetzt. Die Impulse kamen zuletzt durch die Binnenwirtschaft. Für Deutschland wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,7 % im Jahr 2014 prognostiziert. Die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen dürften darüber hinaus die wirtschaftliche Entwicklung unterstützen. Abhängig von den Kapazitäten dürfte auch die Bauleistung weiter expandieren. Die Beschäftigungssituation soll sich verbessern. Es wird erwartet, dass die Zahl der Erwerbstätigen steigt und die Arbeitslosenquote sinkt. Zusammen mit Tariflohnsteigerungen dürfte damit auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte steigen. Infolge der verbesserten Konsumstimmung könnte der Konsum steigen, die Sparquote leicht sinken. Die Preissteigerungsraten dürften verhalten bleiben. Die Zinssätze werden voraussichtlich leicht ansteigen aber auf einem sehr niedrigen Niveau bleiben. Wir erwarten, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Geschäftsgebiet ähnlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verhalten wird.

Wir sehen uns den Herausforderungen eines dynamischen Wettbewerbsumfeldes gegenüber. Hierzu zählen ein sich weiter verstärkender Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten, die steigenden Ansprüche unserer Kundschaft, der Verbraucherschutz und die Bankenaufsicht. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nehmen kontinuierlich zu. Auch grenzt die Erfüllung der Anforderungen des Basler Ausschusses mit der ansteigenden Bindung von Ressourcen und damit ansteigenden Kosten unsere Handlungsmöglichkeiten weiter ein.

Voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse

Vor dem Hintergrund der dargestellten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2014 ein moderates Wachstum der Bilanzsumme, das leicht unter dem Niveau des Jahres 2013 liegen wird. Abgeleitet aus der konjunkturellen Entwicklung rechnen wir sowohl im gewerblichen Kreditgeschäft als auch im Kreditgeschäft mit Privatpersonen mit einem moderaten Wachstum. Bei den Privathaushalten wird weiterhin das Baufinanzierungsgeschäft im Vordergrund stehen, das durch das weiterhin niedrige Zinsniveau und die vorhandene Unsicherheit hinsichtlich alternativer Kapitalanlagen im Prognosezeitraum begünstigt wird. Insgesamt erwarten wir einen Anstieg des Kreditvolumens, das leicht über dem Wert des abgelaufenen Jahres liegt. Bezüglich des Mittelaufkommens von Kunden gehen wir ebenfalls von einem leicht stärkeren Wachstum als im Vorjahr aus, auch wenn die Sparquote aufgrund der höheren Konsumneigung leicht sinken könnte.

Wir erwarten für 2014, dass die Europäische Zentralbank ihre extrem expansive Geldpolitik fortführen wird. Das Zinsniveau dürfte sich über weite Strecken auf einem gegenüber dem Vorjahr zwar leicht erhöhten, aber im langjährigen Vergleich weiterhin niedrigem Niveau verharren, so dass bei sich gleichzeitig verstärkendem Wettbewerb in der Kreditwirtschaft die Zinspanne weiter unter Druck bleiben wird. Erschwerend kommt hinzu, dass Anleihen mit höherverzinslichem Coupons auslaufen und nur zu einem niedrigeren Zinssatz wieder angelegt werden können. Der erwartete Zinsüberschuss dürfte somit leicht unter dem Wert von 2013 liegen.

Für 2014 gehen wir weiterhin nur von geringen Erträgen aus den Verbundbeteiligungen aus und haben dies in unserer Ertragsprognose berücksichtigt. Weitere Abschreibungen auf unsere Beteiligungen sowie eine Inanspruchnahme aus unserer Garantie, die wir im Rahmen der Stützung der LBBW für ein definiertes Wertpapierportfolio des Instituts abgegeben haben, sind nicht auszuschließen.

Wir erwarten, dass neben den Margen auch die Preise im Dienstleistungsgeschäft auf aktuellem Niveau bleiben werden. Risiken für das Wertpapiergeschäft gehen einerseits von einer Kehrtwende in der Geldpolitik und Zinserhöhungen sowie andererseits von friedensgefährdenden Krisenherden aus. Aufgrund der Unsicherheiten an den Märkten erwarten wir lediglich unveränderte Ergebnisbeiträge aus dem bilanzneutralen Wertpapiergeschäft. Dagegen sehen wir vor allem aus dem weiteren Ausbau der Versicherungs- und Vermittlungsgeschäfte die Möglichkeit zu einer Verbreiterung der Ertragsbasis. Da wir auch weiterhin bei beratungsintensiven Dienstleistungen und im Produktvertrieb verstärkt Akzente setzen wollen, sollte es möglich sein, das Provisionsergebnis im Jahre 2014 zumindest auf dem guten Niveau des abgelaufenen Jahres zu stabilisieren.

Für 2014 prognostizieren wir einen deutlichen Anstieg des Verwaltungsaufwandes. Insbesondere aufgrund der vergangenen und erwarteten Tarifsteigerungen sowie aus unserer hohen Ausbildungsquote in den vergangenen Jahren werden die Personalkosten deutlich steigen. Durch ein konsequentes Kostenmanagement werden wir versuchen, den prognostizierten Anstieg im ordentlichen Aufwand in Grenzen zu halten. Auch künftig planen wir Investitionen in unser Geschäftsstellennetz, um den stark gestiegenen Kundenbedürfnissen Rechnung zu tragen sowie in zukunftsweisende Informationstechnologien und Produkte als Voraussetzung für den Ausbau der Marktanteile. Wir sind über unseren Anschluss an die bundesweit tätige Finanz Informatik für diese Herausforderungen gerüstet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird neben der Konjunkturentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Wir erwarten im Bereich der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft im Geschäftsjahr 2014 einen deutlichen Anstieg gegenüber dem letzten Jahr. Die Gefahr sich erhöhender Abschreibungen auf den Wertpapierbestand ist abhängig von der Marktentwicklung. Wir werden daher im Rahmen unserer Strategie die Entwicklung beobachten und die Risiken gegebenenfalls durch Maßnahmen begrenzen. Bedingt durch die Unsicherheiten hinsichtlich möglicher Schwankungen der Marktzinsen/Spreads ist eine deutliche Belastung durch das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft nicht auszuschließen.

Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität dürfte aufgrund der rückläufigen Zinsspanne, steigenden Kosten und gestärktem Eigenkapital im nächsten Jahr leicht unter dem Wert des Jahres 2013 liegen. Die Cost-Income-Ratio dürfte im Jahr 2014 gegenüber dem abgelaufenen Jahr spürbar ansteigen.

Im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen an Qualität und Quantität der Eigenkapitalausstattung im Rahmen von Basel III erwarten wir keine Gefährdung unserer Solvabilität. Für 2014 prognostizieren wir leicht steigende anrechenbare Eigenmittel. Die Erfüllung der bankenaufsichtlichen Kennzahlen für 2014 wird problemlos möglich sein.

Gesamtaussage

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2014 beurteilen wir positiv, sofern sich die Rahmenbedingungen wie unterstellt entwickeln. Für das laufende Geschäftsjahr erwarten wir bei weiterhin sehr niedrigen Zinsen eine Geschäftsentwicklung mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung als auch einem Betriebsergebnis nach Bewertung deutlich unter dem sehr guten Niveau des Vorjahres. Wir können das für die Geschäfts- und Risikostrategie notwendige Kernkapital aus dem erwarteten künftigen Gewinn weiterhin selbst erwirtschaften.

Die notwendige Ausstattung mit haftendem Eigenkapital wird weiterhin sichergestellt sein. Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft jederzeit gewährleistet ist. Abweichende negative Entwicklungen im Bereich der Risiken sind über die vorhandene Risikotragfähigkeit abgedeckt.

Ludwigsburg, den 19. März 2014

Der Vorstand

3.2.3.4 Jahresbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Aktivseite	€	€	31.12.2013 €	31.12.2012 T €
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		35.668.266,64		34.212
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>127.096.102,33</u>	162.764.368,97	<u>104.641</u>
				138.852
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		<u>0,00</u>	0,00	<u>0</u>
				0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		21.187.478,34		20.465
b) andere Forderungen		<u>909.144.268,34</u>	930.331.746,68	<u>1.040.403</u>
				1.060.869
4. Forderungen an Kunden			4.860.593.262,97	4.825.340
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	2.052.180.619,38 €			(2.135.612)
Kommunalkredite	394.411.365,99 €			(369.229)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 €			(0)
ab) von anderen Emittenten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 €			(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		342.279.893,50		318.588
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	342.279.893,50 €			(318.588)
bb) von anderen Emittenten		<u>1.744.536.127,67</u>		<u>1.676.331</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.622.483.200,86 €			(1.644.223)
			2.086.816.021,17	1.994.919
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>1.210.198,85</u>	<u>12.943</u>
Nennbetrag	1.157.000,00 €			(12.738)
			2.088.026.220,02	2.007.862
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			1.379.509.392,64	1.236.671
6a. Handelsbestand			3.858.854,41	1.220
7. Beteiligungen			100.659.400,10	105.104
darunter:				
an Kreditinstituten	15.631.079,52 €			(15.631)
an Finanzdienstleistungsinstituten	500.000,00 €			(500)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			9.627.822,97	9.628
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 €			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 €			(0)
9. Treuhandvermögen			4.738.089,68	5.038
darunter: Treuhandkredite	4.738.089,68 €			(5.038)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		294.118,00		273
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		<u>0,00</u>	294.118,00	<u>0</u>
				273
12. Sachanlagen			118.880.577,22	120.764
13. Sonstige Vermögensgegenstände			22.241.035,78	28.917
14. Rechnungsabgrenzungsposten			2.617.349,64	4.835
Summe der Aktiva			9.684.142.239,08	9.545.373

Passivseite		€	€	31.12.2013 €	31.12.2012 T€
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a)	täglich fällig		1.034.806.742,36		1.182.512
b)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.268.336.655,38</u>		<u>1.055.767</u>
				2.303.143.397,74	2.238.279
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a)	Spareinlagen				
aa)	mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	682.675.670,85			766.269
ab)	mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>1.144.690.287,54</u>			<u>1.175.678</u>
			1.827.365.958,39		1.941.947
b)	andere Verbindlichkeiten				
ba)	täglich fällig	3.536.225.903,03			3.469.664
bb)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>892.567.783,05</u>			<u>760.634</u>
			<u>4.428.793.686,08</u>	6.256.159.644,47	<u>4.230.298</u>
					6.172.246
3.	Verbriefte Verbindlichkeiten				
a)	begebene Schuldverschreibungen		154.167.552,13		197.997
b)	andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
	darunter:				
	Geldmarktpapiere	0,00 €			(0)
	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 €			(0)
				154.167.552,13	197.997
3a.	Handelsbestand			0,00	0
4.	Treuhandverbindlichkeiten			4.738.089,68	5.038
	darunter:				
	Treuhandkredite	4.738.089,68 €			(5.038)
5.	Sonstige Verbindlichkeiten			9.943.117,42	8.667
6.	Rechnungsabgrenzungsposten			4.215.483,23	5.955
7.	Rückstellungen				
a)	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		42.210.269,00		41.477
b)	Steuerrückstellungen		14.620.568,54		19.797
c)	andere Rückstellungen		<u>47.667.610,95</u>		<u>46.128</u>
				104.498.448,49	107.401
8.	Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9.	Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10.	Genussrechtskapital			0,00	0
	darunter:				
	vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 €			(0)
11.	Fonds für allgemeine Bankrisiken			340.000.000,00	320.000
	darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	400.000,00 €			(400)
12.	Eigenkapital				
a)	gezeichnetes Kapital		0,00		0
b)	Kapitalrücklage		0,00		0
c)	Gewinnrücklagen				
ca)	Sicherheitsrücklage	498.289.443,94			480.936
cb)	andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
			498.289.443,94		480.936
d)	Bilanzgewinn		<u>8.987.061,98</u>		<u>8.854</u>
				507.276.505,92	489.789
Summe der Passiva				9.684.142.239,08	9.545.373
1.	Eventualverbindlichkeiten				
a)	Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b)	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		76.857.953,35		83.228
c)	Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
				76.857.953,35	83.228
2.	Andere Verpflichtungen				
a)	Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b)	Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c)	Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>498.204.438,43</u>		<u>449.620</u>
				498.204.438,43	449.620

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	€	€	01.01.–31.12.2013 €	01.01.–31.12.2012 T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	242.716.954,81			260.585
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>55.662.720,91</u>			<u>59.892</u>
		298.379.675,72		320.477
2. Zinsaufwendungen		<u>143.823.022,54</u>		<u>198.009</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.403.468,46 €		154.556.653,18	(1.414)
				122.469
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		40.160.754,53		38.405
b) Beteiligungen		2.156.327,39		2.246
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>0,00</u>		<u>360</u>
			42.317.081,92	41.010
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	544
5. Provisionserträge		49.592.042,43		51.692
6. Provisionsaufwendungen		<u>1.908.532,30</u>		<u>1.684</u>
			47.683.510,13	50.008
7. Nettoertrag des Handelsbestands			282.161,47	735
8. Sonstige betriebliche Erträge			25.820.481,26	6.640
aus der Fremdwährungsumrechnung	1.063.896,38 €			(727)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>0,00</u>	<u>53</u>
			270.659.887,96	221.459
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	73.583.497,88			71.176
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>19.184.753,28</u>		<u>19.264</u>
darunter: für Altersversorgung	6.712.426,90 €			(7.018)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>42.292.591,21</u>		<u>43.396</u>
			135.060.842,37	133.837
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			7.725.523,62	7.318
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			59.530.765,38	9.939
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>16.918.421,33</u>		<u>83.129</u>
			16.918.421,33	83.129
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		3.880.353,29		186
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			3.880.353,29	186
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			560.116,69	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>20.000.000,00</u>	<u>100.000</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			60.820.707,94	53.308
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		43.000.256,56		35.620
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>333.389,40</u>		<u>334</u>
			43.333.645,96	35.954
25. Jahresüberschuss			17.487.061,98	17.354
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			<u>0,00</u>	<u>0</u>
			17.487.061,98	17.354
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			0,00	0
			17.487.061,98	17.354
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		8.500.000,00		8.500
b) in andere Rücklagen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			8.500.000,00	8.500
29. Bilanzgewinn			<u>8.987.061,98</u>	<u>8.854</u>

3.2.3.5 Anhang

3.2.3.5.1 Allgemeine Angaben

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Konsolidierung der Jahresabschlüsse unserer verbundenen Unternehmen beeinflusst die einzelnen Positionen des Konzernabschlusses gegenüber den Werten des Jahresabschlusses unseres Instituts nur unwesentlich. Wir haben daher auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

3.2.3.5.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe) haben wir zum Nennwert bilanziert. Einbehaltene Agien und Disagien bei der Auszahlung von Darlehen und Schuldscheindarlehen wurden auf deren Laufzeit beziehungsweise Festzinsbindungsdauer verteilt.

Für erkennbare Ausfallrisiken haben wir bei **Forderungen an Kunden** in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Außerdem haben wir eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des steuerlich zulässigen Betrages auf den latent gefährdeten Forderungsbestand gebildet.

Wechsel im Bestand haben wir zum Zeitwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt. Sie wurden zu effektiven Hereinnahmesätzen abgezinst.

Die **Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei einem Wertpapier war zum Bilanzstichtag kein aktiver Markt vorhanden, dem ein verlässlicher Börsen- oder Marktpreis hätte entnommen werden können. In diesem Fall haben wir den beizulegenden Wert mittels eines Modells nach der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt.

Der im Anlagevermögen gehaltene Immobilienfonds wurde zum Rücknahmepreis bewertet.

Die **Wertpapiere des Handelsbestands** wurden gemäß § 340e Abs. 3 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Der Risikoabschlag wurde entsprechend der internen Risikosteuerung auf Portfolioebene ermittelt und vollständig bei der Aktivaposition 6a berücksichtigt. Die Berechnung erfolgte in Form eines Value at Risk (VaR) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99%, einer Haltedauer von 30 Tagen und eines Beobachtungszeitraums von einem Jahr. Zum Bilanzstichtag betrug der so ermittelte Risikoabschlag insgesamt 26 T€.

In Übereinstimmung mit der internen Risikosteuerung haben wir die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands in den GuV-Posten 1 und 3 ausgewiesen.

Der Sonderposten für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) blieb in Bezug auf die Vorschriften des § 340e Abs. 4 HGB gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand wurden im Berichtsjahr nicht geändert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die **immateriellen Anlagewerte** und das **Sachanlagevermögen** wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen wurden bei den Sachanlagen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringem Wert (bis 150 €) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000 € beziehungsweise bis 410 € bei Software) in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die in den **Sonstigen Vermögensgegenständen** enthaltenen Forderungen und Vermögenswerte wurden mit dem Niederstwert bewertet.

Verbindlichkeiten haben wir grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen. Abzinsungspapiere (Null-Kupon-Inhaberschuldverschreibungen) wurden zum Barwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Pensionsrückstellungen wurden für die unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz von 4,90 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Bei der Berechnung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und ein Rententrend von jährlich 2,0 % berücksichtigt.

Für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten der Sparkasse ergeben, besteht eine in Vorjahren dotierte Rückstellung in Höhe eines Teilbetrages von 27,6 Mio. €. Hierbei erfolgte die Berechnung der nicht durch entsprechendes Vermögen der Versorgungskasse gedeckten Verpflichtungen der Sparkasse (Gesamtbetrag 64,8 Mio. €) nach einem dem Teilwertverfahren angelehnten Näherungsverfahren, welches versicherungsmathematische Grundsätze berücksichtigt. Die Ermittlung erfolgte auf Datenbasis des Vorjahresresultimos unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G und einer pauschalen Berücksichtigung des auf die Sparkasse entfallenden Anteils am gesamten Kasernenvermögen der Versorgungskasse. Gehalts- beziehungsweise Rententrends wurden bei der Berechnung vereinfacht durch Kompensation mit dem bei der Abzinsung zu verwendenden durchschnittlichen Marktzinssatz einbezogen. Der so ermittelte und zugrunde gelegte Rechnungszins betrug 3,5%.

Gemäß IDW RS BFA 3 wurde zum Bilanzstichtag auf Basis einer barwertigen Betrachtungsweise unter Berücksichtigung voraussichtlich noch anfallender Risiko- und Verwaltungskosten nachgewiesen, dass aus den zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs) kein Verpflichtungsüberschuss besteht. Somit war diesbezüglich keine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erforderlich (**verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs)**). Zinsswapgeschäfte, deren Zinsbindungsdauer über den Steuerungszeitraum des Bankbuchs hinausgeht, haben wir erstmals aufgeteilt und den nicht in das Bankbuch einbezogenen Teil einzeln bewertet. Hierfür war die Bildung einer Rückstellung in Höhe von 3,8 Mio. € erforderlich.

Die **strukturierten Produkte** (Schuldscheinanlage bei einem Kreditinstitut mit mehrfachem Schuldnerkündigungsrecht und steigendem Zins, Schuldscheindarlehen mit einmaligem Schuldnererhöhungsrecht, Namenspfandbrief (Double or Quit) mit einmaligem Schuldnerkündigungsrecht oder Schuldnererhöhungsrecht, Festzinsdarlehen mit Verlängerungsoption für den Kunden, Festzinsdarlehen mit späterer Darlehensvalutierung und begebene Stufenzins-IHS ohne Schuldner- und Gläubigerkündigungsrecht) wurden unter Berücksichtigung des IDW RS HFA 22 einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert.

Die der Liquiditätsreserve zugeordneten **Future-Geschäfte** wurden einzeln imparitatisch bewertet.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen **Zinsswapgeschäfte und Swaptions** wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten. Im Berichtsjahr wurden erstmalig 42,3 Mio. € Zinsaufwand und 14,8 Mio. € Zinserträge aus Zinsswaps unsaldiert ausgewiesen.

Im Kundengeschäft abgeschlossene **Caps, Collars, Swaps und Forward-Swaps** in Höhe von 115,3 Mio. € wurden mit zugeordneten Sicherungsgeschäften in Bewertungseinheiten (Mikro-Hedges) einbezogen. Die Sicherungsbeziehungen haben eine Ursprungslaufzeit von bis zu 30 Jahren. Soweit für Geschäfte aufgrund von Adressrisiken keine Bewertungseinheit gebildet werden konnte, wurden diese einzeln bewertet.

Hierbei folgt die handelsbilanzielle Abbildung der im Risikomanagement vorgenommenen Zusammenfassung. Sind die Voraussetzungen für eine Bewertungseinheit erfüllt, bewerten wir die zugehörigen Grund- und Sicherungsgeschäfte - soweit sich die aus dem abgesicherten Risiko ergebenden Wertentwicklungen ausgleichen - kompensatorisch. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mit der Einfrierungsmethode. Die nicht abgesicherten Bestandteile der in die Bewertungseinheit einbezogenen Geschäfte wurden einzeln imparitatisch behandelt.

Sofern die wertbestimmenden Faktoren zwischen Grund- und Sicherungsgeschäften übereinstimmen, nutzen wir zur Darstellung der prospektiven und retrospektiven Wirksamkeit die Critical-Terms-Match-Methode.

Die Wertänderungen der abgesicherten Risiken gleichen sich vollständig aus; die Grundgeschäfte werden grundsätzlich über die gesamte Laufzeit abgesichert. Das abgesicherte Zinsänderungsrisiko beläuft sich auf insgesamt 9,0 Mio. €.

Das Währungsrisiko wird über eine **Währungsposition** als Einheit gesteuert. In diese werden die einzelnen Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten, Devisentermingeschäfte, Zinsswaps in Fremdwährung und Zins-/Währungsswaps sowie Kassageschäfte eingestellt. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB wird in Höhe der sich hierbei betragsmäßig ausgleichenden Positionen je Währung angenommen. Dem Anlagevermögen zugeordnete Beteiligungen in fremder Währung und die zugehörigen Refinanzierungen wurden ebenfalls als besonders gedeckte Positionen behandelt.

Die Umrechnung der **auf fremde Währung lautenden Bilanzposten** und der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte (einschließlich Sortenbestände) erfolgte generell mit dem Kassakurs. Nicht abgewickelte Termingeschäfte wurden zu einheitlichen Kursen umgerechnet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte sowie aus offenen Positionen mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr wurden erfolgswirksam vereinnahmt. Der Ausweis der Aufwendungen und Erträge aus besonders gedeckten Positionen sowie aus offenen Positionen mit Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr erfolgte saldiert im sonstigen betrieblichen Ergebnis. Die Aufwendungen aus offenen Positionen mit einer Restlaufzeit von einem Jahr beziehungsweise größer als ein Jahr wurden in dem GuV-Posten ausgewiesen, dem die sonstigen Bewertungsergebnisse des zugrunde liegenden Geschäfts zuzuordnen sind. Die daraus resultierenden Erträge wurden nicht vereinnahmt.

3.2.3.5.3 Pfandbriefgeschäft

Die Kreissparkasse Ludwigsburg hat im Geschäftsjahr 2013 weitere Pfandbriefemissionen nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) durchgeführt. Es wurden Hypotheken-Namenspfandbriefe mit einem Nominalwert von 15 Mio. € und Hypotheken-Inhaberpfandbriefe mit einem Nominalwert von 40 Mio. € platziert. Informationen zur Pfandbriefdeckungsmasse gemäß § 28 PfandBG werden vierteljährlich auf der Homepage veröffentlicht und sind im Anhang abgebildet.

Zusatzangaben nach § 35 RechKredV

Die im Deckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 137,1 Mio. € werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen in Höhe von 10 Mio. € finden sich in der Bilanz unter der Position Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgegliedert. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen haben wir nur die Posten zusätzlich untergliedert, die Pfandbriefe enthalten.

Untergliederung von Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund des Pfandbriefgeschäftes

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	T€
Aktiva 3 Forderungen an Kreditinstitute			
a) Hypothekendarlehen	0,00		0
b) Kommunalkredite	892.803.393,17		962.374
c) andere Forderungen	37.528.353,51		98.495
		930.331.746,68	1.060.869
darunter:			
täglich fällig		0,00	0
gegen Beleihung von Wertpapieren		0,00	0
Aktiva 4 Forderungen an Kunden			
a) Hypothekendarlehen	2.052.180.619,38		2.135.612
b) Kommunalkredite	394.411.365,99		369.229
c) andere Forderungen	2.414.001.277,60		2.320.499
		4.860.593.262,97	4.825.340
darunter:			
gegen Beleihung von Wertpapieren		0,00	0
Aktiva 14 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	2.555.026,89		4.835
b) andere	62.322,75		0
		2.617.349,64	4.835
Passiva 2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	15.182.519,18		0
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	0,00		0
c) Spareinlagen	1.827.365.958,39		1.941.947
d) andere Verbindlichkeiten	4.413.611.166,90		4.230.298

		6.256.159.644,47	6.172.246
darunter:			
täglich fällig	3.536.225.903,03		3.469.664
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00		0
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00		0
Passiva 3 Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekenspfandbriefe	100.942.602,74		60.641
ab) öffentliche Pfandbriefe	0,00		0
ac) sonstige Schuldverschreibungen	53.224.949,39		137.357
		154.167.552,13	197.997
Passiva 6 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	3.293.462,16		5.065
b) andere	922.021,07		889
		4.215.483,23	5.955

Die Angaben nach den Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG stellen sich wie folgt dar:

Die nachfolgend angegebenen Zahlenwerte beruhen jeweils auf kaufmännisch exakten Rundungen. Die ausgewiesenen Summen können daher von den bei Summierung der Einzelwerte sich ergebenden Ergebnissen geringfügig abweichen.

Angaben zur nominalen und barwertigen Deckung (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3 PfandBG)

	Umlauf Pfandbriefe		Deckungsmasse		Überdeckung	
	Mio. €		Mio. €		in %	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
Nennwert	115,00	60,00	147,07	89,78	27,89	49,63
Barwert	117,71	65,55	160,24	103,11	36,13	57,29
Risikobarwert ¹ (Stress-test + 250 BP)	96,20	53,22	139,30	88,63	44,80	66,53
Risikobarwert ¹ (Stress-test - 250 BP)	138,19	73,93	176,82	111,33	27,95	50,60
Sichernde Überdeckung gem. § 4 Abs. 1 PfandBG					9,18	16,96

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

¹ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

Angaben zur Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Umlauf Pfandbriefe		Deckungsmasse		Überhang	
	Mio. €		Mio. €		Mio. €	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
unter 1 Jahr	0,00	0,00	7,57	2,87	7,57	2,87
1 Jahr bis zu 2 Jahren	0,00	0,00	8,05	3,26	8,05	3,26

2 Jahre bis zu 3 Jahren	0,00	0,00	7,93	4,92	7,93	4,92
3 Jahre bis zu 4 Jahren	0,00	0,00	8,86	5,41	8,86	5,41
4 Jahre bis zu 5 Jahren	0,00	0,00	6,61	4,72	6,61	4,72
5 Jahre bis zu 10 Jahren	115,00	60,00	100,32	65,05	-14,68	5,05
ab 10 Jahre	0,00	0,00	7,73	3,55	7,73	3,55

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

Weitere Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG)

Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	31.12.13	31.12.12
nach § 19 PfandBG in Mio. €	10,00	10,00
Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs in %	8,70	16,67
davon in Deckungswerten gem. § 4 Abs. 1 PfandBG in %	8,70	16,67

Zusammensetzung der Deckungsmasse (§ 28 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG)

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	Mio. €		Anteil am Gesamtbetrag der Deckungsmasse insgesamt ¹ in %	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
nach Größenklassen				
bis einschließlich 300 T€	115,90	71,53	-	-
mehr als 300 T€ bis einschließlich 5 Mio. €	21,17	8,25	-	-
mehr als 5 Mio. €	0,00	0,00	-	-
nach Nutzungsart (I) in Deutschland				
wohnwirtschaftlich	120,79	73,93	-	-
gewerblich	16,28	5,85	-	-
nach Nutzungsart (II) in Deutschland				
Wohnungen	52,33	36,24	35,58	40,37
Einfamilienhäuser	54,27	31,27	36,90	34,83
Mehrfamilienhäuser	14,19	6,41	9,65	7,15
Bürogebäude	1,33	0,57	0,90	0,63
Handelsgebäude	0,35	0,50	0,24	0,55
Industriegebäude	3,12	1,60	2,12	1,78
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	11,49	3,18	7,81	3,54
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	0,00	0,00	0,00
Bauplätze	0,00	0,00	0,00	0,00

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

¹ Darin enthalten sind 10,0 Mio. € sonstige Deckungswerte.

Übersicht über rückständige Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG)

	Mio. €	
	31.12.13	31.12.12
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,00	0,00

Weitere Angaben (§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)

	wohnwirtschaftlich Mio. €		gewerblich Mio. €	
	31.12.13	31.12.12	31.12.13	31.12.12
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungs- verfahren	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0	0	0	0
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite

31.12.2013 31.12.2012
T€ T€

Forderungen an Kreditinstitute

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	199.495	218.822
darunter: Forderungen an die eigene Girozentrale	193.226	212.551

Die Unterposition b) - andere Forderungen - (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	30.788
mehr als drei Monate bis ein Jahr	33.249
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	370.760
mehr als fünf Jahre	450.000

Forderungen an Kunden

In dieser Position sind enthalten:

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	210.134	212.353
Nachrangige Forderungen	870	1.700

Diese Position (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
bis drei Monate	335.394	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	336.918	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.168.984	
mehr als fünf Jahre	2.695.997	
mit unbestimmter Laufzeit	308.606	

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In dieser Position sind enthalten:

Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	273.000	108.562
--	---------	---------

Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind 2.008.060 T€ börsennotiert.

In Unterposition b) – Anleihen und Schuldverschreibungen – sind enthalten:

Nachrangige Forderungen	1.280	1.280
-------------------------	-------	-------

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

In dieser Position sind enthalten:

Anteile an Investmentvermögen

An den folgenden Investmentvermögen halten wir mehr als 10 % der Anteile:

Anlageziel Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert T€	Buchwert T€	Ausschüttungen im Geschäftsjahr T€	Tägliche Rückgabe möglich
<u>Gemischte Fonds</u>				
A-LBA	193.350	182.822	3.246	ja
BWInvest-KLB	137.078	107.235	4.772	ja
A-KLB	130.663	113.370	2.526	ja
A-KLB-R1	129.002	122.606	4.034	ja
A-KLB-R2	129.076	122.259	4.038	ja
A-KLB-R3	128.267	121.580	3.812	ja
A-KLB-R4	127.970	123.061	3.581	ja
A-KLB-R5	138.104	128.864	4.181	ja
A-KLB-R6	135.736	126.346	3.780	ja
A-KLB-R7	132.838	122.993	3.461	ja
<u>Immobilien Fonds</u>				
A-KLB-Immo-Fonds	173.655	172.345	0	ja

31.12.2013
T€

31.12.2012
T€

Handelsbestand

Der Handelsbestand besteht ausschließlich aus anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren.

Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellte in voller Höhe Forderungen an Kunden (Aktivposten 4) dar.

Sachanlagen

In dieser Position sind enthalten:

Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	96.754	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.603	

Sonstige Vermögensgegenstände

In dieser Position sind enthalten:

Stille Beteiligung mit Nachrangabrede	7.345	7.559
---------------------------------------	-------	-------

Rechnungsabgrenzungsposten

In dieser Position sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	643	494
Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Anleihen	1.871	4.280

Mehrere Positionen betreffende Angaben

Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	81.013	
---	--------	--

Anlagenpiegel

In nachstehenden Positionen enthaltenes Anlagevermögen	Anschaffungs-/Herstellungskosten T€	Veränderungen während des Geschäftsjahres				Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt T€	Bilanzwert am Jahresende T€	Bilanzwert am Vorjahresende T€	Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres T€
		Zugänge T€	Abgänge T€	Umbuchungen T€	Zuschreibungen T€				
Immaterielle Anlagewerte	3.388	201	1.594	-	-	1.701	294	273	180
Sachanlagen	275.731	5.748	5.211	-	-	157.387	118.881	120.764	7.546
		Veränderungssaldo (§ 34 Abs. 3 RechKredV)					(ohne anteilige Zinsen)		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		+172.345					172.345	0	
Beteiligungen		-4.445					100.659	105.104	

Anteile an verbundenen Unternehmen	0	9.628	9.628
Sonstige Vermögensgegenstände	0	6.743	6.743

Passivseite

31.12.2013
T€

31.12.2012
T€

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	749.909	1.215.793
darunter: Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	749.909	1.215.793

Der Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt 342.757

Die Unterposition b) - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	73.673
mehr als drei Monate bis ein Jahr	293.381
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	589.278
mehr als fünf Jahre	283.176

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In dieser Position sind enthalten:

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.590	5.869
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.064	1.966

Die Unterposition ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	126.691
mehr als drei Monate bis ein Jahr	815.395
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	192.855
mehr als fünf Jahre	9.750

Die Unterposition bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

bis drei Monate	487.723
mehr als drei Monate bis ein Jahr	316.601
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	37.908
mehr als fünf Jahre	47.694

	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
Verbriefte Verbindlichkeiten		
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60.747	40.574
In Unterposition a) - begebene Schuldverschreibungen - enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	356	

Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1).

Rechnungsabgrenzungsposten

In dieser Position sind enthalten:

Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	3.232	5.015
--	-------	-------

Mehrere Positionen betreffende Angaben

Von den Verbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung	77.963
---	--------

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge T€

In dieser Position sind enthalten:

Aperiodische Zinserträge

Verzugszinsen für Darlehen aus Vorjahren	1.003
Im Wesentlichen nachträgliche Zinszahlung aus Darlehen sowie Vorfälligkeitsentschädigungen	7.187

Zinsaufwendungen

In dieser Position sind enthalten: T€

Aperiodische Zinsaufwendungen

Im Wesentlichen Vorfälligkeitsentschädigungen in Zusammenhang mit der vorzeitigen Schließung von Zinsswaps und Forward-Swaps	24.661
--	--------

Steuern vom Einkommen und Ertrag

In dieser Position sind enthalten: T€

Aperiodische Steuern

Im Wesentlichen Steuernachzahlungen im Rahmen der steuerlichen Betriebsprüfung 6.907

3.2.3.5.4 Sonstige Angaben

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

An folgendem Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20 %:

Name, Sitz	Höhe des Kapitalanteils %	Eigenkapital T€	Jahresüberschuss T€
SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH Nr. 1, Stuttgart	24,1	168.009 (30.09.2013)	3.934 (2012/2013)

Der übrige Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB ist für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

Der Sparkassenverband Baden-Württemberg hat sich zusammen mit den weiteren Trägern quotal entsprechend seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die Landesbank Baden-Württemberg beteiligt und eine Rückgarantie zusammen mit der Stadt Stuttgart gegenüber dem Land Baden-Württemberg aus einer Risikoimmunsierungsaktion für die Landesbank Baden-Württemberg übernommen. Als Mitglied dieses Verbandes sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Dies gilt auch für den Fall, dass die zufließenden Erträge die aus den im Rahmen dieser Konstruktionen möglicherweise entstehenden Aufwendungen nicht abdecken. Ein akutes Risiko der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen über die Verbandsumlage ist derzeit nicht erkennbar.

Als Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und des überregionalen Sicherungssystems der Deutschen Sparkassenorganisation werden sämtliche Kundenansprüche in voller Höhe sichergestellt. Aus der Verpflichtung, im eventuellen Stützungsfall eines angeschlossenen Instituts gegebenenfalls Nachschusszahlungen zu leisten, ist derzeit nicht mit einer konkreten Inanspruchnahme zu rechnen.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Für die Geschäftsjahre bis einschließlich 2016 der Erwerbsgesellschaft wurde hierfür eine Rückstellung in Höhe von 3.822 T€ gebildet.

3.2.3.5.5 Derivative Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte gliedern sich wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. €			
	nach Restlaufzeiten			Insgesamt
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	über 5 Jahre	
Zinsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zinsswaps einschließlich Forward-Swaps	2.592,7	916,3	194,9	3.703,9
Caps, Collars (Käufe)	1,8	17,7	1,3	20,8
Caps, Collars (Verkäufe)	1,8	17,7	1,3	20,8
Swaptions (Käufe)	1,7	13,2	0,0	14,9
Börsengehandelte Produkte				
Eurex-Zins-Futures	200,0	0,0	0,0	200,0
Währungsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Zins-/Währungsswaps	0,0	0,0	2,0	2,0
Devisentermingeschäfte	277,3	26,1	0,0	303,4
Insgesamt	3.075,3	991,0	199,5	4.265,8

Bei den zinsbezogenen Termingeschäften handelt es sich nahezu ausschließlich um Deckungsgeschäfte. Devisentermingeschäfte wurden nahezu ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter abgeschlossen.

Bei den Kontrahenten im Derivategeschäft per 31. Dezember 2013 handelte es sich um deutsche Kreditinstitute.

Daneben wurden Swaps, Forward-Swaps, Caps, Collars, Zins-/Währungsswaps sowie Devisentermingeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

Für die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivate, die nicht einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zugeordnet sind, ergeben sich folgende zusätzliche Angaben nach § 285 Nr. 19 HGB:

	Nominalbeträge in Mio. €	Zeitwerte in T€ ²		Buchwerte in T€	
		+	./.	Options- prämie	Rückstellung (P7)
Zinsbezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Zinsswaps	3.486,0	22.477	47.548 ¹		
Swaptions (Käufe)	14,9	69	0	(A13) 496	
Insgesamt	3.500,9	22.546	47.548		

¹ Diese in die Zinsbuchsteuerung einbezogenen Derivate wurden bei der verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) berücksichtigt (vgl. Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“) und waren insoweit nicht gesondert zu bewerten.

² ohne anteilige Zinsen

Bei börsengehandelten derivativen Finanzprodukten und Geschäften, die am Interbankenmarkt gehandelt werden, werden Marktwerte als Zeitwerte ausgewiesen (Mark-to-Market-Bewertung). Dagegen werden bei OTC-gehandelten derivativen Finanzinstrumenten theoretisch ermittelte Werte als Zeitwerte angesetzt (Mark-to-Model-Bewertung).

Bei der Mark-to-Model-Bewertung wird bezüglich der derivativen Finanzinstrumente wie folgt verfahren:

Zinsswaps werden in die Basisbestandteile Kuponanleihe und Floater zerlegt und unter Zugrundelegung entsprechender Zinsstrukturkurven getrennt bewertet. Der Barwert des Swaps ergibt sich dabei aus der Differenz der Barwerte der beiden Basisprodukte.

Für Swaptions werden die ausgewiesenen Zeitwerte mittels des Black/Scholes-Modells in der jeweils erforderlichen Modifikation berechnet. Grundlagen der Bewertung waren insbesondere der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die Volatilitäten.

Am Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Devisentermingeschäfte im Nominalvolumen von 303,4 Mio. €. Diese Geschäfte wurden nahezu ausschließlich als gedeckte Auftragsgeschäfte mit Dienstleistungscharakter mit inländischen Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die Geschäfte weisen saldiert einen Zeitwert von 0 € aus.

3.2.3.5.6 Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestanden zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 381 T€ durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Ein Ausweis passiver latenter Steuern war insoweit nicht erforderlich. Auf den Ansatz aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse entsprechend § 274 Abs. 1 HGB verzichtet. Die künftigen Steuerentlastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei Sachanlagen, Beteiligungen und Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 6 b EStG). Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Rückstellungen. Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,83 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit einem Steuersatz von 15,825 % berücksichtigt.

3.2.3.5.7 Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr wurden von unserem Abschlussprüfer für folgende Leistungen Honorare berechnet:

	T€
für die Abschlussprüfung	206
für andere Bestätigungen	31
für die Steuerberatung	9

Organe der Kreissparkasse Ludwigsburg

Verwaltungsrat		
Vorsitzender	Dr. Rainer Haas	Landrat
1. Stellvertreter des Vorsitzenden	Manfred List	Oberbürgermeister i. R.
2. Stellvertreter des Vorsitzenden	Rainer Gessler	Bauingenieur, Leiter der Geschäftsstelle: Nachhaltig mobile Region Stuttgart
Mitglieder	Markus Bott	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Ralf Braico	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Monika Falke	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg
	Helmut Fischer	Kriminalhauptkommissar a. D.
	Thomas Fritz	Geschäftsführer Ensinger Mineral-Heilquellen GmbH
	Siegbert Hörer	Vorstand Bezirksbaugenossenschaft Altwürttemberg i. R.
	Hermann Hofmeister	Geschäftsführender Gesellschafter eines Unternehmens der Einrichtungsbranche i. R.
	Manfred Hollenbach	MdL, Bürgermeister i. R.
	Heinz Kälberer	Oberbürgermeister i. R.
	Jürgen Kessing	Oberbürgermeister der Stadt Bietigheim-Bissingen
	Bernd Kirnbauer	Schreinermeister, Geschäftsführer der Bernd Kirnbauer Bau- und Objekt GmbH
	Franz Koch	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Thomas Nytz	Sparkassenangestellter, KSK Ludwigsburg
	Andrea Philipp	Sparkassenangestellte, KSK Ludwigsburg
Hans Schmid	Bürgermeister a. D.	
Vorstand		
Vorsitzender	Dr. Heinz-Werner Schulte	
Mitglieder	Dieter Wizemann	
	Thomas Raab	

Eines unserer Vorstandsmitglieder hat Aufsichtsratsmandate bei folgenden großen Kapitalgesellschaften wahrgenommen:

Name, Sitz
Württembergische Gemeindeversicherung a. G., Stuttgart
SV Sparkassen-Versicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

3.2.3.5.8 Bezüge und Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.945 T€ gewährt.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes beziehungsweise deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 556 T€ gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 7.079 T€.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 168 T€.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 951 T€ gewährt.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite in Höhe von 1.857 T€ vergeben.

3.2.3.5.9 Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Vollzeitkräfte	1.059
Teilzeitkräfte	432
Auszubildende	224
Insgesamt	1.715

Ludwigsburg, den 19. März 2014

Der Vorstand

Dr. Schulte

Wizemann

Raab

3.2.3.5.10 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Ludwigsburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 3. April 2014

Sparkassenverband Baden-Württemberg
-Prüfungsstelle-

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Roth
Wirtschaftsprüfer

4 Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Kreissparkasse Ludwigsburg

4.1 Beschreibung der Schuldverschreibungen

4.1.1 Allgemeines

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen. Da die Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen sowie die endgültigen Angebotsbedingungen erst bei deren Ausgabe festgelegt werden können, müssen diese Informationen sowie die nachfolgend abgedruckten Anleihebedingungen im Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen, die diesen Prospekt ergänzen, gelesen werden, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen jeweils gemäß § 14 Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht werden.

Die Emittentin beabsichtigt, im Rahmen eines Angebotsprogramms Emissionen von Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung, ohne periodische Verzinsung, mit variabler Verzinsung oder mit Reverse Floating Verzinsung, jeweils mit oder ohne Kündigungsrecht der Emittentin, jeweils mit und ohne Nachrangabrede zu begeben.

4.1.2 Produktspezifische Beschreibung der Schuldverschreibungen

Die Beschreibung der Schuldverschreibungen erfolgt in der genannten Reihenfolge:

- (i) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung
- (ii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung
- (iii) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung
- (v) Nachrangige und nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

In jedem Fall erfolgt die Rückzahlung am Ende der Laufzeit immer zu mindestens 100 % des Nennwertes.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und fester Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt einen jährlichen festen Zins in einer in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Höhe. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und fester Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt einen jährlichen festen Zins in einer in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Höhe. Auf Grund

der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und ohne periodische Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt keine Zinsen. Die Rendite ergibt sich aus der Differenz zwischen Kaufpreis und Rückzahlung Nennbetrag. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag ohne periodische Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und ohne periodische Verzinsung begeben wird. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt keine Zinsen. Die Rendite ergibt sich aus der Differenz zwischen Kaufpreis und Rückzahlung Nennbetrag. Auf Grund der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und variabler Verzinsung begeben wird. Der jeweilige Zinssatz entspricht dem jeweiligen Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag, gegebenenfalls zuzüglich eines Aufschlags oder abzüglich eines Abschlags oder multipliziert mit einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Betrag. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen. Ein Zinssatz von Null kann nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und variabler Verzinsung begeben wird. Der jeweilige Zinssatz entspricht dem jeweiligen Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag, gegebenenfalls zuzüglich eines Aufschlags oder abzüglich eines Abschlags oder multipliziert mit einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Betrag. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Auf Grund der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Ein Zinssatz von Null kann nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und Reverse Floating Verzinsung begeben wird. Der jeweilige variable Zinssatz ergibt sich dabei aus der Differenz zwischen einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Prozentsatz und dem Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Ein negativer RF-Zinssatz kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt. Die Schuldverschreibung ist mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit Reverse Floating Verzinsung

Bei diesem Produkt handelt es sich um eine Inhaberschuldverschreibung, die von der Emittentin mit fester Laufzeit und Reverse Floating Verzinsung begeben wird. Der jeweilige variable Zinssatz ergibt sich dabei aus der Differenz zwischen einem in den Endgültigen Bedingungen festgelegten Prozentsatz und dem Referenzzinssatz (dem in den Endgültigen Bedingungen angegebenen Euribor®-Satz) am jeweiligen Zinsfestlegungstag. Die Schuldverschreibung wird am Fälligkeitstag zu 100 % ihres Nennbetrags zurückgezahlt und zahlt zu den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Zinszahlungstagen einen Zins, dessen Höhe von dem ebenfalls in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegten Referenzzinssatz abhängig ist. Ein negativer RF-Zinssatz kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, ist in diesen Fällen jedoch auf minimal Null beschränkt. Auf Grund der Nachrangigkeit wird das auf die Schuldverschreibung eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.

4.2 Wichtige Angaben

4.2.1 Interessen – einschließlich der Interessenkonflikte

Die Emittentin ist berechtigt, Schuldverschreibungen für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter zu kaufen und zu verkaufen und weitere Schuldverschreibungen zu begeben. Die Emittentin wird überdies täglich an den internationalen und deutschen Geld- und Kapitalmärkten tätig. Sie kann daher für eigene Rechnung oder für Kundenrechnung Geschäfte abschließen, an denen Anlagewerte direkt oder indirekt beteiligt sind, und sie kann in Bezug auf diese Geschäfte auf dieselbe Weise handeln, wie wenn die Schuldverschreibungen mit derivativen Zinsstrukturen nicht ausgegeben worden wären. Es bestehen insofern keine für die Emission oder das Angebot wesentlichen Interessen bzw. Interessenskonflikte.

4.2.2 Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses

Der Emissionserlös aus der Begebung von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.

4.3 Angaben über die anzubietenden nachrangigen oder nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester, ohne periodische, mit variabler oder mit Reverse Floating Verzinsung, mit oder ohne Kündigungsrecht

4.3.1 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Kreissparkasse Ludwigsburg handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Serie.

Die Schuldverschreibungen haben den in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen ISIN-Code und die in den Endgültigen Bedingungen vorgesehene WKN.

4.3.2 Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

4.3.3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen, gegebenenfalls samt Zinsansprüchen, sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder gegebenenfalls Zinnscheinen werden nicht ausgestellt.

4.3.4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in der in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Währung begeben.

4.3.5 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als nachrangige oder nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

Werden die Schuldverschreibungen als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, sind sie mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

Werden die Schuldverschreibungen als nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben, wird das auf sie eingezahlte Kapital im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet. Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin. Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche

Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt. Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarung zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG). Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG).

4.3.6 Kündigungsrecht der Emittentin

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass kein ordentliches Kündigungsrecht besteht oder dass ein ordentliches Kündigungsrecht der Emittentin besteht.

4.3.7 Verzinsung

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung, ohne periodische Verzinsung, mit variabler Verzinsung bzw. mit Reverse Floating Verzinsung in Abhängigkeit von einem Referenzzinssatz begeben werden.

Die Endgültigen Bedingungen legen die Zinslaufperioden fest. Sofern in den Endgültigen Bedingungen eine Kombination der nachfolgenden Verzinsungsmöglichkeiten vorgesehen ist, wird jeder Zeitraum mit einer dieser Verzinsungsmöglichkeiten als Zinslaufperiode bezeichnet. In diesem Fall legen die Endgültigen Bedingungen zusätzlich den Beginn und das Ende der verschiedenen Zinslaufperioden fest.

Im Fall von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung bzw. mit Reverse Floating Verzinsung in Abhängigkeit von einem Referenzzinssatz legen die Endgültigen Bedingungen den Referenzzinssatz fest.

Für die Zinszahlungen gilt die gesetzliche Verjährungsfrist.

4.3.8 Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % an dem in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Fälligkeitstag oder, sofern die Endgültigen Bedingungen vorsehen, dass die Emittentin über ein Kündigungsrecht verfügt und die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag zurückgezahlt (siehe auch Abschnitt 4.4.6).

Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 10 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche auf Kapitalrückzahlungen aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an. Die Verjährungsfristen für Ansprüche auf Kapitalrückzahlungen auf Schuldverschreibungen und für Ansprüche auf Zinszahlungen (siehe Abschnitt 4.4.7) stehen unabhängig nebeneinander.

4.3.9 Rendite

Im Fall von fest verzinslichen Schuldverschreibungen wird die Emissionsrendite in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt, bei variabel verzinslichen Geldanlagen ist dies zum betreffenden Zeitpunkt nicht möglich .

4.3.10 Ermächtigung

Aufgrund des Grundsatz-Beschlusses Nr. 137/1994 vom 22.12.1994 begibt die Kreissparkasse Ludwigsburg mit Sitz in Ludwigsburg Schuldverschreibungen.

4.3.11 Emissionstermin

Die Schuldverschreibungen werden voraussichtlich an dem in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Emissionstermin erstmalig emittiert.

4.3.12 Übertragbarkeit der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG übertragbar.

Es bestehen keine Übertragungsbeschränkungen.

4.3.13 Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland besteht zum Datum dieses Prospektes keine gesetzliche Verpflichtung der Emittentin zur Einbehaltung oder zum Abzug von Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art auf Kapital und/oder Zinsen der Inhaberteilschuldverschreibungen (Quellensteuer). Hiervon zu unterscheiden ist die Zinsabschlagsteuer, für deren Einbehaltung die auszahlende Stelle verantwortlich ist. Eine über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Verpflichtung wird von der auszahlenden Stelle nicht übernommen und die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung oder den Abzug von Steuern an der Quelle.

Potenziellen Anlegern der Schuldverschreibungen wird daher geraten, ihren eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen folgen.

4.3.14 Verkaufsbeschränkungen

Die Weitergabe dieses Prospekts und das Angebot der Schuldverschreibungen können in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Die Emittentin geht davon aus, dass Personen, die in den Besitz dieses Prospektes gelangen, sich über solche Beschränkungen informieren und diese beachten.

Insbesondere wurden und werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 registriert. Sie dürfen weder unmittelbar noch mittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an oder für Rechnung oder zu Gunsten von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika angeboten oder verkauft werden. Ein Angebot, Verkauf, Weiterverkauf, Handel oder eine Lieferung, sei es unmittelbar oder mittelbar, innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen erkennt die Emittentin nicht an. Eine gegen diese Beschränkung verstoßende Transaktion kann eine Verletzung des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika darstellen. Die Emittentin ist hierfür nicht verantwortlich.

4.3.15 Kategorien potenzieller Investoren

Die Endgültigen Bedingungen legen fest, ob die Schuldverschreibungen nur an Privatanleger oder an Privatanleger und institutionelle Investoren in der Bundesrepublik verkauft werden.

4.3.16 Zulassung zum Handel

Die Schuldverschreibungen werden nicht in den Freiverkehr einbezogen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zugelassen.

4.4 Zusätzliche Informationen

4.4.1 Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden

In die Endgültigen Bedingungen einer Emission werden alle noch ausstehenden Informationen zu den Schuldverschreibungen und des jeweiligen Angebots, wie Verzinsung, Laufzeit, gegebenenfalls vorzeitige Rückzahlungstag(e), Fälligkeit, Emissionsvolumen, Beginn des öffentlichen Angebots, Verkaufskurs und Mindestzeichnung, aufgenommen. Die Endgültigen Bedingungen enthalten somit alle wirtschaftlichen Daten der jeweiligen Emission.

4.4.2 Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen

Dieser Prospekt wird nach seiner Billigung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und unverzüglich, spätestens einen Werktag vor Beginn des öffentlichen Angebots gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a Wertpapierprospektgesetz auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht.

Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite der Emittentin. Die Hinterlegung der Endgültigen Bedingungen des Angebots bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erfolgt am Tag ihrer Veröffentlichung.

Die gedruckten Fassungen des Prospekts und der Endgültigen Bedingungen sind, ebenso wie eine konsolidierte Fassung der Anleihebedingungen, während der üblichen Öffnungszeiten bei der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg, kostenlos erhältlich.

4.4.3 Zustimmung zur Prospektnutzung

Die Emittentin hat keine Zustimmung zur Verwendung dieses Prospekts durch Finanzintermediäre erteilt.

4.4.4 Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen

An der Emission ist kein Berater beteiligt.

4.4.5 Korrekte Wiedergabe von Informationen Dritter

Die Informationen, die von Seiten Dritter übernommen wurden, wurden korrekt wiedergegeben und — soweit bekannt und aus den von dieser dritten Partei übermittelten Informationen abgeleitet werden konnte — wurden keine Fakten unterschlagen, die die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

4.5 Konditionen des Angebots

Die Endgültigen Bedingungen enthalten Angaben zu folgenden Punkten:

- Bedingungen des Angebots
- Gesamtsumme der Emission
- Angebotszeitraum
- Beschreibung des Antragsverfahrens
- Beschreibung der Möglichkeit zur Reduzierung der Zeichnungen und des Verfahrens für die Erstattung des zu viel gezahlten Betrags an die Antragsteller
- Mindest- und/oder maximale Zeichnungshöhe
- Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung
- Beschreibung der Modalitäten und des Termins für die öffentliche Bekanntgabe der Angebotsergebnisse
- Angabe der verschiedenen Anlegerkategorien, denen die Wertpapiere angeboten werden
- Verfahren für die Benachrichtigung der Zeichner über den ihnen zugeteilten Betrag und Hinweis darauf, ob mit dem Handel schon vor einer solchen Benachrichtigung begonnen werden kann
- Angabe des Preises, zu dem die Wertpapiere voraussichtlich angeboten werden
- Angabe etwaiger Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden
- Name und Anschrift des Koordinators/der Koordinatoren des gesamten Angebots sowie einzelner Angebotsteile und — sofern dem Emittenten oder Bieter bekannt — Name und Anschrift derjenigen, die das Angebot in den verschiedenen Staaten platzieren
- Name und Anschrift der Zahl- und Verwahrstellen

5 Anleihebedingungen

§ 1 Nennbetrag

Die Emission der Kreissparkasse Ludwigsburg (die „Emittentin“) im Gesamtnennbetrag von • (in Worten •) ist eingeteilt in • auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen (die „Schuldverschreibungen“) im Nennbetrag von je •.

§ 2 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Kreissparkasse Ludwigsburg handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, Serie •.

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code • und die WKN •.

§ 3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen [samt Zinsansprüchen] sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Globalurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn (die „Clearstream Banking AG“), hinterlegt wird. Die Globalurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Globalurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder Zinsscheinen werden nicht ausgestellt.

§ 4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in • begeben.

§ 5 Kündigungsrecht der Emittentin, Bankgeschäftstag

[Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum • ([jeweils] der „vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin • Bankgeschäftstage vor dem jeweiligen vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 bekannt machen.]

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.

§ 6 Fälligkeit und Verjährung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennwertes am • (der „Fälligkeitstag“) [oder, sofern die Emittentin von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, am vorzeitigen Rückzahlungstag] zurückgezahlt.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 10 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 7 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als [nachrangige] [nicht-nachrangige] Schuldverschreibungen ausgegeben.

Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

[Als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen sind diese mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.]

[Das auf die nachrangigen Schuldverschreibungen eingezahlte Kapital wird im Fall des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin oder der Liquidation der Emittentin erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet.]

Im Übrigen haben die Ansprüche aus diesen Schuldverschreibungen zu den Ansprüchen anderer Kapitalgeber im Sinne des § 10 KWG gleichen Rang. Danach erfolgt die Befriedigung der Ansprüche entsprechend ihrem Verhältnis zum übrigen Kapital im Sinne des § 10 KWG, unabhängig von der Reihenfolge der Kapitalaufnahme durch die Emittentin.

Für die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen werden weder vertragliche Sicherheiten durch die Emittentin noch durch Dritte gestellt.

Die Aufrechnung des Rückerstattungsanspruchs aus diesen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ist ausgeschlossen.

Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit und die Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine vorzeitige Rückzahlung ist der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren, sofern nicht das Kapital durch die Einzahlung anderen, zumindest gleichwertigen haftenden Eigenkapitals ersetzt worden ist oder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht der vorzeitigen Rückzahlung zustimmt (vgl. § 10 Abs. 5 a Satz 5 KWG).

Die Emittentin ist nicht verpflichtet, auf die Verbindlichkeiten aus diesen Schuldverschreibungen Tilgungs- oder Zinszahlungen zu leisten, wenn dies zur Folge hätte, dass die Eigenmittel der Emittentin die gesetzlichen Anforderungen nicht mehr erfüllen; vorzeitige Tilgungs- und Zinszahlungen sind der Emittentin unbeschadet entgegenstehender Vereinbarungen zurückzuerstatten (§ 10 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4a) und b) KWG.)

§ 8 Verzinsung

[Feste Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • % [, und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

Die Zinsen sind jeweils am • fällig, erstmals am •. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (§ 6) vorausgeht, [bzw. bei Ausübung des Kündigungsrechtes mit Ablauf des Tages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß § 5 vorausgeht.].

[Ohne periodische Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[Variable Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der • [der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [viertel]jährlich [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich • %] [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“).]

[Reverse Floating Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der • [, der •] [, der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [viertel]jährlich [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus • % abzüglich dem [•-fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag (§ 5) [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“).

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß den Anleihebedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

§ 10 Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Schuldverschreibungen“ umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und/oder wieder zu verkaufen.

§ 11 Bekanntmachungen

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen erfolgen durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger oder einem überregionalen Börsenpflichtblatt.

§ 12 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Ludwigsburg.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit Sinn und Zweck dieser Anleihebedingungen ersetzt.

6 Muster der Endgültige Bedingungen

Die nachfolgenden Angaben stellen ein Muster der jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu diesem Basisprospekt dar. Im Rahmen der Emission werden die mit einem Platzhalter („•“) gekennzeichneten Stellen ausgefüllt und die mit eckigen Klammern („[]“) gekennzeichneten Optionen ausgewählt oder weggelassen.

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Schuldverschreibungen nach Maßgabe des Basisprospektes der Kreissparkasse Ludwigsburg vom 09.09.2014.

Die Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der Richtlinie 2003/71/EG abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt und etwaiger Nachträge zu lesen.

Der Basisprospekt und etwaige Nachträge wurden auf der Website der Kreissparkasse Ludwigsburg (www.ksklb.de) veröffentlicht. Kopien des Prospektes werden an der Hauptverwaltung der Kreissparkasse Ludwigsburg, Schillerplatz 6, 71638 Ludwigsburg zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

Um sämtlichen Angaben über die Kreissparkasse Ludwigsburg und das Angebot der Schuldverschreibungen zu erhalten, ist der Basisprospekt in Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen zu lesen.

Den Endgültigen Bedingungen ist eine Zusammenfassung für die einzelne Emission angefügt.

1. Wertpapieridentifikationsnummern

Serie: •

ISIN: •

WKN: •

2. Währung: •

3. Status und Rang: Die Schuldverschreibungen werden als [nicht-]nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben.

4. Kündigungsrecht der Emittentin: [Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen [jeweils] zum • ([jeweils] der „ vorzeitige Rückzahlungstag“) zu 100 % des Nennbetrages zu kündigen. Die Entscheidung über die Ausübung eines Kündigungsrechtes wird die Emittentin • Bankgeschäftstage vor dem [jeweiligen] vorzeitigen Rückzahlungstag treffen (der „Feststellungstag“) und unverzüglich gemäß § 11 der Anleihebedingungen bekannt machen. „Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET“) abgewickelt werden können.] [Es ist kein Kündigungsrecht der Emittentin vorgesehen.]

5. Verzinsung:

[(bei fester Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • % [, und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) mit jährlich • %] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

Die Zinsen sind jeweils am • fällig, erstmals am •. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.4.8) vorausgeht, bzw. bei Ausübung [des] [eines] Kündigungsrechtes mit Ablauf des Kalendertages, der dem vorzeitigen Rückzahlungstag gemäß Abschnitt 4.4.6 vorausgeht.]

[(ohne periodische Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.]

[(bei variabler Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weitere Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst. Zinstermine sind der • [, der •] [, der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [viertel]jährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermenin zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich • %] [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.]

[(bei Reverse Floating Verzinsung:)]

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich) [und vom • (einschließlich) bis zum • (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen Reverse Floating Zinssatz (der „maßgebliche RF Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der • [, der •] [, der •] [und der •] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [viertel]jährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinsterminen zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am •.

Der Referenzzinssatz entspricht dem [3 Monats-Euribor] [6 Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird. Der maßgebliche RF-Zinssatz berechnet sich dabei aus • % abzüglich dem [• -fachen] Referenzzinssatz [und beträgt mindestens • %] [und beträgt maximal • %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis •.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der •. Bankgeschäftstag [vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode] [vor dem jeweiligen Zinstermin (in arrears)].

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.]

6. Fälligkeitstag: •
7. Rendite: [Die Emissionsrendite beträgt • [zum regulären Laufzeitende].
[Berechnungsgrundlage: •.]
[Die Angabe zur Rendite ist zum Emissionszeitpunkt nicht möglich.]
8. Emissionstermin: •
9. Bedingungen des Angebots: [Die Emittentin behält sich vor, die Emission nicht zu begeben, sofern ein Emissionsvolumen von • nicht erreicht wird.]
[Das Angebot unterliegt keinen Bedingungen]
10. Emissionsvolumen, Stückelung: Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt bis •, eingeteilt in • Inhaberschuldverschreibungen zu je • (der „Nennbetrag“).
11. Beginn des öffentlichen Angebots: Das öffentliche Angebot beginnt am • und [erfolgt fortlaufend] [endet am •] [endet mit dem letzten Tag der Zeichnungsphase].
12. Zeichnungsphase: [Die Zeichnungsphase beginnt am • und endet am •.] [Eine Zeichnungsphase ist nicht vorgesehen.]
13. Mindestzeichnung: [Der Mindestzeichnungsbetrag beträgt •] [Es gibt keinen Mindestzeichnungsbetrag.]
Höchstzeichnung: [Der Höchstzeichnungsbetrag beträgt •] [Es gibt keinen Höchstzeichnungsbetrag]
14. Mindestanlagebetrag:[Der Mindestanlagebetrag beträgt•] [Es gibt keinen Mindestanlagebetrag.]
15. Kategorien potenzieller Investoren: Die Schuldverschreibungen werden an [Privatanleger] [und] [institutionelle Investoren] in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.

16. Verkaufskurs: [Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt •%].
[Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]
[Nach Ablauf der Zeichnungsphase werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.]

Ludwigsburg, den 09.09.2014

Kreissparkasse Ludwigsburg

gezeichnet Dieter Wizemann

Vorstand GB 2

gezeichnet Tobias Enchelmaier

Abteilungsleiter Vermögensver-
waltung / Wertpapiere